

Stenographischer Bericht

über die

11. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 7. April 1921.

Inhalt:

Mitteilungen:

Rückziehung des Auslieferungsbegehrens des Bezirksgerichtes Knittelfeld gegen den Präsidenten Anton Regner . . . 262

Auflage:

Beilagen Nr. 97 bis 102, 104, 105, 107 bis 109.

Zuweisungen:

Beilagen Nr. 97, 98 und 109 an den Finanzausschuß . . . 262

Beilagen Nr. 99 bis 102, 104, 105 und 108 an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß . . . 262

Beilage Nr. 107 an den Landeskulturausschuß . . . 262

Verhandlungen:

Beilage Nr. 106 (40) Bericht des Finanzausschusses.

Berichterstatter Abg. Saloschnigg . . . 263, 281, 308, 317, 326, 327, 336

Einzelerörterung.

Redner Abg. Krawagna . . . 263

„ Schreckenhal . . . 265, 275, 308

„ Leichin . . . 266, 283

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer . . . 267

Landesrat Refel . . . 269, 327

Abg. Stamek . . . 272

Landesrat Oberzaucher . . . 273

Abg. Ruschak . . . 276

Landesrat Dr. Hübler . . . 276, 311, 316, 325

„ Prisching . . . 277, 324, 335

„ Riegler . . . 281, 299, 308

„ Winkler . . . 281, 314, 331

Abg. Hartleb . . . 286

„ Eigelberger . . . 288

„ Schifko . . . 290

„ Ferner . . . 291

„ Dr. Dungern . . . 293, 315, 324, 333, 337

„ Lichtenegger . . . 300

Landesrat Paul . . . 304, 316

Abg. Gariner . . . 304

Landesrat Gabl . . . 305

Abg. Kaufmann . . . 309

„ Tausk . . . 312, 319

„ Köstler . . . 317, 326

„ Walter . . . 318

Präsident Regner . . . 320

Abg. Mikola . . . 320

„ Gföller . . . 322

„ Uhrner . . . 323

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraß	325
Abg. Sonnhammer	328
„ Dr. Enge	330
„ Kobald	334
Annahme der Anträge des Finanzausschusses zu Kapitel I—III nebst den Abänderungsanträgen zu Kapitel II; zu Kapitel IV nebst den Abänderungsanträgen Titel 2 und 6; zu Kapitel V nebst den zu diesem Kapitel gestellten Abänderungsanträgen; zu Kapitel VI nebst den Abänderungsanträgen und dem zu Titel 9 gestellten Zusatzantrag sowie Überweisung der Anträge der Abgeordneten Tausch, Regner, Uhrner und Dr. Dungern an die Landesregierung; zu Kapitel VII und XIII nebst den Abänderungsanträgen und den zu Kapitel VII, Rubrik 27, Kapitel VIII, Titel 2 und Kapitel X gestellten Zusatzanträgen, weiters des Antrages des Abgeordneten Dr. Enge; zu Kapitel XIV bis XXIX nebst den Abänderungsanträgen und den zu Kapitel XXIII, Rubrik 2 und 10 gestellten Zusatzanträgen und der Bedeckungsanträge.	

Mitteilungen des Vorsitzenden:

Anträge (siehe Verzeichnis).	
Tagesordnung der nächsten Sitzung	338

Verzeichnis der in der Sitzung eingebrachten Anträge.

Anträge:

Dringlichkeitsanträge, und zwar:

der Abgeordneten Winkler, Sarileb, Ferner, Dr. Klusmann und Genossen, betreffend die Heranziehung nicht voll ausgenützter Weideflächen	262
der Abgeordneten Lang, Zenz und Genossen wegen ehester Flüssigmachung von Geldmitteln für die im Vorjahre durch die bössartige Maul- und Klauenseuche schwer betroffenen Landwirte in der West- und Obersteiermark	262
(Die dringliche Behandlung der Anträge wird beschloffen.)	

Antrag der Abgeordneten Paul und Genossen, betreffend die Einrichtung von schienenlosen Straßenbahnen (Autotrams) an Stelle von Eisenbahnen	337
---	-----

Beginn der Sitzung: 5 Uhr 10 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: die Präsidenten Kölbl, Doktor Klusmann und Regner.

Schriftführer: die Abgeordneten Johann Leichin, Franz Wihany, Dr. Otto Dungern und Raimund Riemelmoser.

Präsident Kölbl: Ich eröffne die 11. Sitzung des hohen Hauses. Das Bezirksgericht Knittelfeld hat mitgeteilt, daß die Anfrage, ob in der Strafsache des Raimund Potofschnik gegen den Landtagspräsidenten Anton Regner wegen Ehrenbeleidigung die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung erteilt werde, infolge der inzwischen eingetretenen objektiven Verjährung gegenstandslos geworden ist und daher widerrufen wird.

In der gestrigen Sitzung wurden folgende dringliche Anträge eingebracht. (Verliest die Überschriften, Verzeichnis Seite 262.)

Diese Anträge wären unter Umgangnahme von der Drucklegung und der 24stündigen Auflagefrist auf die

Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen. Ich habe über die dringliche Behandlung dieser Anträge die Abstimmung einzuleiten.

(Die dringliche Behandlung der Anträge wird in getrennter Abstimmung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschloffen.)

Die Verhandlung über diese beiden Punkte wird am Schlusse der Sitzung erfolgen.

Aufgelegt wurden heute: Die Beilagen Nr. 97 bis 102, 104, 105, 107 bis 109.

Der Dringlichkeit halber werden diese Beilagen zugewiesen wie folgt:

Beilagen Nr. 97, 98, 109 (verliest die Überschriften) dem Finanzausschusse;

Beilagen Nr. 99, 100, 101, 102, 104, 105, 108 (verliest die Überschriften) dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse;

Beilage Nr. 107 (verliest die Überschrift) dem Landeskulturausschusse.

Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Wir schreiben nunmehr zur Tagesordnung.

Der erste Punkt derselben ist die

Einzelberatung des Landesvoranschlages für das Jahr 1921. (Beilage Nr. 106.)

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Saloschnigg.

Ich bitte vorerst über die Art der Verhandlung einen Vorschlag zu erstatten.

Berichterstatter des Finanzausschusses Saloschnigg (von der Rednerbühne): Über die Einzelberatung des Voranschlages hat sich die Obmännerkonferenz dahin geeinigt, daß die Kapitel I bis III vereinigt, IV, V und VI gesondert, VII bis XIII vereinigt und XIV bis zum Schluß ebenfalls vereinigt zur Beratung und Beschlußfassung kommen.

Die einschlägigen Anträge des Finanzausschusses werden zu jedem Kapitel zur Beratung gestellt werden.

Präsident Kölbl: Hat hiezu jemand etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters über die vorgeschlagene Art der Behandlung zur Abstimmung.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Berichterstatter Saloschnigg: Kapitel I, Landesvertretung hat ein Erfordernis von 951.000 K. und ein Nachtragserfordernis von 1.333.500 K. Der Finanzausschuß stellt hiezu folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Taggelder der Abgeordneten werden auf 100 K für die im Stadtgebiete Graz, 200 K für die in unmittelbar an Graz grenzenden Gemeinden, 400 K für die im weiteren Gebiete wohnenden Mitglieder des Landtages erhöht mit Rückwirkung auf 1. Jänner 1921, Zu- und Abfahrt sind entsprechend der dafür erforderlichen Zeit zu berücksichtigen. Die Abgeordneten mit einem Taggeld von 200 K haben keinen Anspruch auf Zu- und Abfahrtsgebühren.

Die Präsidenten erhalten die Bezüge der Bundesräte, der 1. Präsident die vollen, die übrigen die Hälfte derselben.“

Kapitel II, Landesverwaltung, hat einen Abgang von 20.680.600 K. und ein Nachtragserfordernis von 26.656.400 K., zusammen von 47.337.000 K.

Zu diesem Kapitel stellt der Finanzausschuß folgenden Antrag (liest):

„Die Landesregierung wird ermächtigt, für ihre Mitglieder die letzte Gehaltsstufe der betreffenden

Rangsklasse in Auszahlung zu bringen, und zwar in vollem Bezug auch für jene Mitglieder, die öffentliche Beamte des Bundes oder Landes sind.

In Erledigung der Petition der Unterbeamten und Diener, Nr. 23, werden mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1921 an zwölf neue Beamtenstellen ohne Rangsklasse geschaffen.

In Erledigung der Petition des Landesbeamtenvereines, Nr. 19, wird die Landesregierung ermächtigt, vom gleichen Zeitpunkte an ad-personam-Beförderungen von Beamten mit mindestens sehr guter Qualifikation, jedoch nicht über drei Gehaltsstufen, vorzunehmen.“

Kapitel III, Polizei, hat in Titel 1, Schub, ein Erfordernis von 70.000 K.;

im Titel 2, Gendarmeriebequartierung, einen Abgang von 1.097.000 K. und ein Nachtragserfordernis von 520.000 K., das sind zusammen 1.617.000 K.;

Titel 3, Zwangsarbeitsanstalt Rankowitz ein Erfordernis von 172.230 K.;

Titel 4, Verpflegs- und Regiekosten für steiermärkische Zwänglinge ein Erfordernis von 90.162 K.

Präsident Klusmann: Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Abgeordneter Krawagna.

Abgeordneter Krawagna: Hohes Haus! Sie werden in den letzten Tagen die Wahrnehmung gemacht haben, daß sich eine Zeitung von Graz besonders über die Kostspieligkeit des steiermärkischen Landtages beschwerte. Nachdem wir in allen unseren Ausführungen, sowohl über die Angelegenheiten außerhalb des Hauses wie auch innerhalb des Hauses uns kein Blatt vor den Mund nehmen, sind wir gezwungen, zu diesem Kapitel Stellung zu nehmen. Es muß erstens festgestellt werden, daß die Bezüge der Abgeordneten durchaus nicht so bemessen sind, um daraus eine Vergeudung des Landesvermögens ableiten zu können. Die Abgeordneten sind in ihren Bezügen sehr kurz gehalten; diese sind vielmehr nicht in einem Ausmaße gehalten, daß sie von der allgemeinen Bevölkerung als in die Augen springend oder übermäßig angesehen werden würden. Wir würden auch gewiß dagegen Stellung nehmen, wenn es anders wäre. Wir finden es aber in dieser Hinsicht sonderbar, daß gerade eine Zeitung, und zwar die „Tagespost“, sich das Recht herausnimmt, über die Kostspieligkeit des Landtages entsprechend aufzutreten. Es ist um so mehr notwendig, dies festzustellen, nachdem in der letzten Sitzung von unserer Seite an den Herrn Präsidenten eine Anfrage gerichtet

wurde, wie viel die Kosten für eine Sitzung des Hauses betragen, nachdem die „Tagespost“ sich bemüht hat, festzustellen, daß die Dringlichkeitsanträge, die von den Sozialdemokraten gestellt wurden, eine Vergeudung von mindest 100.000 K des Volksvermögens, und zwar pro Sitzung, darstellen. Wir müssen feststellen, daß wir die einzige Körperschaft im Lande sind, und wir sehen im hohen Landtage jene Körperschaft, in der man Gelegenheit hat, wirklich zum Volke zu sprechen und in der man gleichzeitig auch die Interessen des Volkes zum Ausdruck bringen kann; denn die Regierungsstelle in der Burg können wir alle recht gut einschätzen. Wir wissen auch, wie in der Burg gearbeitet wird, wir wissen, daß die Herrschaften von der christlichsozialen Seite sich in der Burg entsprechend zu verhalten wissen und die Sache auch zu verschleiern trachten, wo es möglich ist. Es ist also das hohe Haus berechtigt, zu allen Fragen Stellung zu nehmen und in dieser Hinsicht müssen wir sagen, kann es dem Volke um die paar Kronen, die der Landtag kostet, wirklich nicht ankommen. Es ist notwendig, hier auf alle Mißgriffe hinzudeuten und alles hintanzuhalten, was sich gegen das Volk richtet, und wenn dies einer Zeitung in Graz, die die kapitalistische Richtung vertritt, unangenehm ist, so müssen wir dem entgegenhalten, daß früher von dieser Sache nicht gesprochen wurde, wo hier noch rein bürgerliche Herren gesessen sind und von der sozialdemokratischen Seite nur eine Minderheit in diesem Hause war.

Wir müssen zu Kapitel II feststellen, daß das Sparsystem, so wie wir es wünschen, in dieser Hinsicht nicht sehr angebracht ist, denn, wenn Sie den Voranschlag zur Hand nehmen, so finden Sie unter Beilage 2, Kapitel II, Rubrik I, die Bezüge der Funktionäre der Landesregierung und der Beamten der Zentralämter. Hier finden Sie zusammengeworfen die Rubriken I und III Teuerungszulagen an die Funktionäre der Landesregierung und sämtliche Bedienstete der Zentralämter. Wir haben im Finanzausschusse den Antrag gestellt, daß künftighin im Voranschlage diese Rubriken getrennt ausgewiesen werden aus dem Grunde, um feststellen zu können, wie viel die Funktionäre und was die Beamenschaft beziehen. Es ist das notwendig, weil auf der anderen Seite angedeutet wurde, daß die einzelnen Funktionäre der Landesregierung, die Staatsbeamte sind, auf der einen Seite die vollen Bezüge ihrer Rangsklasse als Staatsbeamte beziehen und auf der anderen Seite die vollen Bezüge als das beziehen, als was sie im Lande tätig sind. So der Herr Landeshauptmann Dr. R i n t e l e n, der die vollen Bezüge als Professor und auf der anderen Seite die vollen

Bezüge als Landeshauptmann bezieht; er bezieht also die Staatsbeamtenbezüge in doppeltem Ausmaße. Daselbe trifft auch beim Herrn Landesrat Ing. P a u l, der Hochschulprofessor ist, und beim Herrn Landesrat G a ß, der, glaube ich, Obertierarzt ist, in demselben Maße zu. Wir haben im Finanzausschusse dagegen Stellung genommen und beantragt, daß diese Bezüge an öffentliche Beamte, wenn sie gleichzeitig auch in der Landesregierung tätig sind, nur dann zur Auszahlung kommen können, wenn im Hause ein derartiges Gesetz beschlossen wird. Ich glaube, der Antrag des Finanzausschusses wird auch hier in entsprechender Weise vorgebracht werden. (Berichterstatter S a l o s c h n i g g: „Ist schon geschehen!“) Wir sehen, daß es auf der einen Seite mit dem Sparsystem nicht sehr arg genommen wird, daß sich aber die kapitalistischen Blätter über die Kosten aufhalten, die für das hohe Haus hier ausgegeben werden, weil sie wissen, daß in diesem Hause auch sehr unangenehme Angelegenheiten für die kapitalistischen Kreise zur Behandlung kommen können. Wir wissen, von welcher Seite die Stimme dringt, wir wissen es. Wir sind aber verpflichtet, dies der Öffentlichkeit zu sagen. Wenn auf der anderen Seite jemand aufsteht und über den Ton hier im hohen Hause schulmeistern will, so müssen wir sagen, wir lassen uns nicht schulmeistern, und müssen sagen, die Herren von der anderen Seite können erklären, daß viel zum Fenster hinausgesprochen wird, wir müssen, wie der Herr Kollege P r i m u s schon gesagt hat, sagen, wir machen es mit Absicht, damit die Öffentlichkeit etwas erfährt, wie es hier zugeht, und wir finden es komisch, wenn die kapitalistische Presse sich erfrecht, das einzige Instrument des Landes, den Landtag, als eine so minderwertige Körperschaft hinzustellen und zu erklären, daß die Landtage zu viel kosten. Wir wissen, wenn von der anderen Seite Antrag auf Antrag kommt, und wir wissen, daß jeder dieser Anträge jedesmal 12.000 K zur Drucklegung beansprucht. Jeder Antrag, der in das hohe Haus kommt, kostet, wie der Herr Finanzreferent erklärt hat, 12.000 K an Druckkosten. Wir wissen, daß viele dieser Anträge nur gestellt werden, damit ihre Namen in den Zeitungen erscheinen und dadurch ihre Namen bekannt werden. Wenn die Herrschaften glauben, daß der Landtag so überflüssig ist, dann bitte, unserem Antrage zuzustimmen, daß die Landtage überhaupt aufgelassen und an deren Stelle die gewählten Bezirksvertretungen und die Nationalversammlung zu treten haben. (Unruhe.) Dann werden Sie in der Bezirksvertretung das durchzusetzen haben. (Lebhafter Widerspruch.) Wenn der Landtag Ihnen unangenehm ist, dann mögen Sie ihn

entfernen, wir leben in der Republik, und das Volk hat ein Interesse, und aus diesem Grunde besprechen wir das Unangenehme. Wenn das den Herrschaften unangenehm ist, ist das für uns ein Zeichen, daß wir auf dem richtigen Wege sind, und diesen richtigen Weg werden wir einhalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Klusmann: Mir wird soeben gemeldet, daß die Besucher des Zuschauerraumes sich in die Verhandlungen einmengen. Ich mache aufmerksam, daß die Besucher der Galerie sich jeder Beifalls- oder Mißfallsbezeugung zu enthalten haben, widrigenfalls ich in die Lage versetzt werde, die Galerie räumen zu lassen.

Abgeordneter Schreckenthall: Hohes Haus! Wir haben den Beschluß gefaßt, Kapitel I, II und III zusammen zu verhandeln. Ich glaube, über das Kapitel I hat sich mein Vorredner *Krawagna* verbreitet, und es ist nicht notwendig, darüber viele Worte zu verlieren. Ich möchte bezüglich der Anspielung, die der Herr Abgeordnete auf die Notwendigkeit der Landtage gemacht hat, doch erwidern, daß mir bekannt ist, daß die Sozialdemokraten diesen Standpunkt vertreten, die Landtage seien überflüssig und es sei nur die Nationalversammlung als die berufene Körperschaft berechtigt, die Interessen der Länder und des Reiches zu vertreten. Daß wir von den bürgerlichen Parteien uns diesem Standpunkte nicht anschließen werden, ist Ihnen bekannt. Was die Zeitungen aus den bürgerlichen Kreisen erboht gemacht hat über die Kosten des Landtages, ist darauf zurückzuführen, daß endlose, stundenlange Debatten abgeführt werden, deren Wert die Allgemeinheit nicht recht einzusehen vermag. Ich gehe nun über in Besprechung dieser drei Kapitel auf das Kapitel II, Landesverwaltung. Da möchte ich darauf hinweisen, daß der Herr Finanzreferent in seinem letzten Exposé uns die finanzielle Lage des Landes in etwas rosigem Lichte geschildert hat, obwohl ich erwartet hätte, daß er die Sache etwas mehr schwärzlich gefärbt ansieht. Sie haben in diesem Kapitel im Personalaufwande Ziffern eingesetzt, und zwar für Gehalte und Teuerungszulagen. Das Kapitel II ist aber nicht allein das Kapitel, welches den Personalaufwand und die Teuerungszulagen enthält, denn Sie finden auf allen Kapiteln und Titeln Personalaufwand und Teuerungszulagen aufgeschrieben. Ich habe mir eine Zusammenstellung gemacht, was in diesem Voranschlage für 1921 an Personalausgaben verrechnet ist und möchte Ihnen die Ziffern bekanntgeben. Wir haben im Voranschlage 1921 mit Ausschluß des Nachtrages 3 an Beamtenbezügen und

Lehrerbezügen eine Post von 133,882.170 K. Wir haben Teuerungszulagen im Betrage von 27,999.044 K, Dienerbezüge von 10,805.590 K, Sonderentlohnungen im Betrage von 2,453.438 K, Reisekosten 502.532 K, Pensionen und Gnadengaben von 3,352.200 K, Ortszulagen 162.000 K, Dienstalterszulagen 198.000 K, Zuschüsse zur besseren Lebensführung 100.000 K, einen Betrag für Übernahme der Abzüge der Lehrerschaft von 9,000.000 K. Dazu kommen jene Beträge im dritten Nachtrage, welche für die Beamten einen Betrag infolge des neuen Besoldungsgesetzes von 25,060.000 K, für die Lehrer von 111,100.000 K und für den Schullehrerpensionsfonds von 12,000.000 K erfordern. Das gibt im Budget 1921 zusammen 336,615.974 K.

Es ist interessant, die Vergleichsziffern für die Jahre 1920 und 1919 zu betrachten, und da sehen Sie, daß das Land Steiermark an Personalaufwand im Jahre 1920 ein Erfordernis von 67,848.000 K und im Jahre 1919 ein solches von 29,296.000 K aufgewiesen hat. Wir haben also vom Jahre 1919 auf das Jahr 1921 eine Steigerung von 29 Millionen auf 336 Millionen Kronen aufzuweisen. Bei diesem Kapitel ist es am Platze, über die Verwaltungsreform zu sprechen. Es ist im Finanzausschusse zum Ausdruck gebracht worden, daß es nicht leicht verständlich ist, daß man im Lande Steiermark, das das Unterland verloren hat, die gleiche Anzahl, ja sogar noch eine größere Anzahl von Beamten notwendig hat, als es früher der Fall war. Das hängt zusammen mit einer Krankheit, die wir in Österreich haben, und das ist der Beamtenüberfluß. Wenn Sie zu einem Amtsvorstande gehen und fragen, ob es nicht möglich wäre, die Anzahl der Beamten zu reduzieren, so werden Sie die Antwort erhalten, das ist ganz ausgeschlossen, ich brauche sogar die doppelte Anzahl von Beamten. Das ist nicht nur im Lande, auch bei den Staatsbehörden. Wir haben seinerzeit darauf gerechnet, und es ist auch davon gesprochen worden, daß das Doppelgeleise, Staffhaltereie und autonome Landesverwaltung, zusammengezogen werde, wodurch wesentlich an Personal erspart würde. Bisher ist in dieser Weise nichts geschehen, und es konnte auch nichts geschehen, weil die Verfassung noch nicht durchgeführt und die Verwaltungsreform noch nicht eingeleitet wurde. Von der Verwaltungsreform wird in Österreich schon seit langen Jahren gesprochen. Ich verweise auf die Enquete unter dem verstorbenen Minister *Körber*, wo alle möglichen Sachverständigen und Kapazitäten mitgearbeitet haben und die Arbeit der ganzen Enquete in einer Reihe von Bänden erschienen ist, daß aber von derselben nichts übrig geblieben ist,

als das bedruckte Papier. Wenn Sie die Anzahl der Beamten hier in Österreich anschauen, so werden Sie finden, daß wir in Österreich mehr Beamte haben, als England mit seinen ganzen Kolonien. Wir haben in Österreich an Staatsangestellten 230.000, davon sind 170.000 Eisenbahnangestellte und 50.000 bis 60.000 öffentlich Angestellte. Wir stehen nunmehr auf dem Standpunkte, daß auf 10 Bewohner ein Beamter kommt. Es wird doch notwendig sein, daß hier etwas geschieht, daß man endlich den guten Willen zeigt, in irgend einer Form eine Änderung vorzunehmen. Ich bin mir voll bewußt, daß eine Verwaltungsreform nicht gegen die Beamten, sondern mit den Beamten durchgeführt werden muß. Es ist mir bekannt, daß eine große Anzahl von Beamten immerhin Schwierigkeiten allen diesen Vereinfachungen entgegensetzt. Dazu wird es notwendig sein, daß man einen Mann herausucht, der in den Verwaltungsgeschäften genau Bescheid weiß und diesen Mann Vereinfachungen ausarbeiten läßt, die sich durchführen lassen. Man soll diesen Mann mit einer diktatorischen Gewalt ausstatten und ihm entsprechende Bezüge geben, die weit höher sind, als die Bezüge der höchsten Rangsklasse. Dieser Mann wäre in der Lage, dem Lande und der Gemeinde wesentliche Ersparungen zu erzielen. Wir haben im Kapitel Landesverwaltung wieder denselben Anstand, den ich schon seinerzeit erhoben habe bezüglich der sich im Landesvoranschlag erweisenden Abrechnung der einzelnen Betriebe. Es ist dort ausschließlich die Kameralistik zur Anwendung gebracht. Es wäre möglich, daß in einzelnen selbstständigen Betrieben des Landes eine kaufmännische Buchführung eingeführt wird. Ich möchte den Herrn Finanzreferenten daran erinnern, daß er seinerzeit, als er in der Opposition gewesen ist, eine Rede gehalten hat mit viel Wiß und mit einer gewissen Dosis Sachverständnis und die kameralistische Buchhaltung in den Grund und Boden verurteilt hat. Heute möchte ich sagen: „Hic Rhodus, hic salta.“ Es ist höchste Zeit, die kaufmännische Buchhaltung einzuführen. Es ist möglich in verschiedenen Betrieben des Landes, zum Beispiel im Landes-Krankenhaus, Grabnerhof, Grottenhof, Feldhof und allen möglichen Anstalten, welche das Land leitet. Bei dem Kapitel Landesverwaltung haben wir auch eine Post bezüglich der Landesregierung; und diese gibt uns das Recht, die Tätigkeit der Landesregierung zu kritisieren und Wünsche an dieselbe zu richten. Ein Wunsch, den wir an die Landesregierung zu richten hätten, wäre der, die Landesregierung möge, nachdem sie die Interessen des Landes zu vertreten hat, sich darum kümmern, wie es mit der Sachdemobilisierung ausschaut. Sie können,

wenn Sie sich informieren über die Sachdemobilisierung in Wien, die ganz unglaublichsten Nachrichten erfahren, Sie können erfahren, daß dort eine Judenwirtschaft ist. Es hat dort eine Anzahl von Leuten gegeben, welche gewerbsmäßig das Staatseigentum, die Sachdemobilisierungsgüter verschleudert hatten. Ich verweise nur darauf, daß der jüngst verstorbene Herr Brück, ein Provisionsagent schlimmster Sorte, ein Vermögen hinterlassen hat von 4 Milliarden Kronen, und der Mann hat hauptsächlich in Sachdemobilisierungsgütern gearbeitet. Ich verweise darauf, daß ein Artikel von der Sachdemobilisierung abgegeben wurde, den der Käufer mit einem Gewinne verkauft hat, der nicht sehr hoch war, nur 330.000 Prozent. Ich verweise darauf, daß die Sachdemobilisierung in ihrer Blütezeit 36.000 Beamte gehabt hat.

Ich bin vollkommen überzeugt, daß wir eines schönen Tages erfahren werden, daß Österreich bei der ganzen Sachabrüstung noch darauf gezahlt hat. Es hat Beamte gegeben, welche in die Sachdemobilisierung hineingekommen sind und dort Geschäfte zu führen gehabt hätten, sie waren kurze Zeit darinnen und haben erklärt, wir bleiben nicht länger, denn sonst müßte man uns entweder für dumm oder für schlecht halten. Das Land Steiermark hat genau so wie alle anderen Länder ein lebhaftes und großes Interesse daran, daß einmal hineingeleuchtet wird in die ganze Wirtschaft der Sachabrüstung; denn das ist ja Staatsgut und an diesem Staatsgute hat auch Steiermark einen großen Anteil. Ich möchte deshalb insbesondere an den Herrn Landeshauptmann die Bitte richten, sich der Sachdemobilisierung anzunehmen und die Interessen des Landes Steiermark dabei zu vertreten. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Abgeordneter Leichin: Hohes Haus! Es hat schon der Herr Vortredner darauf hingewiesen, daß wir durch unsere Anträge in den letzten Tagen die Beratungen des Hauses verzögert hätten. Nun war es nicht nur der Herr Abgeordnete Schreckenthal, sondern es waren auch noch andere, die uns diesen Vorwurf gemacht haben. Wir müssen jedoch feststellen, daß durch diese Anträge der Landesregierung auch nicht ein Heller an Ausgaben entstanden ist und dadurch nicht die Arbeiten des Landes als solche verzögert wurden. Wenn wir diese Anträge gestellt haben, waren nicht wir die Schuldigen, sondern die Schuldigen saßen auf Ihrer Seite und wir würden uns eines Verbrechens schuldig gemacht haben, wenn wir, nachdem der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer von den Großkapitalisten 5 Millionen Kronen angefordert hat,

um die Heimwehren auszubauen und gegen die Arbeiter zu rüsten, wenn wir hier nicht öffentlich darüber angefragt hätten. Dadurch haben wir dem Lande keine Ausgaben verursacht, sondern haben uns bloß unserer Pflicht entledigt.

Was der Herr Abgeordnete **Schreckenthal** in bezug auf die Rückständigkeit unserer Verwaltung sagt, ist richtig und wir schließen uns seinen Ausführungen vollinhaltlich an. Nur glaube ich, ist der Vergleich zwischen den Beamten von Österreich und jenen von England nicht ganz richtig, nicht richtig insofern, als doch die Eisenbahnen in England meistens Privatbahnen sind, während wir verstaatlichte Eisenbahnen haben.

Nun, hohes Haus! Der Herr Landesrat **Prisching** hat uns bei der Beratung des Voranschlages empfohlen, daß, wenn gespart werden soll, nur gespart werden kann bei der Landesverwaltung, bei den Schulen und bei den Wohlfähigkeitsanstalten. Ich weiß es und der Herr Landesrat **Prisching** wird es auch wissen, daß bei der Landesverwaltung nichts oder nur sehr wenig zu sparen ist, und deshalb, weil nur sehr wenig zu sparen ist, möchte ich ihm empfehlen im Interesse seiner Partei, daß auch er die Sache etwas überprüft. Wir haben vorgelegt bekommen die Gehälter und Bezüge der in der Landesregierung tätigen Landeshauptleute und Landesräte und wir glauben und sind der Meinung, daß dies alles nicht ganz richtig ist und im Interesse seiner Partei möchte ich den Herrn Landesrat **Prisching** schon bitten, daß er die Sache genau überprüft, ob nicht einige Ziffern zu hoch sind durch irrtümliche Angaben oder deshalb, weil man mit Arbeit überbürdet war oder sich nicht genau überlegen konnte, was man angegeben hat.

Nun zu einer weiteren Sache. Für uns ist es doch etwas peinlich nach einer anderen Richtung zu wissen, daß die zwei höchsten Funktionäre des Landes, nämlich der Herr Landeshauptmann und sein Stellvertreter **Dr. Uhrer** gleichzeitig auf Lebensdauer als Bankdirektoren oder Vertreter einer Bank gewählt sind. Hohes Haus! Ich weiß, daß in der Landesregierung viele Finanzgeschäfte gemacht werden und das Land Geld bedarf, und da ist es gerade nicht gut oder gerade nicht verlockend, wenn man weiß, daß die zwei höchsten Vertreter des Landes im Aufsichtsrate der Bank sitzen (Abgeordneter **Seehofer**: „Bei Ihnen haben alle auf die anderen Stellen verzichtet.“) und da und dort diese Stellung einnehmen. Aus diesem Grunde, glaube ich doch, daß dies inkompatibel, unvereinbarlich ist, wenn die zwei höchsten Funktionäre des Landes

gleichzeitig auch in einem Finanzinstitute diese Funktionen übernehmen.

Im übrigen erkläre ich, daß wir für diese Kapitel stimmen werden.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Uhrer**: Hohes Haus! Betreffs der Doppelbezüge wird vom reinen Referentenstandpunkte der Herr Finanzreferent des Hauses Stellung nehmen; es erübrigt sich also mir, das zu tun. Betreffs der Beamtenfrage, glaube ich, sind sich sämtliche Parteien des hohen Hauses klar, daß wir heute in Österreich sowohl, wie in den einzelnen Ländern selbstverständlich, wo doch gewiß große Gebiete weggefallen sind, unseren Beamtenapparat abbauen könnten, da wir eigentlich mehr Beamte haben als früher. Die kritische Frage ist nur die, wie der Abbau erfolgen könnte, und darüber sind sich auch wieder alle Parteien des hohen Hauses einig, daß nämlich diese Frage nicht so einfach von heute auf morgen und schon gar nicht vom Standpunkte eines einzelnen Landes aus zu lösen ist. Die Inanspruchnahme der Ämter ist viel größer geworden. Ich führe als Beispiel an: früher ist irgend ein Landbewohner zum Bezirkshauptmann sein ganzes Leben lang ein einzigesmal gegangen. Heute kommen die Leute vielfach direkt zum Landeshauptmann, es ist das eine Folgeerscheinung der ganzen Wirtschaft, die wir im Staate, im Zwangswirtschaftssystem usw. hatten, wo eben der Eingriff in die Wirtschaft des einzelnen immer größer wurde und wo das naturgemäße Reagens die größere Inanspruchnahme der Behörde war. Wir alle müssen uns darüber ganz klar sein, daß wir die Beamtenfrage in einem gewissen sozialen Sinne erledigen müssen, daß man nicht einfach unter den furchtbar erschwerten Lebensbedingungen von heute Tausende von Staatsbürgern existenzlos machen kann. Ich glaube, in dieser Frage sind alle Parteien ohne Unterschied einig, und zwar dahingehend, daß wir uns zwar über die Notwendigkeit des Abbaues klar sind, heute aber wohl noch nicht genaue Richtlinien festlegen können, wie das zu machen ist. Das zu erforschen, wird wahrscheinlich nicht eine Aufgabe der einzelnen Landtage, sondern der Nationalversammlung sein, weil wir auf dem Standpunkte stehen, daß die Erledigung dieser Frage in den einzelnen Ländern gegenwärtig kaum durchzuführen sein würde, und zwar aus dem Grunde, weil man die Verfassungsreform noch nicht durchgeführt hat.

Nun, meine Herren, möchte ich noch zu einem Punkte Stellung nehmen, das ist zwar eine Sache, die nach meiner Überzeugung mit der Budgetdebatte, noch dazu mit dem speziellen Teil eigentlich nichts zu tun

hat, aber vom Herrn Abgeordneten Leichin angeführt wurde, welcher deshalb auch selbstverständlich mit Recht auf eine Antwort von meiner Seite wartet. Wenn ich diesbezüglich unsere Stellungnahme irgendwie fixiere, muß ich mich auf den Standpunkt stellen, daß die Sache etwas großzügiger, als sie der Herr Abgeordnete Leichin angefaßt hat, angefaßt werden muß. Sehen Sie, zwischen Ihnen und uns sind überhaupt in dieser Frage grundsätzliche Unterschiede; das wissen Sie genau und wissen auch wir. Sie sagen, Sie sind grundsätzliche Gegner des Großkapitals, wir sagen, wir sind grundsätzliche Schützer und Verteidiger des Privateigentums. (Zwischenruf.) Meine Herren, ich komme auch auf diese Frage noch. Die Haltung der Sozialdemokraten zum Großkapital bin ich bereit, einigermaßen einer Beleuchtung zuzuführen. Es ist nach meiner Überzeugung den Sozialdemokraten in der Frage der Bekämpfung des Großkapitals letzten Endes einfach darum zu tun, das Privateigentum überhaupt abzuschaffen, und darin unterscheiden wir uns wesentlich. (Widerspruch.) Ich mache Ihnen das gewiß nicht zum Vorwurf, meine Herren, denn die Sozialdemokratie ist nun einmal eine revolutionäre Partei, sie geriert sich als solche und muß in dem Sinne vorgehen. Wenn Sie aber das uns quasi als Manko an unserer Parteifähigkeit herauskristallisieren wollen, muß ich erinnern an Ihre ersten Anfänge. Wenn Sie sich an das Jahr 1869 erinnern, wo Sie, glaube ich mich recht zu erinnern. . . . (Landesrat Oberzaucher: „Haben Sie damals schon gelebt?“) Ich nicht, aber vielleicht waren Sie schon auf der Welt, Herr Oberzaucher! Im Jahre 1869 wurde das erste sozialdemokratische Wochenblatt „Der Volkswille“ gegründet. Damals hat der jüdische Bankier Simon Deutsch 2000 Gulden dazugegeben, der Herausgeber der „Sonntagszeitung“ Aaron Scharsf hat 1000 Gulden dazugegeben. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Später hat sich das Bedürfnis herausgestellt, diesen „Volkswille“ in eine tägliche Ausgabe umzuwandeln und bei dieser Umwandlung hat der Herausgeber der „Neuen freien Presse“ Michael Etienne 10.000 Gulden dazugegeben. — Sie sehen also die Zusammenhänge. — So zu lesen in dem Verhandlungsprotokoll des Hochverratsprozesses — die Herren werden in die Geschichte der sozialdemokratischen Partei näher eingeweiht sein als ich — vom Jahre 1869, der dann im Wiener Parlament zur Sprache gekommen ist. Nichtsdestoweniger möchte ich noch etwas anderes sagen. Sie haben eines zur rechten Zeit gewußt, wenn Sie Geld gebraucht haben, wo das zu holen ist, nämlich bei dem Großkapital. Im Jahre 1912 ist der frühere Kanzler,

Ihr Genosse Dr. Renner, zum Gouverneur der Kreditanstalt Spitzmüller gegangen und hat dort unbekümmert um das Großkapital 1 Million Kronen ausgepumpt. Im Jahre 1914 mußte die Firma gewechselt werden und Ihr Genosse Dr. Renner ist zum Gouverneur Sieghart der Bodenkreditanstalt gegangen und hat dort 1 Million Kronen genommen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: „Zur Steirerbank hat er nicht gehen können.“) Ich weiß das nicht, Herr Kollege Pongraz, aber wahrscheinlich hätte er dort weniger Glück gehabt. Es hat, meine Herren, am 8. Dezember 1917 die christlichsoziale Arbeiterzeitung eine Anfrage an Dr. Renner gerichtet, ob er sich erinnere, daß er schließlich und endlich noch um eine dritte Million Kronen zu Bankdirektor Kranz gegangen ist; darauf ist bisher keine Antwort erfolgt und daraus schließe ich nun, meine Herren, allerdings mit meinen bürgerlichen Gehirnfunktionen, daß Sie eben, wenn es notwendig ist, sich dorthin um Geld wenden, wo es ist, nämlich an das Großkapital. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Nun, meine Herren, nur noch ein paar kurze Worte über die Frage, wie Sie in diesen Instituten, die von Ihrer Seite geschaffen sind, wirtschaften. Ich habe vor mir den Generalversammlungsbericht über die Konsumvereine, eine Sache, über die Sie ganz besonders genau orientiert sind, und zwar des Grazer Konsumvereines. Die gesamten Aktiven dieses Konsumvereines haben im vorigen Jahre betragen 15.5 Millionen Kronen rund, im letzten Jahre 42.5 Millionen Kronen. Die Geschäftsanteile sind nicht in diesem Verhältnisse, nämlich 15.5 : 42.5 gestiegen, sondern nur von 600.000 K. auf rund 900.000 K. Das Reinertragnis ist Ihnen aber mit über 5 Millionen Kronen geblieben. Ich habe mich naturgemäß gefragt, wie ich diese Bilanz durchgesehen habe, wo liegt da der Grund und da ist ein Zwischenruf gefallen zu dem Anlasse, als ein bäuerlicher Redner von unserer Seite über den Weinbau gesprochen hat, wenn ich mich recht erinnere, wobei auch einige Wige und Zwischenrufe von sozialdemokratischer Seite in diesem Zusammenhange gemacht wurden. Nun findet sich im Berichte der Generalversammlung des Konsumvereines ausdrücklich folgender Satz: „Der Umsatz an Getränken ist dem Umfange und der Menge nach gestiegen. Eine ganz besondere Nachfrage war nach Flaschenweinen.“ Es sind noch einzelne andere, ganz interessante Dinge darin, insbesondere scheint eine gewisse Unzufriedenheit aufgefaucht zu sein gegenüber einzelnen Funktionären von Filialen, was sich meiner Beurteilung entzieht. Wenn ich noch anfüge, daß schließ-

lich und endlich eine Volkskreditbank in der Annenstraße besteht, bei der Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraß, Bürgermeister Muchitsch, Landesrat Oberzaucher und Abgeordneter Stameß Funktionäre sind . . . (Zwischenruf von den Sozialdemokraten: „Aber nicht wie Sie, lebenslänglich.“) Ich bitte, mich ausreden zu lassen, wir können ja dann näher in die Sache eingehen. (Unruhe.) Wenn Sie dazu, meine Herren, wie gesagt, einerseits noch eine Volkskreditbank haben, bei der die Herren Pongraß, Muchitsch, Stameß und Landesrat Oberzaucher Beisitzer sind (Abgeordneter Muchitsch: „Resel, Machold auch.“), das freut mich, wenn schließlich und endlich gerade vom Konsumverbande Steiermarks und Kärntens vom Genossen Lessiak ein Antrag auf Schaffung einer Bank gestellt wurde, so meine ich folgendes sagen zu können: Sie bekämpfen das Großkapital programmatisch, schaffen sich aber dieselben Institutionen und bauen darauf parteipolitisch Ihre Institutionen auf. (Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraß: „Sie aber beteiligen sich am Großkapital programmatisch.“) Ich habe hier noch eine Schrift, die ich mir vorbehalten, eventuell später zu bringen über Ihre Beteiligung an kapitalistischen Unternehmungen; diesbezüglich können wir auch noch sprechen. Ich will bei dieser Gelegenheit nicht auf die sonstige Beteiligung der internationalen Sozialdemokratie, wo dieselbe mit dem Großkapitalismus zusammengeht, sprechen. Das sind Dinge, die allgemein bekannt sind. (Zwischenruf von den Sozialdemokraten: „Dann sagen Sie es!“) Ich möchte nur eines sagen, dieser Kampf, der von Ihrer Seite scheinbar unter der Flagge gegen den Großkapitalismus geführt wird, im Grunde aber darauf hinausläuft, jedes private Eigentum, gleichgültig, ob es im Besitze eines Bauern oder Gewerbetreibenden ist, unmöglich zu machen, dieser Kampf, meine Herren, hat auch bei der Sozialdemokratie gewisse Widersprüche gezeitigt und zeitigt sie heute noch. Wenn Sie heute auf der einen den Doktor Bauer nennen als den Führer des österreichischen Proletariats — ich gebe zu, von höchster Intelligenz —, auf der andern Seite ihn aber als den Sohn eines sehr reichen Fabriksbesizers kennen, und er betreffs der österreichischen Fabriken Sozialisierungsanträge in die Nationalversammlung bringt, wo in Österreich der Herr Dr. Bauer nicht Fabriksbesitzer ist, und auf der andern Seite die Nichtsozialisierung der Betriebe verlangt, dort, wo Dr. Bauer seine Fabriken hat, insbesondere in der Tschecho-Slowakei, so entdecke ich da gewisse Widersprüche, die mir nicht einleuchten. Dazu kommt die Veränderung, die in Ihren Anschauungen

klar zum Ausdruck gekommen ist. Wenn Sie einerseits an die Umsurzeiten denken, und auf die Stellungnahme Ihrer maßgebenden sozialdemokratischen Politiker in Wien, und auf der anderen Seite die Rede des Dr. Bauer anlässlich des Betriebsrätegesetzes entgegenhalten, wo er seinerzeit ruhig gesagt hat, eine Rettung ist nicht mit der Sozialisierung möglich und sie ist unmöglich, weil unser Land, dieser arme Staat vom Großkapital des Westens vollständig abhängig ist, dann, meine Herren, glaube ich ruhig sagen zu können, Sie haben kein Recht und keinen Grund, diesbezüglich der christlichsozialen Partei irgend etwas an den Kopf zu werfen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.)

Landesrat Resel: Hoher Landtag! Ich beglückwünsche die christlichsoziale Partei zu der Freude, die Sie über die Rede des Herrn Dr. Hrerr geäußert hat. (Zwischenruf von den Bauernbündlern: „Aha! Der Bankdirektor Resel!“) Ich möchte vorerst feststellen, daß wir bei dem Kapitel Landesverwaltung sind und daß das, was der Herr Dr. Hrerr gesagt hat, mit der Landesverwaltung in gar keinem Zusammenhang steht. (Abgeordneter Wißnig: „Bei Leichin nicht?“) Herr Abgeordneter Wißnig und die Herren Bauernbündler überhaupt, scheinen die Aufgabe übernommen zu haben, die Christlichsozialen unter allen Umständen zu verteidigen. Ich begreife es, wenn die Parteigenossen des Herrn Dr. Hrerr, auch wenn Sie vielleicht nicht einverstanden sind, Beifall klatschen, um ihre Solidarität zu bekunden; das begreife ich schon. (Widerspruch bei den Christlichsozialen und Bauernbündlern.) Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn gesagt wird, daß, was mein Herr Kollege Leichin gesagt hat, stünde in keinem Zusammenhang mit der Landesverwaltung, so ist das meines Erachtens unrichtig. Wenn er von den Bezügen der Landesfunktionäre redet, so steht das im innigen Zusammenhange, und wenn er den Herrn Landesfinanzminister darauf aufmerksam macht, er möge schauen, ob sich bei den Bezügen der höchsten Landesfunktionäre nicht sparen läßt, so gehört das zur Landesverwaltung. Und wenn er darauf verweist, daß manche der höchsten Funktionäre zugleich bei einer Privatbank sind, so muß die Frage aufgeworfen werden, ob es kompatibel ist, daß man solche Funktionen bei einer Privatbank ausübt? Ich gebe zu, daß, um über eine solche Frage hinwegzukommen, man alle möglichen Dinge heranziehen muß. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hrerr ist bis zum Jahre 1869 zurückgegangen, um den innigen Zusammenhang zwischen uns und dem Großkapitalismus zu beweisen.

Merkwürdig, die Großkapitalisten geben 5 Millionen Kronen zur Aufrüstung der Heimwehren gegen die Sozialdemokraten aus und auf der andern Seite wird behauptet, es bestünde eine gute Verbindung zwischen den Großbanken und den Sozialdemokraten. Ich habe so genau, wie Dr. Ahrer, die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht im Kopf, um Ihnen das bestreiten zu können, ob ein Herr Aron oder sonst wer für das damals zu gründende sozialistische Blatt Geld hergegeben hat. Aber ich will verraten, daß es manche gibt, die sogar für die sozialistische Wahlagitation Geld hergeben. Man kann eben niemand hindern, einen Selbstmord zu begehen. Die Frage ist, ob wir mit diesen Kapitalisten in irgendwelcher Verbindung stehen, ob wir Ihnen irgendwelche Dienste leisten, ob unsere Partei von diesen Kapitalisten sich irgendwelchen Vorteil auf andere Weise als durch den Kampf der Arbeiter um bessere Lebensführung verspricht.

Meine Herren! Um Ihnen zu beweisen, daß wir selbst wirkliche Kapitalisten seien, hat Herr Doktor Ahrer auf die Volkskreditbank verwiesen und aufgezeigt, wer im Aufsichtsrate sitzt. Ich gestehe, ich sitze nicht nur im Vorstande der Bank, sondern gehöre und zähle zu den Gründern derselben. Sie hat den Zweck, daß das Geld der Arbeiter, welches sie ersparen können, in eine Bank gelegt wird, daß sie es sich verzinsen können und daß jeder Gewinn dieser Institutionen, die bei uns durchwegs auf genossenschaftlicher Basis beruhen, weil der einzelne keineswegs einen Privatgewinn hat, der Allgemeinheit zugute kommt. (Zwischenruf von christlichsozialer Seite: „Bei uns auch.“) Die Steirerbank ist wahrscheinlich auch ein allgemeines Institut, wo der Reingewinn auf die christlichsoziale Partei aufgeteilt wird. Der Konsumverein, der herangezogen wurde, das ist eine Genossenschaft, und zwar eine Genossenschaft, wo niemand lebenslanglich angestellt ist, wo überhaupt niemand, außer wenn er dort angestellt ist, einen Gehalt bekommt, wo einer überhaupt keine Gratifikationen, keine Dividenden und dergleichen erhält. Es ist ein himmelweiter Unterschied zwischen der Steirerbank, zwischen einer Bank überhaupt und der Volkskreditbank und dem Konsumverein. Unsere Verbindung mit dem Großkapitalismus trachtet Herr Dr. Ahrer dadurch zu erweisen, indem er erklärt: „Schauen Sie Dr. Bauer an, er ist selber ein Großkapitalist.“ Ich bin über die Vermögensverhältnisse des Herrn Dr. Bauer wenig unterrichtet. Ich weiß nur eines, (Abgeordneter Seehofer: „Vielleicht wissen Sie es von Dr. Eisler besser.“) Entschuldigen Sie, ich habe nicht verstanden, was Sie gesagt haben. (Abgeordneter Seehofer:

„Vielleicht wissen Sie es von Dr. Eisler besser. Der ist ja Hauptaktionär bei der Hoch- und Tiefbaugesellschaft!“) Ich nehme das zur Kenntnis, ich habe aber bisher nichts davon gewußt; ich weiß nur, daß mir immer nachgesagt wird, daß ich fünf Häuser habe, ich suche sie schon seit Jahrzehnten vergebens, ich habe sie schon verschenkt, es nimmt sie aber niemand, weil sie auch niemand zu finden vermag. Ich bin über die Vermögensverhältnisse des Genossen Bauer nicht sonderlich unterrichtet, ich weiß nur eines, daß seine Eltern sehr reich waren, daß er sich als Student der Sozialdemokratie zugewendet hat, seine Eltern ihm deshalb die Bezüge entzogen haben und er sich selbst durchs Leben schlagen mußte. Ob die Eltern leben, ob er geerbt hat, hat mich nicht interessiert, interessiert hat mich der Opfermut, die Überzeugungstreue von einem Menschen, der doch das schönste Leben haben könnte und seine Verbindung mit den Eltern vollkommen gebrochen hat. Es ist ein kleiner Unterschied zwischen Dr. Bauer, der reiche Eltern hat, und zwischen Dr. Ahrer, der jetzt in der Steirerbank sitzt. Dr. Bauer hat verloren, Dr. Ahrer hat gewonnen. (Zwischenruf: „Reicher Schwiegersohn!“) Ich glaube, damit habe ich diesen Teil der Rede des Herrn Doktor Ahrer abgetan; denn er redet ja immer von allem, nur nicht von dem, was geredet werden soll. Ich gebe zu, daß ihm die Verlegenheit, in die er durch die Ausführungen meines Genossen Leichn geraten ist, veranlaßt hat, zu allem möglichen Zuflucht zu nehmen, um auf ein anderes Geleise zu kommen, als auf dem eigentlich gefahren werden soll.

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Schreckenthall hat sich über die Verwaltung ausgesprochen und auf die Beamten verwiesen. Ich bin auf diesem Gebiete kein besonders kundiger Mensch, ich weiß nur eines: wir haben zuviel Beamte, bei uns wird nicht deshalb soviel verwaltet, weil soviel zu verwalten ist, sondern weil wir zu viele haben, die verwalten wollen oder verwalten müssen, weil das ihre Existenz ist. Im alten Österreich hat man studiert, wie man die Verwaltung verbilligen könnte. Nun ist der Umsturz gekommen, und durch diesen ist uns eine große Anzahl von Beamten zugeflossen, weit über unseren Bedarf hinaus; die ganzen Wiener Zentralen sind bestehen geblieben, die früher für ganz Österreich gehört haben, und trotz des versuchten Abbaues der Zahl der Beamten ist es bisher nicht gelungen, nicht deshalb, weil man es bisher nicht besser verstanden hätte, mit weniger Beamten besser zu arbeiten, sondern weil man die Beamten nicht kurzer Hand auf die Straße stellen

kann. Wir müssen ihnen Pensionen, größere Pensionen zahlen nicht deshalb, weil sie arbeiten, sondern weil sie Menschen sind, die leben müssen. Und wenn der Herr Kollege Schreckenthal nun den Vergleich zwischen Österreich und England zieht, wäre es früher notwendig, sich die Verschiedenheiten dieser Verwaltungen, der englischen und der österreichischen, anzusehen. Die englische Verwaltung unterscheidet sich von der österreichischen dadurch, daß sie sich nicht auf der Bureaukratie, sondern auf der Autonomie aufbaut. (Abgeordneter Schreckenthal: „Das weiß ich alles!“) Ich bitte, warum vergleichen Sie dann? Das ist ein Vergleich, wie seinerzeit, als der oberösterreichische Landeshauptmann eine aufsehenerregende Schrift veröffentlicht hat, welcher Unterschied zwischen den Kosten der Verwaltung vom Jahre 1890 und vom Jahre 1900 war. In der Zwischenzeit sind fast alle Bahnen verstaatlicht worden, ein Heer von Beamten ist uns dadurch zugefallen, die Bevölkerung hat sich vermehrt; er hat das alles auf das Kapitel „Verwaltung“ geschrieben und hat gesagt: „Das kosten uns die Beamten!“ So kann man nicht argumentieren. Wenn man Vergleiche zieht, muß man die Verschiedenheiten der Verwaltung und alle Umstände, die bei den Vergleichen in Betracht kommen, heranziehen. Weil mein Kollege Krawagna erklärt hat, wenn der Landtag für überflüssig gehalten wird, müßte man den Landtag beseitigen und seine Aufgaben der Nationalversammlung überlassen, hat Kollege Schreckenthal erklärt, das werden wir nie und nimmer dulden. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß unserer Überzeugung nach der Landtag schon im alten Österreich eine ziemlich überflüssige und an die alte Landständenwirtschaft erinnernde Einrichtung war, daß wir auch in der Republik Österreich den Standpunkt vertreten, daß diese Länderverwaltung einfach beseitigt werden soll, indem die Autonomie der Gemeinden mehr ausgebaut und die Gemeinden zusammengefaßt werden in Bezirke, die ihre eigene Verwaltung haben. Das Geheimnis, warum England billiger verwaltet, liegt darin, daß große Teile der Verwaltung privat, ohne Kosten, von den betreffenden Funktionären geleistet werden. Nach der Richtung hin ist die englische Lokalverwaltung mustergebend für die ganze Welt. Wir werden die Länder nicht aufheben; früher im alten Österreich haben wir 14 Landtage gehabt; jedes Land hatte seinen Landtag und war stolz auf diesen. Wir haben nun in Österreich 6 Millionen Einwohner — Böhmen und Galizien haben mehr Einwohner gehabt — und haben je einen Landtag gehabt. Wir sind ja eigentlich nicht größer, als die

früheren Provinzen im alten Österreich, und wenn es möglich war, diese autonom zu verwalten, ohne sie unterzuteilen, so wäre es auch möglich, Österreich auch so zu verwalten. Ich will noch auf die Sachdemobilisierung und auf die Nebenbemerkung des Herrn Abgeordneten Schreckenthal bezüglich der Zeitungen zu sprechen kommen. Er meint, was die Zeitungen erboht hat, das waren die langen Reden. Alle Achtung vor der Journalistik — ich bin selbst Journalist —, ich kann mich darüber ärgern, daß ein anderer eine lange Rede hält, aber das ist kein solches Ereignis, daß es journalistisch auszuwerfen wäre. Wenn ich es aber trotzdem könnte, daß ich mich über eine lange Rede, weil sie für mich so ärgernisierend ist, aufhalte, so werde ich mich über die Rede aufhalten, werde aber nicht lügen und eine Körperschaft herabsetzen, um meinem Ärger Ausdruck zu geben. Daß die Ziffern, die von der „Tagespost“ gebracht wurden, erlogen waren und selbst nach einer Richtungsstellung noch einmal erlogen dargestellt wurden, das ist eine Sache, die man sich nicht gefallen lassen darf, nicht nur deshalb, weil man Sozialdemokrat ist, sondern weil man einer Körperschaft angehört, in der man auf Grund der bestehenden Gesetze sitzt. Ich habe eine große Achtung vor der Journalistik, wenn sie befruchtet wird, wie es sich gehört. Es gibt zweierlei Berichterstatter: einen, der bloß das wiederzugeben hat, was er hört, und den politischen Redakteur, der zu beurteilen hat, was gesprochen wird, ob es ihm paßt oder nicht. Wenn man schon politischer Redakteur ist, so hätte man, wenn man über die Verwaltung des Landes redet, vor allem die Aufgabe, sich die Ziffern anzusehen und dann erst über die Landesverwaltung überhaupt etwas zu sagen. Aber ist in der Zeitung auch nur eine Zeile über die Landesverwaltung enthalten gewesen? Bloße Schimpfereien, daß Reden zu viel kosten, das ist keine Politik, das ist eine mit Absicht verbreitete Unwahrheit, womit man eine einzelne Partei oder eine ganze Körperschaft herabsetzen will. Kollege Schreckenthal hat auch den Herrn Landeshauptmann aufgefordert, er möge sich vor allem die Sachdemobilisierung genau anschauen, weil da die Juden wieder besonders viel verdient haben. Ich möchte darauf aufmerksam machen — was die Sachdemobilisierung in Steiermark anbelangt —, so ist bekannt, daß gedrittelt worden ist. Ein Drittel der Sachabrüstung hat die Landwirtschaft bekommen, ein Drittel die Konsumgenossenschaften und ein Drittel die privaten Kaufleute. Nur das, was in den Handel durch die Konsumgenossenschaften gekommen ist, ich kann doch den Konsumgenossenschaften nicht Schrap-

neß geben, weil diese Sachen weder für Kleidung noch für Eßwaren zu verwenden sind. (Zwischenruf: „Für Arbeiterbataillone!“) So graußlich sind wir nicht, daß wir mit Granaten schießen wollen, wir sind viel zivilisierter, wir wollen die Gewaltpolitik nicht weiter treiben; das zeigt unser Verhalten. Daß es manchem, der Ihrer Gesinnung ist, leidtut, daß nicht viele Kanonen mit Schrapnell's vorhanden sind, die gegen die bösen Revoluter, die wir sind, auffahren könnten, das glaube ich. In der Landwirtschaft, sitzen da Juden? (Zwischenruf: „Nein!“) Na also!

Es ist das so eine ähnliche Sache, die mich an frühere Debatten über den Soldatenrat erinnert, diese schlechte Einrichtung, und wenn wir fragten, wo ist der, so sagten Sie uns: „Ja, der ist in Wien!“ (Abgeordneter Schreckenthal: „Das wissen Sie genau, wie es gemeint war!“) Bitte, ich weiß, daß bei der Sachdemobilisierung sehr viel vorgekommen ist, ich habe in Steiermark bei der Sachdemobilisierung Dinge miterlebt, die mir mehr als den Magen umgedreht haben. Die Raffgier mancher, alles noch billig zu bekommen, hat dazu geführt, daß Dinge rasch weggegeben werden mußten, die man sicher für die Bevölkerung gebraucht hätte, weil man sie sonst nicht hätte erhalten können, weil sie unter den Händen zerronnen wären. Ich möchte erwähnen, daß beim Umsturze Pferde unter den Fingern zerronnen sind (Zwischenruf: „Wenn wir sie nicht genommen hätten, wären sie verhungert!“), und 14 Tage nachher hat man sie um das Zehnfache verkauft, als man sie gekauft hatte. Ich bin von der ganzen Sache unferrichtet und weiß, wer Pferde gekauft hat und weiß auch, daß viele Pferde gekauft haben, wobei sie auf das Zahlen vergessen haben. Nun, meine Herren, ich glaube, wenn wir da im Landtage reden, so reden wir von unserer eigenen Sachdemobilisierung, und da kommen wir mit dem Witz von den Juden nicht weg, der versagt da; da müssen wir auch die guten Christen, die so raubgierig waren, beim Namen nennen. (Abgeordneter R a w a g n a: „Siehe Prozeß R a w a g n a in Bruck, wo mehrere in Graz und Wien verwickelt sind!“) Ich war bezüglich der Sachdemobilisierung einer derjenigen, der am empörtesten war. Die Arbeiter haben unter Aufgebot aller ihrer Kräfte, Zeit und Ruhe gefrachtet, die Güter zu bewachen, damit sie nicht gestohlen wurden. Dafür wurden sie uns dann von Händlern und Kapitalisten entrisen, die haben einen Heidegewinn gemacht, die anderen haben es bewacht, damit das Eigentum des Staates nicht angefaßt wird. Etwas anderes könnte nur derjenige behaupten, der böswillig wäre. Ich könnte die Liste der

Diebe und Betrüger aufzählen, und Sie würden alle Gesellschaftsklassen in dieser Liste verzeichnet finden. (Abgeordneter W i s a n g: „Aber am meisten Juden!“) Die haben mehr gehandelt als gestohlen. Ich glaube, daß es, wenn wir zur Landesverwaltung reden, nicht gut ist, wenn alles mögliche dabei zur Sprache kommt. Wir sollen uns schon an den Zusammenhang halten, sonst ist es unmöglich, bei der Sache zu bleiben, und sonst müssen auch wir auf Ausführungen erwidern, was für Sie nicht immer das Angenehmste ist. Wir halten Ihre Angriffe aus, ob Sie so gebaut sind, daß Sie sie aushalten, das ist eine andere Frage.

Abgeordneter Stameß: Hohes Haus! Wenn bei diesem Punkte des Voranschlages wiederholt die Frage aufgeworfen, beziehungsweise die Klage erhoben wurde, daß der Beamtenstand der öffentlichen Behörden und Ämter in keinem Verhältnis zu dem Verwaltungsgebiete, welches uns geblieben ist, steht, so ist das eine landläufige Klage. Ich muß sagen, daß diese Landläufigkeit nicht genau untersucht wird, und es ist genau zu unterscheiden, was zu diesem Ubelstande geführt hat. Der Beamtenstand ist deshalb zu groß gegenüber der Bevölkerungszahl, weil wir ein System haben, welches sich nicht vergleichen läßt mit dem Verwaltungsapparate in England, den der Herr Abgeordnete Schreckenthal als Beispiel angeführt hat. Es hat bereits der Herr Landesrat R e s e l geantwortet. Ich kann das von ihm Gesagte nur unterschreiben. Ich habe Gelegenheit, den Verwaltungsapparat kennen zu lernen, und muß sagen, daß bei der bloßen Steuerveranlagung ein Unterschied besteht, daß ein großer Teil der Beamten erspart wird. Vorwiegend aber ist es die ganze Autonomie der Gemeinde, die den Staat wesentlich entlastet. Ich bitte, die Herren von der Gegenseite haben jetzt Gelegenheit, ein System einzuführen, welches den Abbau der Beamtenschaft ermöglicht. Bitte, lassen Sie Ihren Geist blitzen, machen Sie das, Sie sind Verwaltungsgenies und haben die Verwaltung in der Hand. Führen Sie ein System ein, mit welchem es möglich ist, den Beamtenabbau durchzuführen. Aber Sie zeigen ja gar nicht den Willen dazu. Ich war nur einmal in der Sitzung des Finanzausschusses als Ersatzmann und habe gehört, daß man sehr viele Herren beurlaubt zu ganz anderen Dingen, als sie eigentlich angeben, die Beurlaubung zu verlangen. Ich habe gehört, daß bei dem Stande der Lehrer 150 beurlaubt sind aus Krankheitsgründen, weiter 15 zum Zwecke der Weiterbildung und 15 für Humanitätszwecke. Ich kenne in Eggenberg einen Herrn, der schon zwei Jahre beurlaubt ist, der sich aber als Nebenberuf die Direktorstelle eines Konsum-

vereines zugelegt hat. Ich weiß nicht, gilt das zu Fortbildungs- oder Humanitätszwecken. Jedenfalls aber scheinen die Herren von dieser Seite nicht sehr erpicht zu sein, den überflüssigen Beamtenapparat abzubauen. Wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer den Allgemeinen Spar- und Konsumverein in Parallele gestellt hat mit der Steirerbank, so muß ich sagen, für diesen Vergleich danke ich schön. Er hat diesen Verein nur oberflächlich kennen gelernt, sonst hätte er, wenn der Umsatz ein größerer war, auch finden müssen, daß der Konsumverein nahezu um 8000 Mitglieder mehr gezählt hat gegenüber den vorhergehenden Jahren. Zu diesen 8000 Mitgliedern kann man eine Personenzahl von rund 20.000 rechnen. Wenn nunmehr dadurch ein großer Weinkonsum entstanden ist, so ist das natürlich deshalb, weil der Konsum für einzelne noch immer kleiner wird, wenn die Anzahl der Mitglieder um so viel steigt. Ich möchte nicht sagen, daß das allein Arbeiter gewesen sein müssen, die den Wein getrunken haben. Es ist ein allgemeiner Verein. Es sind auch andere Bevölkerungsschichten in dem Vereine. Es sind nicht nur die Arbeiter Mitglieder. Er hätte auch finden müssen, daß der Verein bereits 33 Jahre besteht und eines der größten Genossenschaftsinstitute der Alpenländer ist und langsam durch Mühe und Fleiß zu dem gemacht wurde, was er ist. Das stimmt bei der Steirerbank nicht. Die wird früher zu den 5 Millionen Kronen Reingewinn kommen als der Konsumverein. Wenn der Herr Abgeordnete Schreckenthal weiter darauf verweist und den Wunsch ausspricht, daß die Landesregierung ein wachsendes Auge auf die Sachdemobilisierung lenkt, so muß ich das vom Herrn Landesrat Resel Gesagte unterstreichen. Es ist allerdings etwas spät, die Sache jetzt erst unter die Lupe zu nehmen. Wenn aber das alles auf das Konto der Juden geschoben wird, so muß ich sagen, das trifft nicht immer zu. Die Teilung der Sachdemobilisierung ist so: ein Drittel für Gewerbe und Handel, ein Drittel für Industrie und ein Drittel für die Landwirtschaft. Nun wird gesagt, daß sehr viel im Schleichhandel herum schwimmt, was zu Unrecht erworben wurde, daß damit Schleichhandel getrieben wird und es im Schleichhandel verkauft wird. Und gerade von dieser Seite muß ich etwas bemerken. Wir haben in Eggenberg die Zentralfstelle der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Vor kurzer Zeit hat die Gendarmerie in Eggenberg Kenntnis bekommen, daß ein schwunghafter Handel mit Sachdemobilisierungsgütern betrieben wird. Die Gendarmerie ist dem nachgegangen und hat gefunden, daß der frühere Verwalter dieses Verbandes einen

schwunghaften Schleichhandel durch zwei Jahre mit Sachdemobilisierungsgütern betrieben hat. Diese sind nicht von den Juden erworben, sondern von der Sachdemobilisierung selbst, von der Zentralfstelle für Landwirtschaft erworben worden, und der Herr Verwalter hat es im Schleichhandel verkauft. So ist es der Gendarmerie noch möglich gewesen, eine ganze Fuhr solcher Güter zu beschlagnahmen und die liegt gegenwärtig noch im Gemeindemagazin von Eggenberg. Es ist nicht wahr, daß das nur Juden gewesen sind, es sind gute Christen gewesen, solche aus Ihren Kreisen. Ich bedaure, daß man solche Elemente herumlaufen läßt. Auch dieser Herr läuft noch herum, und es ist erwiesen, daß er kein Recht hatte, sich diese Güter anzueignen. Es ist ungerecht, wenn man sagt, die Juden machen das. Dieselben Leute findet man auch in Ihren Kreisen. Ich schließe damit, daß ich dem Wunsche, den der Herr Abgeordnete Schreckenthal ausgesprochen hat, noch anfüge, daß endlich im Staate und im Lande ein System in der Verwaltung gefunden werden muß, von jedem, der die Verwaltung in der Hand hat, daß die Verwaltungskosten verringert werden und dadurch, daß man nicht durchblicken läßt, daß die Beamten zu wenig arbeiten und überflüssig in der Kanzlei herumzulungern, sondern, daß durch ein rationelles wirtschaftliches System ein Abbau möglich wird. Hand in Hand damit muß gehen, daß man diesen Herren, die überflüssig gemacht werden, die Möglichkeit gibt, sich anderen Erwerbszweigen zuzuwenden, so daß man mit der Verwaltung des Landes und des Staates auf eine gesunde Basis kommt.

Landesrat Oberzaucher: Ich hätte zu diesem Punkte des Voranschlages nicht das Wort ergriffen, würde mich nicht die „glänzende“ Argumentation des Herrn Dr. Ahrer dazu zwingen. Es wurde gesprochen von den Doppelbezügen der christlichsozialen Mitglieder der Landesregierung, und bei dieser Gelegenheit hat der Herr Dr. Ahrer gedacht, sich aus der Schlinge zu ziehen und gegen uns zu argumentieren damit, daß er behauptet, wir seien auch nichts besser als die Christlichsozialen in puncto unserer Stellung zum Großkapital. Das einzige, was er richtig gesagt hat, was wir alle anerkennen, ist, daß er uns als eine revolutionäre Partei bezeichnet, als eine Partei, die mit der herrschenden, von Gott gewollten Gesellschaftsordnung nicht einverstanden ist und die darauf hinarbeitet, diese schöne Ordnung in eine andere umzuwandeln. Damit hat er vollkommen recht, und ich glaube, wir haben noch nicht geleugnet, eine revolutionäre Partei zu sein. Wenn er damit sagen will, daß wir eine Partei sind, die eine Tätigkeit verfolgt, die nicht im Interesse der

Allgemeinheit, im Interesse des Fortschrittes wäre, so hat er Unrecht. Es haben größere Männer, als unser lieber Herr Dr. Ahrer, die Sozialdemokraten anders gewürdigt; ich spreche nicht von Leuten, die in unserem Lager stehen, ich nenne nur einen Mann, dem auch die anderen Mitglieder des hohen Hauses das Prädikat groß zuerkennen, ich spreche vom verstorbenen Bismarck, der im deutschen Reichstage erklärt hat: „Ohne Sozialdemokraten keine Sozialpolitik!“ Es war der grimmigste Gegner, den seinerzeit die aufstrebende Arbeiterchaft gehabt hat, er hat dies besonders in seinem Sozialistengesetz dokumentiert, er hat aber eingesehen, daß ohne uns die niedrigsten, ärmsten und unterdrücktesten Schichten niemals in die Höhe kommen würden, daß der allgemeine kulturelle Aufstieg der breiten Massen ohne Sozialdemokratie nicht möglich ist. Das möchte ich nur gegenüber den Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Ahrer gesagt haben, womit er beweisen wollte, daß unsere Partei keine Daseinsberechtigung habe oder Ziele verfolge, die nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen. Was nun aber seine Absicht, die seinen Argumentationen zugrunde gelegen ist, anbelangt, unsere Tätigkeit in den verschiedenen gemeinnützigen Anstalten mit seiner Tätigkeit und jener der christlichsozialen Partei und der Landesregierung auf eine Stufe zu stellen, so muß ich schon auf die einzelnen Fälle, soweit sie nicht schon von meinem Klubkollegen charakterisiert wurden, kurz zurückkommen. Nehmen wir die Alpenländische Volksbank an; gewiß, in dieser Bank sind Parteigenossen von uns im Vorstande, und Kollege Muchitsch ist sogar Obmann dieser Bank, aber der Unterschied zwischen dem Präsidenten der Steirerbank und der Volksbank besteht darin, daß der eine auf Lebensdauer mit Bezügen bestellt ist, und der andere Ehrenobmann ist, der im Monat 50 Kronen für die Tramway bekommt, Dividenden werden nicht verteilt, kein Mitglied des Vorstandes bezieht auch nur einen Heller für seine Tätigkeit im Interesse des Genossenschaftswesens; wir betrachten diese ebenfalls als eine Kampforganisation im Kampfe der Arbeiterchaft um ihre Besserstellung.

Weiters wird gesagt, die Konsumvereine haben einen Reingewinn von vielen Millionen Kronen und die Anteilcoupons betragen 900.000 K. Ja, meine Herren, diese Konsumvereine sind ebenfalls nur ein Glied in den Kampforganisationen, die sich das Proletariat schaffen mußte, um nach und nach aus den Fesseln des Kapitals zu kommen. Der Kapitalismus beutet in seinen Ausbreitungsbestrebungen nicht nur die Arbeitskraft des Arbeiters stetig aus, er beutet sie auch aus,

indem er ihre Lohnkrone benützt, indem er sie als Konsumenten ausbeutet, und um das abzubauen und zu verhindern, haben weitsichtige Führer diese genossenschaftliche Bewegung in England ins Leben gerufen, eben diese Konsumvereine, um die Lohnkrone nicht dem Privathandel auszuliefern. Diesen Zweck verfolgen die Konsumvereine der Arbeiterchaft, und wenn heute von großen Konsumvereinen in Graz mit 5 Millionen Kronen Reingewinn gesprochen wird, so freut uns das, weil wir sehen, daß diese Konsumgenossenschaften einen großen Aufschwung genommen haben, und ich kann Ihnen mitteilen, daß dieser erzielte Gewinn nicht so wie bei Ihren Anstalten aufgeteilt wird auf die Besitzer der Aktien, sondern daß dieser Reingewinn aufgeteilt wird auf die Konsumvereinsmitglieder, allerdings nur zum Teile, und der größere Teil (Zwischenrufe: „Für die Parteipresse!“) dazu benützt wird, die Betriebsmittel größer zu machen, um schließlich von der Konsumtion zur Produktion überzugehen. Wir leugnen das nicht, wir bestreben uns, die Arbeiter aus den Krallen des Privatkapitals zu befreien, wir werden die Konsumvereine mit aller Kraft ausbauen, mit allen Mitteln, um sie groß zu machen im Interesse der Arbeiterchaft, und um so langsam einen Zustand im Wirtschaftsleben herbeizuführen, der unserem Ideale näher kommt. Eines muß noch einmal festgestellt werden: von dem erzielten Reingewinn werden nicht Dividenden verteilt an die Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates, denn das sind Ehrenstellen bei den Konsumvereinen, kein Obmann des Aufsichtsrates, kein Vorstandsmitglied bezieht irgend einen Betrag, und das ist eben der große Unterschied zwischen der Tätigkeit unserer Parteigenossen in genossenschaftlichen Instituten und der Tätigkeit der Herren von der anderen Seite, die bei privatkapitalistischen Großbanken und Anstalten beschäftigt und angestellt sind. (Zwischenrufe: „Krankenkassen!“) Auch bei den Krankenkassen bezieht niemand eine Dividende, es sind nur Sitzungsgelder in einem geringen Maßstabe festgesetzt, der Ersatz für Tramwayfahrten oder für tatsächlich geleistete Ausgaben, aber von Tantiemen, von größeren Summen, die für die Mitglieder ausgegeben werden, ist keine Rede, und es würde Ihnen sehr schwer fallen, wenn Sie hiefür den Beweis erbringen wollten. Wenn Sie uns sagen, daß diese Konsumvereine, diese Arbeiterinstitutionen eigentlich auch mit dem Großkapital verquickt sind und Sie diese im Kampfe gegen das Großkapital nicht so ernst nehmen, und zu dieser Behauptung anführen, daß zu dieser oder jener Zeitung von den Banken ein Kredit von Millionen gegeben wurde und damit beweisen wollen, daß

wir mit dem Großkapital im Zusammenhange stehen, so ist das eine lächerliche Argumentation, daß Sie damit keinen Hund hinter dem Ofen hervorgerufen; wenn man ein Arbeiterunternehmen gründen will, ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen, bei dem es sich um die Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen handelt und Sie brauchen Geld, um es betreiben zu können, sie können es aber leider nicht bekommen, so muß man sich an die Banken wenden und von dort Geld gegen Zinsen leihen. Wenn Sie nun daraus schließen, daß wir mit dem Großkapital in einem Zusammenhange stehen, so ist das eine kindische Behauptung, auf die ich nicht näher einzugehen brauche. Sie sehen, daß die Argumentation, wir seien gerade so schlecht, beziehen hohe Dividenden und nehmen Geld vom Großkapital, weil wir Konsumvereine oder Banken besitzen, welche der Arbeiterschaft gehören, daß dies eine bewußte falsche Argumentation ist und ich erkläre nur, daß wir es entschieden ablehnen, in Hinsicht auf diese Tätigkeit mit den Herren der Gegenseite auf eine Stufe gestellt zu werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter **Schreckenhal**: Hohes Haus! Ich möchte nur auf die Ausführungen des Herrn Landesrates **Resel** einiges erwidern. Herr Landesrat **Resel** hat auf die Bahnen hingewiesen, die verstaatlicht wurden und einen Vergleich herangezogen über die Zahl der Beamten. Gerade die Verstaatlichung ist der Beweis dafür, wie man bei uns in Österreich die Beamtenzahl vermehrt. Ich verweise da nur auf die Verstaatlichung der Nordbahn. Vor der Verstaatlichung waren in einer Station nur 3 bis 4 Beamte, nach der Verstaatlichung waren bei derselben Station 3 Juristen, 2 Eisenbahninspektoren und noch mehrere andere, so daß zum Schlusse 15 Beamte waren. Sie wissen genau, daß bei Verstaatlichungen von Bahnen immer die politischen Parteien gesprochen haben, aber nicht im geschäftlichen Interesse, ich meine im Bahninteresse wurden Beamte nicht angestellt, sondern aus rein politischem Interesse. Gerade die Verstaatlichung der Bahnen zeigt ja, wie schlecht der Staat bei der Verstaatlichung gefahren ist. Wenn die Bahn früher hochaktiv war, so ist sie durch die Verstaatlichung passiv geworden. Herr Landesrat **Resel** hat mir vorgeworfen, daß ich die Verhältnisse von England herangezogen habe, ohne sie zu kennen. Nun, ich kenne diese Verhältnisse ganz genau, ich habe bewußt gesagt, daß dort die Anzahl der Beamten relativ geringer ist als bei uns in Österreich. Bei uns trägt zur Anzahl der Beamten eine Tradition bei, wonach viele Schichten der Bevölkerung das Sehnen

und Streben haben, nur Staatsbeamte zu werden und ich erinnere da an eine Erzählung Hermann **Bahr**s, worin ein junger Bursche, der gefragt wird, was er werden wolle, antwortete: „Pensionist“. In dieser Erzählung zeigt sich die Mentalität der österreichischen Bevölkerung, gegen diese müssen wir ankämpfen, denn diese Mentalität hat es mit sich gebracht, daß wir einen so großen Überschuss an Beamten haben. Gerade die Ausführungen des Herrn Landesrates **Resel** wie des Herrn Kollegen **Stameg** haben gezeigt, daß Sie in der Sache derselben Ansicht sind wie wir, nur haben wir von der Bauernpartei einen anderen Standpunkt. Wir brauchen nicht befürchten, daß wir Teile unserer Wählerschaft verletzen, was bei den Sozialdemokraten und bei den Großdeutschen zutrifft. Wir können in dieser Frage vollkommen objektiv vorgehen und die Interessen des Staates und der Allgemeinheit hier vertreten. Herr Landesrat **Resel** hat bezüglich der Sachdemobilisierung gesagt, es ist gedrittelt worden, ein Drittel ist der Landwirtschaft, ein Drittel den Konsumvereinen und ein Drittel dem freien Handel zugewiesen worden. Was ist aber gedrittelt worden? Nur Textil und Lederwaren und Pferdegeschirr, der ganze wertvolle Lagerbestand an Maschinen ist nicht gedrittelt worden, sondern in andere Hände gekommen. Ich habe mir erlaubt, darauf hinzuweisen und habe da hauptsächlich nur die Hauptanstalt in Wien gemeint, ich habe da die Judengruppe gemeint, die sich dort eingefunden hat. Es ist mir ein Rätsel, wenn ich die Erregung bei der sozialdemokratischen Partei sehe, so oft man das Wort „Jude“ nur nennt. (Abgeordneter **Resel**: „Weil es lächerlich ist, sich auf der einen Seite von Juden 5 Millionen Kronen geben zu lassen und auf der anderen Seite die Sozialdemokraten als Juden zu bezeichnen!“) Das hat mit der Sache nichts zu tun, ich habe mir nicht 5 Millionen Kronen geben lassen. Fest steht nur das eine, daß gerade bei der Sachdemobilisierung in Wien eine große Anzahl Juden schwer reiche Männer geworden sind, während ein großer Teil der Bevölkerung einfach zugrunde geht. Und wenn die Herren Abgeordneten **Sonnhammer** und **Krawagna** sagen, man darf nicht über die Juden schimpfen, wenn man 5 Millionen Kronen von ihnen nimmt, so kann ich Ihnen nochmals erwidern, das hat mit der Sache nichts zu tun. In der Angelegenheit, wie sie schon Herr Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Threr** angeführt hat, nehme ich den Standpunkt ein, daß die großkapitalistischen Unternehmungen, gegen die Sie auftreten, sich keine Vorschriften geben lassen werden, wie sie ihr Geld verwenden. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Abgeordneter Ranschak: Hohes Haus! Ich sehe mich gezwungen, zu den Ausführungen des Herrn Schreckenthal insofern Stellung zu nehmen, als er den Vergleich mit der Nordbahn herangezogen hat. Ich möchte darauf verweisen, daß, wenn Kollege Schreckenthal hinweist auf die Staatsbahn, wo unwirtschaftlich gearbeitet werde, und daß das private Kapital bedeutend besser gearbeitet habe, so sehe ich mich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die Nordbahn, bevor sie zur Verstaatlichung kam, vielleicht ist das dem Herrn Kollegen Schreckenthal entgangen, daß die Generalinspektion feststellte, daß keine Bahn so verfludert war, als die Nordbahn unter der privaten Führung, daß, als es zur Übernahme kommen mußte, in Mährisch-Ostau die Waggons so vernachlässigt waren, daß mehr als 2000 Waggons gebrauchsunfähig dem Staate übergeben wurden. Man hat auch damals den damaligen Eisenbahnminister Dr. von Derschak heftig angegriffen, daß es der Nordbahn gelungen ist, nämlich dem Juden Jettel, den Staat gehörig über das Ohr zu hauen, daß der Staat nun Millionen Kronen hineinstecken mußte, um den Fahrpark und die Lokomotiven gehörig herzustellen. Wir haben leider bei Privatbahnen die Wahrnehmung gemacht, daß sie wohl glänzend zu wirtschaften verstehen zum Vorteil ihrer Großaktionäre, daß aber der Fahrpark und die Allgemeinheit nicht zu ihrem Rechte gekommen ist. Einen ähnlichen Fall hatten wir bei der Verstaatlichung der „Steg“, die war in einem derartigen Zustande, daß man Tausende von Schwellen nach der Verstaatlichung auswechseln mußte, denn sonst wäre die Bahn in aller kürzester Zeit gebrauchsunfähig geworden. Wir haben das Beispiel bei Privatbahnen gesehen, daß man nur nach einem Reingewinn für die Gesellschaft getrachtet hat, aber nicht für die Erhaltung der Bahn im gebrauchsfähigen Zustande, und zwar ist dies deshalb geschehen, weil man gewußt hat, daß die Verstaatlichung in kürzester Zeit zustande kommt. Ich möchte noch auf eines verweisen, betreffs unserer Eisenbahnen: Wir haben schon wiederholt auch dort eine Verwaltungsreform verlangt, und daß wir sicherlich nicht die Schuld sind, wenn sich bei den Eisenbahnen in der Friedenszeit lange Zeit hindurch Dienstnormen abgespielt haben, wogegen gerade die Eisenbahnerschaft, die in unseren Reihen organisiert ist, heftig Stellung genommen hat, gegen diese kostspieligen Kommissionen und den unnötigen Apparat, der dort vorhanden gewesen ist. Und ich kann mich nicht erinnern, daß die Sozialdemokraten für diesen überflüssigen, alles verfeuernden Beamtenapparat eingetreten wären. Ich möchte noch eines feststellen: es ist

in diesem Hause sozusagen durch die Blume der Vorwurf erhoben worden vom Herrn Dr. Uhrer bezüglich der Haltung der Eisenbahner beim Eisenbahnerstreik. Da hat man die Arbeiterwehr herangezogen, damit diese die Eisenbahn besetzt hält. Ich möchte feststellen, daß man den Eisenbahnern hätte dankbar sein sollen, daß sie in einem solch kritischen Zeitpunkte, wie es im Jahre 1920 der Fall war, sich bemüht haben, die Eisenbahnen betriebsfähig zu erhalten. Es ist uns auch bekannt, daß in einzelnen Stationen der Eisenbahn einzelweise Sabotageakte gegen den Dienst der Eisenbahner vorgekommen sind. Da habe ich mich nicht erinnern können, daß die bürgerliche Presse nur ein Wort der Anerkennung gefunden hätte für die Eisenbahner, die im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ihren schweren Dienst fast durch 36 Stunden geleistet haben. Wir haben gezeigt, daß uns der Staat nicht gleichgültig ist und daß in dieser schwierigen Zeit große Opfer in dieser Beziehung von unserem Personal geleistet worden sind. Ich möchte feststellen, daß, wenn die Herren von der Gegenseite fortwährend auf uns herüberschießen, und darauf hinweisen wollen, daß sie, insbesondere von uns als revolutionäre Partei nichts anderes erwarten, da wir Gegner sind in der Auffassung des Privateigentums, da möchte ich feststellen, daß ein gewisser Unterschied besteht, indem ich die Herren erinnere an ihre eigene Vergangenheit, wo sie die gleiche Auffassung vertraten haben, und indem ich sage, daß es nicht konsequent wäre, einer andern Partei vorzuwerfen, daß sie ihre Prinzipien verwirft und einmal auch etwas im Prinzip vertritt, was sie sonst nicht immer zum Durchbruch gelangen ließe. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landesrat Dr. Häbler: Zum Schlagworte des Beamtenabbaues möchte ich kurz einiges bemerken: Ich glaube, es sind alle Parteien einig darin, daß in der Frage des Beamtenabbaues, was möglich ist, getan werden muß. Nur darf man einen Abbau nicht auf den Rücken der Beamtenschaft selber austragen. Es ist immer gesagt worden, wir hätten einen unverhältnismäßig großen Beamtenzuwachs und es wurde immer behauptet, es seien viel mehr Beamte da, als wir eigentlich benötigen. Das ist bis zu einem gewissen Maße richtig. Doch haben wir es nicht in allen Ämtern. Es wird ganz übersehen, daß, je zerrütteter eine Volkswirtschaft ist, sie umsomehr Beamte braucht, um ihre Maschine im Gange zu erhalten. Ich verweise auf die Materie der Finanzen, die bis in das Ungeheuerliche angewachsen ist durch Komplizierung unseres heutigen Steuersystems, und darauf, daß die Beamtenschaft in vielen Ämtern auch heute noch mit Un-

spannung aller Kräfte und seltenem Idealismus ihren Dienst tut und bestimmt nicht unbeschäftigt ist. Ich möchte das hervorheben; und es ist unrichtig, wenn man pauschaliert und behauptet, daß überall zu viele Beamte seien oder daß sie nicht genügend beschäftigt würden.

Was die Frage der zu häufigen Beurlaubung der Lehrerschaft betrifft, die vom Herrn Kollegen Skamez tadelnd angeschnitten wurde, so kann ich in diesem Punkte nicht meine Meinung teilen. Bei dem Kapitel Beurlaubungen zeigte sich, daß 150 Lehrer krankheits halber beurlaubt sind. Nun ist es eine Tatsache, daß der Stand der Lehrer wirtschaftlich sehr schlecht gestellt war und ist, und daß durch den aufreibenden Dienst in der Kriegszeit, der von den wenigen Zurückbleibenden zu leisten war und dadurch, daß zahlreiche Lehrer, die eingerückt waren, sich Kriegsschäden geholt haben, der Gesundheitszustand vieler Lehrer so schlecht wurde, daß die Beurlaubungen berechtigt erscheinen. Daß Mißstände vorgekommen sind, sei zugegeben, aber es sei auch festgestellt, daß die Lehrerschaft selbst Wert darauf legt, daß gegen solche Mißstände energisch eingeschritten werde.

Ich möchte in dem Zusammenhange noch die Gendarmerie streifen. Wir fassen sie als ein Instrument der Ruhe und Ordnung auf, als eine Organisation, die auf dem Boden der Verfassung steht und alle gegen die Verfassung gerichteten Einflüsse von links und rechts abzuwehren hat. Es ist rühmend hervorzuheben, daß die große Gesamtheit der Gendarmerie auf dem Boden der freiheitlichen Staatsverfassung steht und sich auch von dieser ihrer Basis nicht hat abbringen lassen. Es hat an Versuchen, in diese Geschlossenheit der Gendarmerie einen Keil zu treiben, nicht gefehlt und es wurde von der Wiener karlistischen Zentrale versucht, Anhang in der Gendarmerie zu gewinnen. Doch blieben diese Versuche erfolglos!

Bei diesem Kapitel muß ich auf den Angriff des Herrn Abgeordneten Seehofer gegen mich und gegen Herrn Dr. Dankine zurückkommen, der in der Generaldebatte gemacht wurde und auf den ich nicht erwiderte, nachdem uns nur ein proportionaler Teil der Redner zugebilligt war und wir nicht mehr zu Worte kamen. Der Herr Abgeordnete Seehofer hat es beanstandet, daß ich die Zeitschrift das „Neue Reich“ als eine Zeitschrift für „geistig Minderbemittelte“ bezeichnet habe. Ich halte das heute noch aufrecht, und zwar aus folgenden Gründen: Diese schwarzgelbe legitimistische Zeitschrift wird neben drei anderen Zeitschriften als außerordentlich lesenswert im

Sinne der Karlisten empfohlen. Ich bin mit meinen Ausdrücken immer zurückhaltend und erkläre trotzdem, daß ein jeder, der heute eine derartige Tendenz vertritt, die den Bürgerkrieg und die Absperrung unseres Volkssteiles von Deutschland zur Folge hat, entweder als Verbrecher, oder, wenn er es nicht besser einsieht, als töricht und unvernünftig bezeichnet werden muß. Daß diese Zeitschrift von der legitimistischen Zentrale als zugehörig anerkannt wird, ist vollkommen kennzeichnend und ich habe gar keine Ursache, ein Jota von dem, was ich gesagt habe, zurückzunehmen. Weshalb ich auf den Angriff zurückkomme? Das geschieht deshalb, weil es der Herr Kollege Seehofer für notwendig befunden hat, einen Angriff gegen meine Person seiner Polemik anzuhängen. Er hat es für notwendig befunden, mein geistiges Niveau in einem Abstand von dieser Zeitung einzuschätzen. Ich erkläre, daß ich diese Kritik des Herrn Abgeordneten Seehofer ertragen kann. Ich will nicht auf seinen Jargon eingehen oder in ähnlicher Weise replizieren, weil das nicht in meiner Art liegt. Wenn der Herr Abgeordnete Seehofer damit geschlossen hat, daß er mir eine Art geistigen Hochmuts vorwirft, so kann ich den Beweis dafür, daß dem nicht so ist, dadurch erbringen, daß ich auf seine Angriffe überhaupt reagiert habe.

Präsident Dr. Klufemann: Wünscht noch jemand in der Debatte das Wort? (Nach einer Pause.) Ich erteile dem Herrn Finanzreferenten Landesrat Prisching das Wort.

Landesrat Prisching: Hoher Landtag! Wenn ich jetzt auf die Ausführungen der verschiedenen Herren Vorredner antworte, so bitte ich, sich vor Augen halten zu wollen, daß ich es zum Teile, und zwar in erster Linie als Finanzreferent des Landes tue, und zwar rein über Finanzangelegenheiten. Hernach werde ich als Parteimann sprechen. Ich antworte zuerst auf die Ausführungen des ersten Herrn Redners, welcher die Bezüge einiger Landesregierungsfunctionäre bekräftigt und beanstandet hat, da es Doppelbezüge seien. Ich antworte damit, daß ich das betreffende Gesetz, das hier zur Anwendung kommt, zur Verlesung bringe. Das Gesetz lautet (liest):

„Gesetz vom 7. Dezember 1920, St.-G.-Bl. Nr. 32,“ und setzt folgendes fest:

„1. Die Mitglieder der Landesregierung erhalten für die Dauer ihrer Amtswirksamkeit eine Entschädigung, die bei den Landeshauptmännern dem gesamten Dienst-einkommen eines aktiven Bundesangestellten der dritten, bei den Landeshauptmann-Stellvertretern der

vierten und bei den weiteren Mitgliedern der fünften Rangsklasse an ihrem Amtssitze gleichkommt.

2. Mitglieder der Landesregierung, die Angestellte des Bundes oder mit behördlichen Aufgaben betraute Angestellte eines Landes sind, verbleiben in ihrem Rang und ihren Bezügen. Sie erhalten Entschädigungen, die diese Bezüge auf die Höhe der im Absatz 1 bezeichneten Dienststeinkommen ergänzen.

Zu 1. Vor allem ist festzustellen, daß der frühere Landesrat auf dem Standpunkte stand, daß bei den Volksbeauftragten (Landeshauptmann, Landeshauptmann-Stellvertreter und Landesräte) eine Vorrückung in höhere Gehaltsstufen wie bei den Beamten nicht Platz greifen kann und daher — da im Gesetze nicht steht, wenn die Gehaltsstufen der bezeichneten Rangsklassen den genannten Volksbeauftragten einzuräumen wären — angenommen werden muß, daß die Bezugsanweisung in der letzten Gehaltsstufe zu erfolgen habe. Die Staatsregierung hat jedoch anerkannt, daß den erwähnten Funktionären des Landes nur die ersten Gehaltsstufen der betreffenden Rangsklasse gebühren und daß daher ein Rückersatz aus staatlichen (Bundes-) Mitteln für die höheren Gehaltsstufen vom Staate (Bunde) nicht gewährt werde.

Da im Rechtswege der Standpunkt der Bundesregierung nicht anfechtbar ist, dürfte es sich nun lediglich nur darum handeln, ob die Differenz der Kosten zwischen der ersten und letzten Gehaltsstufe in Zukunft vom Lande übernommen werden oder ob die Mitglieder der Landesregierung nur die ersten Gehaltsstufen der betreffenden Rangsklassen zur Anweisung zu erhalten hätten.

Zu 2. Nach der oben angeführten gesetzlichen Bestimmung hätten die Angestellten des Bundes und die mit behördlichen Aufgaben betrauten Angestellten eines Landes lediglich die Differenz ihrer bisherigen Bezüge als Angestellte und der Bezüge als Funktionäre ausbezahlt zu erhalten. Diese gesetzliche Bestimmung ist wieder einmal ein Beweis, daß bei Beratung dieses Gesetzes denn doch zu wenig Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse genommen worden ist. Ist zum Beispiel ein Landesregierungsratsmitglied ein Privatangestellter oder Angestellter einer Körperschaft außer Bund und Land und in der Lage, seine frühere Tätigkeit noch fortzusetzen, so bekäme dieser den doppelten Bezug, während einzelne Mitglieder der Landesregierung für ihre Tätigkeit in der Landesregierung überhaupt keine Bezüge erhalten, obwohl diese wohl zweifellos viel verantwortlicher und auf-

reibender ist als die normale Tätigkeit als Beamter, Professor und dergleichen.

Nach der erwähnten Bestimmung dieses Gesetzes wären in vielen Fällen Angestellte, die außerhalb Graz ihren Wohnsitz haben, überhaupt nicht in der Lage, eine Stelle in der Landesregierung einzunehmen, da sie infolge des doppelten Haushaltes zu große materielle Opfer bringen müßten.

Auffallend ist es, daß bezüglich der Mitglieder des Nationalrates eine derartige Bestimmung nicht besteht, so daß zum Beispiel ein Beamter der V. Rangsklasse, der Nationalrat ist, den doppelten Bezug der V. Rangsklasse ausbezahlt erhält.

Nach den erwähnten gesetzlichen Bestimmungen ist es nun nicht möglich, vom Staate für jene Mitglieder der Landesregierung, welche Bundes- oder Landesbeamte sind, mehr rückerseht zu bekommen, als die Differenz zwischen den Angestellten und Funktionären beträgt. Eine Änderung dieses Zustandes kann nur durch eine Änderung des Bundesgesetzes bewirkt werden; immerhin wird jedoch zu erwägen sein, ob nicht, bis eine derartige Änderung Platz greift, aus Landesmitteln der Mehrbezug geleistet werden könnte. In diesem Falle wären die betreffenden Beträge im Voranschlage für das Jahr 1921 einzustellen."

Dem glaube ich nichts weiter hinzufügen zu sollen. Ich gehe nun über auf die übrigen Ausführungen der Herren Redner und besaße mich zuerst mit Herrn Abgeordneten Schreckenthal. Dieser hat vom großen Personalaufwand im Landeshaushalte gesprochen; über den gleichen Gegenstand habe ich schon gestern bei Eröffnung der Debatte gesprochen, indem auch ich auf den kolossalen Aufwand auf diesem Gebiete verwies. Es entsteht nun die Frage, worauf dieser Aufwand für Beamte und Lehrer zurückzuführen ist. In der Öffentlichkeit könnte es den Eindruck erwecken, daß die Beamten und Lehrer übermäßig gezahlt seien oder aber, daß wir zu viele Beamte und Lehrer hätten. Was nun die Höhe der Bezüge derselben anbelangt, so könnte es den Anschein haben, als seien die Gehälter zu hoch. Bei näherem Zusehen zeigt sich aber, daß diese gewaltige Höhe nur eine scheinbare ist, verursacht durch unsere schlechte Valuta. Weil das Geld einen geringen Wert hat, müssen die Gehälter höher gehalten werden, damit Lehrer und Beamte eben noch leben können. Übrigens weiß es die ganze Welt, daß Beamte und Lehrer keinen Überfluß haben. Nebenbei sei noch kurz erwähnt, daß das Land auf die Höhe dieser Bezüge eigentlich keinen Einfluß hat, da laut Bundesgesetz

Landesbeamte und Lehrer den Staatsangestellten hinsichtlich ihrer Bezüge gleichzustellen sind. Was weiters die Zahl der Beamten betrifft, so kann ich mitteilen, daß wir heute einen geringeren Stand haben als früher. Daß wir die Anzahl der Beamten nicht noch stärker herabsetzen können, hat seinen Grund darin, daß jetzt den Beamten auch mehr Funktionen übertragen sind als früher. So werden zum Beispiel seit Mai vorigen Jahres durch die Landesverwaltung die Lehrergehälter ausbezahlt, eine Arbeit, welche früher vierzig Steuerämter im ganzen Lande besorgten. Die erhöhte Anforderung an die Leistung der Beamten macht es unmöglich, ihre Zahl noch mehr herabzumindern. Was die Zahl der Lehrer anbelangt, so ist dieselbe keine unnötig große. Einige Lehrer, die aus dem besetzten Gebiete vertrieben wurden, die Gehalt beziehen und noch keine Stellung haben, gibt es noch, allein die Landesregierung ist darauf bedacht, auch diese Lehrer einer Dienstleistung für das Land zuzuweisen, damit sie den Gehalt nicht umsonst beziehen. Daß Beamte nicht zu viel sind, geht schon daraus hervor, daß unsere Landesbeamten, um mit den Arbeiten fertig zu werden, oft bis in die Nacht hinein Dienst machen. Sie sind vormittags hier, viele kommen nachmittags freiwillig wieder herein und arbeiten dann bis in die Nacht, obwohl sie hiezu gar nicht verpflichtet wären und wofür ihnen nicht einmal Überstunden bezahlt werden. Rein nur zum Vergnügen kommen die Beamten nachmittags und abends denn doch nicht herein! Wenn im Staatsdienste zu viele Beamte sind, so habe ich dafür keine Verantwortung zu fragen. Herr Abgeordneter Schreckenthal verlangt, daß in der Buchhaltung Reformen durchgeführt und daß die Topik eingeführt werde. Zu diesem Gegenstande habe ich schon das letztemal gesprochen und kann ich heute mitteilen, daß diese Reform schon teilweise eingeführt ist, so zum Beispiel auf dem Gute St. Martin. Wir wollen aber bei der Systemänderung keinen übereilten Schritt tun, wir wollen erst sehen, wie sich die Sache bewährt, und dann werden wir dieses System auch bei anderen Betrieben einführen. Man hat vor allem deshalb Bedenken gehabt, weil die einheitliche, genaue Kontrolle erschwert würde, falls zu viele selbständige Stellen da sind. Herr Abgeordneter Leichin hat daran erinnert, daß ich im Finanzausschusse den Ausdruck getan habe, daß wir nennenswerte Ersparnisse, womit dem Lande gedient ist, nur bei jenen Kapiteln machen können, in denen große Ausgabeposten vorkommen, nämlich bei den Kapiteln Verwaltung, Schulen und Humanitätsanstalten, und dann hat Herr Abgeordneter Leichin

daraus den Schluß gezogen, ich sei gegen die Schulen und Humanitätsanstalten. Dieser Schluß ist aber ganz falsch. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Von verschiedener Seite wurde immer und immer wieder Sparjamkeit verlangt. Nun habe ich erklärt, daß ich damit sehr einverstanden bin, daß aber eine Ersparnis von 5000 K oder 10.000 K, das eventuell einer armen Pensionistenswitwe abgezwaht wird, für die Endsumme von Hunderten von Millionen gar keine Bedeutung hat, sondern daß man mit dem Sparen bei jenen Kapiteln einsetzen muß, in welchen die höchsten und schwerwiegendsten Ausgabeposten vorkommen, und das sind zufällig die Kapitel Schule, Humanitätsanstalten und Landesverwaltung. Bezeichnenderweise ist wohl viel nach Sparjamkeit gerufen worden, niemand aber hat einen konkreten Fall angegeben, in welchem gespart werden sollte. Wo es möglich ist, wird eben von uns aus, und zwar auch ohne Aufforderung, schon gespart in allen Zweigen. Herr Landesrat Resel hat in seiner Rede auf das angeblich schöne Einkommen der christlichsozialen Funktionäre hingewiesen. (Zwischenrufe: „Und bei Resel nicht?“) Herr Landesrat Resel hat auch davon gesprochen, daß auch Großkapitalisten der sozialdemokratischen Partei Geld (Zwischenrufe: „Resel!“) für Wahlzwecke zur Verfügung gestellt hätten (Zwischenrufe), und hat dann beigelegt, man könne doch nicht von den Leuten annehmen, daß sie Selbstmord begehen. (Abgeordneter Sonnhammer: „Kein Kapitalist begeht Selbstmord, wenn er unsere Partei unterstützt!“) Man müßte nun die Kapitalisten anschauen, die das getan haben; wenn sie wirklich glauben, daß Ihre Partei einen scharfen Kampf gegen den Kapitalismus führt, dann natürlich gilt für sie das Sprichwort: „Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Metzger selber“. Im allgemeinen bin ich nun der Meinung, daß die Kapitalisten nicht die dümmsten Leute sind, sie pflegen sonst ihr Geld gut anzulegen, aber vielleicht haben jene Kapitalisten die stille Hoffnung gehabt, daß der Kampf, der von Ihrer Seite gegen den Großkapitalismus geführt wird, nicht gar zu ernst zu nehmen ist. (Widerpruch.) Ist Ihr Kampf aber ernst gemeint, so haben jene Kapitalisten schlecht gerechnet, sie hätten das Geld lieber uns geben sollen. (Heiterkeit. — Zwischenrufe: „Die Kirche hat einen großen Magen!“) Dann hat Herr Abgeordneter Resel auf die englische Verwaltung verwiesen und gesagt, in England sind keine Landtage, dort leisten die Gemeindefunktionäre viele Agenden, die bei uns von der Landesverwaltung geleistet werden, außerdem sei die Verwaltung auch bedeutend billiger, weil in

England diese Funktionen von den Bürgermeistern umsonst versehen werden. Meine Herren! Wenn unsere Bürgermeister ihre Funktionen umsonst verrichten wollen, haben wir nichts dagegen. Die Sozialdemokraten haben ja ziemlich viele Bürgermeister in ihrer Partei, wenn die, wie in England, umsonst arbeiten wollen (Zwischenruf: Ich habe noch keinen Heller bezogen!), zum Beispiel der Herr Bürgermeister Muchitsch von Graz (Abgeordneter Faringer: „Ja von was soll er leben?“), so hätte ich gar nichts dagegen? Auf die Ausführungen des Herrn Landesrates Kessel über die Sachdemobilisierung übergehend, bemerke ich, daß die Angelegenheit der Sachdemobilisierung nach Wien übertragen wurde. Wenn dort nun Mißbräuche vorgekommen sind, so muß Wien zur Verantwortung gezogen werden. Bei dieser Sachdemobilisierung haben es übrigens auch die Herren von der sozialdemokratischen Partei verstanden, für die eigene Partei etwas herauszuschlagen. Ich erinnere da an die Coqua, die sozialdemokratische Wirtschaftsorganisation in Wien (Abgeordneter Leichin: „Wir haben mit der Coqua nichts zu tun!“), diese hat von der Sachdemobilisierungsverwaltung große Vorrechte zugestanden erhalten, so daß viele Artikel aus der Sachdemobilisierung nur auf dem Umwege über die Coqua bezogen werden konnten. Wir wollten einst 15 Waggon Weißblech aus der Sachdemobilisierung kaufen, es war aber unmöglich, das Blech direkt aus der Sachdemobilisierung zu bekommen, sondern wir mußten es auf dem Umwege über die Coqua kaufen, wir zahlten dabei 15 Millionen Kronen darauf, die sozialdemokratische Coqua aber hatte einen ebenso hohen, und zwar ganz mühelosen Gewinn. Der Herr Abgeordnete Stameß hat dann speziell davon gesprochen, daß Mißbräuche in der Weise vorkommen, daß zu viele Lehrpersonen beurlaubt werden. Das wird früher schon der Fall gewesen sein. In dieser Hinsicht brauche ich mir aber, soweit ich das Finanzreferat zu vertreten habe, keinen Vorwurf machen zu lassen, denn ich bin es gewesen, der darauf gedrungen hat, daß alle derartigen Beurlaubungen überprüft werden und daß die nicht gerechtfertigten sistiert werden. Leider aber zeigt der Landesschulrat wenig guten Willen, mich hierin zu unterstützen. Wenn Funktionen, die mit der Schule nicht zusammenhängen, zum Beispiel in Jugendhorten, von Lehrpersonen versehen werden sollen, dann sollen sie nicht von aktiven, sondern, wenn möglich, von pensionierten Lehrpersonen ausgeübt werden. Dem Landessäckel ist in dieser Hinsicht durch meine Schuld ein Schaden nicht erwachsen. Der Herr Landesrat Ober-

zaucher hat von dem Einkommen der christlich-sozialen und sozialdemokratischen Funktionäre gesprochen und hat in mitleidenerregender Weise die Lage der sozialdemokratischen Funktionäre geschildert. 50 Kronen bekommen sie nur für eine Sitzung. (Abgeordneter Muchitsch: „Nicht bloß für eine Sitzung!“) Also sogar im ganzen Monat! Ich habe gar keinen Grund, an den Worten des Herrn Landesrates Oberzaucher zu zweifeln, aber, wenn das wahr ist, wie ist es dann möglich, daß dieser oder jener sozialdemokratische Funktionär auf dem Semmering oder am Wörthersee sich göttlich tut? (Landesrat Kessel: „Sagen Sie, wer das war?“) Das war zum Beispiel der Präsident Seih, der am Wörthersee war, oder der Herr Staatskanzler Renner, der am Semmering war. (Landesrat Kessel: „Am Semmering gibt es verschiedene Ortschaften, auch billigere!“ — (Abgeordneter Leichin: „Es ist jetzt doch keine Wählerversammlung in Aufsee!“) Zu der Frage bin ich ja doch berechtigt, wie man sich bei einem so elenden Einkommen einen Semmeringaufenthalt leisten kann? (Abgeordneter Muchitsch: „Der Herr Landesrat Oberzaucher hat nicht davon geredet, was die Angestellten dort bekommen, er hat nur davon gesprochen, was sie von der Genossenschaft beziehen und hat Vergleiche gezogen mit den Funktionären der Großbanken!“) Mit dem Einkommen, das sie als Landesräte und Abgeordnete beziehen, können sie sich das nicht leisten, also müssen sie ein Nebeneinkommen haben. (Landesrat Kessel: „Worin besteht dieses?“) Das frage ich ja Sie! (Landesrat Kessel: „Begeben Sie sich nicht auf dieses Gebiet, es ist unschön und Ihrer unwürdig!“) Entschuldigen Sie, Herr Kessel, ich habe ja nicht damit begonnen. Die Herren von Ihrer Seite haben damit angefangen, ich gebe jetzt nur die Antwort. Diese Antwort schließe ich nun damit ab, daß ich hier öffentlich erkläre und konstatiere, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen als Präsident der Steirerbank keinen Heller bezieht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.)

Präsident Dr. Klusmann: Wünscht noch jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Wenn nicht, so schließe ich die Wechselrede und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Saloschnigg: Ich verzichte.

Präsident Dr. Klusmann: Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlusswort verzichtet, so daß ich zur Abstimmung schreiten kann. Ich bringe Kapitel I bis III zur Abstimmung. Ich ersuche jene Abgeordneten, welche die von dem Herrn Berichterstatter bekanntgegebenen

Ziffern zu Kapitel I, II und III samt den Anträgen annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschief.) **Angenommen.** Wir kommen nunmehr zur Behandlung des Kapitels IV. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, das Wort zu ergreifen.

Berichterstatter Abgeordneter **Saloschnigg** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Kapitel IV hat im Titel 1, Straßen- und Eisenbahnbau, ein Erfordernis von 6,142.544 K, ein Nachfragerfordernis von 1,240.000 K, zusammen 7,382.544 K.

Titel 2, Wasserbau, ein Erfordernis von 5,620.250 K, das sich um einen Nachtrag von 709.000 K verringert, daher 4,911.250 K verbleiben. Dazu hat der Finanzausschuß eine Resolution gefaßt (liest):

„Durch Einstellung eines Betrages von 160.000 K für die Mäzregulierung erledigt sich der Bericht des Landesrates, Beilage Nr. 10. Weiters durch Einstellung eines Betrages von 1,781.000 K in den Landesvoranschlag für die im Jahre 1921 durchzuführenden Fluß- und Bachregulierungen erledigt sich der Bericht der Landesregierung, Beilage Nr. 46.“

Im Titel 3, Weinbau, ist ein Erfordernis von 219.568 K.

Titel 4, Landesschule für Alpwirtschaft Grabnerhof, weist einen Überschuf aus von 216.320 K mit einem Nachfragerfordernisse von 62.000 K und einer Nachtragsbedeckung von 10.000 K, es verbleibt somit ein Überschuf von 164.320 K. Dazu stellt der Finanzausschuß den Antrag (liest):

„Die Landesregierung hat an die Bundesregierung wegen des seinerzeit versprochenen Beitrages zum Ausbaue der Alpschule heranzutreten, damit selbe in kürzester Zeit ausgebaut werden kann. Die Landesregierung soll die nötigen Schritte zur Aktivierung der Alpschule einleiten.“

Titel 5, Landwirtschaftlich-chemische Landes-Versuchs- und Samenkontrollstation in Graz, hat einen Abgang von 144.475 K.

Titel 6, Andere Auslagen für Landeskultur, hat einen Abgang von 3,955.940 K und ein Nachfragerfordernis von 1,188.220 K, somit ein Erfordernis von 5,144.160 K, das sich durch die Nachtragsbedeckung von 206.000 K auf 4,938.160 K stellt.

Landesrat **Riegler**: Hohes Haus! Ich hätte es für meine Pflicht als Referent erachtet, bei dem Kapitel „Landeskultur“ das bäuerliche Bildungswesen einer eingehenden Erläuterung zu unterziehen. Nachdem es aber geboten erscheint, mit der Zeit hauszuhalten, habe

ich für diesmal darauf verzichtet, behalte mir aber vor, bei Verhandlung der einzelnen Bildungsstätten gegebenenfalls entsprechend Stellung zu nehmen.

Landesrat **Winkler**: Hohes Haus! Als Berichterstatter in der Landesregierung über das Eisenbahnwesen möchte ich mir erlauben, dem hohen Hause eine Darstellung zu geben über den Stand des Eisenbahnwesens im Lande und im besonderen. Wir haben nach einer Enquete im Jahre 1919 ein Programm aufgestellt für den Bau der Eisenbahnen, das dahin ging, daß insbesondere zwei Bahnen, und zwar Birkfeld—Kettenegg und Feldbach—Gleichenberg—Radkersburg, in Angriff genommen werden, weil einerseits die Bahn Birkfeld—Kettenegg während des Krieges in Bau begriffen war und die Bahn Feldbach—Gleichenberg—Radkersburg ebenso während des Krieges in Angriff genommen wurde. Die Linie Birkfeld—Kettenegg ist deshalb vollständig gesichert, und zwar zunächst als Industriebahn, weil die Finanzierung bereits durchgeführt erscheint, und zwar durch eine Finanzgruppe die ihren Ausgang aus Flume genommen hat, und auch deswegen, weil das Gebiet, das Tockelland bei Kettenegg, das diese Eisenbahn erschließen soll, ein an Mineralschätzen reiches ist und die Rentabilität dieser Linie gesichert erscheint und dadurch auch unter den heutigen Verhältnissen bei dem Valutastand unserer Krone der Bau in Angriff genommen werden kann. Leider verhält es sich ganz anders mit der Linie Feldbach—Gleichenberg—Radkersburg, obwohl diese Linie bereits in Angriff genommen wurde. Es kamen 4 Kilometer zum Ausbaue, und es mußten daher die Bestrebungen dahin gehen, diese ausgebaut Linie instand zu setzen. An einen Weiterbau konnte aber nicht geschritten werden, weil die Rentabilitätsberechnung kein günstiges Bild ergeben hat, weil auf der Strecke Gleichenberg—Radkersburg keine Mineralschätze vorhanden sind, die einen genügenden Frachtenverkehr auf diesen Linien sichern möchten. Es erscheint von größter Bedeutung, daß die Verbindung zwischen Feldbach und Radkersburg hergestellt werde und eine Verbindung mit dem Kurorte Gleichenberg möglich wäre, da aber die Berechnungen dahin gehen, daß eine Rentabilität einer solchen Bahnlinie nicht zu erwarten ist, wir haben lediglich ein großes landwirtschaftliches Gebiet zu erschließen, das die Bahn nicht vollständig zu beschäftigen vermag, stößt daher die Finanzierung dieser Bahnlinie auf große Schwierigkeiten. Es ist Ihnen allen bekannt, daß wiederholt versucht wurde, diese Finanzierung im In- und Auslande durchzuführen, daß aber das In- und Ausland sich ablehnend verhält, soweit

nicht die Rentabilität gewährleistet erscheint, und daß bei der Linie Feldbach—Gleichenberg die Finanzierung durch das in- und ausländische Kapital nicht sichergestellt werden konnte.

Ich möchte auch noch auf andere Bahnlinien zu sprechen kommen und im allgemeinen noch eine Darstellung geben, wie eine Finanzierung möglich wäre. Es handelt sich um zwei sehr wichtige oststeirische Bahnlinien, und zwar erstens um Gleisdorf—Hartberg, um den großen Umweg abzukürzen, und um die großen, heute uneröffneten Gebiete zwischen Gleisdorf und Hartberg zu erschließen, und anderseits, mit Bezug auf den Anschluß Westungarns an Österreich, um die Verbindung mit Deutschwestungarn herzustellen. Diese Linie ist trassiert worden und befindet sich in der Umtrassierung, und wird an dieser Arbeit durch das heimische Landes-Eisenbahnamt gearbeitet. Der rührige Eisenbahnausschuß in Pischelsdorf gibt sich alle Mühe, um das notwendige Interesse für diese Linie zu erwecken. Ebenso dringend würde ein Bahnbau erscheinen auf der Strecke Gleisdorf—Ilz—Fürstfeld mit der Verlängerung nach Güssing im Burgenlande, welche Linie eine außerordentlich bedeutsame Transversallinie ist, weil gleichfalls die jetzige Verbindung in der Strecke Ilz—Fürstfeld gekürzt würde und anderseits ein direkter Anschluß an das Burgenland möglich erscheint. Die Linie ist auch insofern von Bedeutung, als durch sie gewisse Bodenschätze in der Gegend von Ilz und agrarische Schätze dem Konsum und Verkehr zugewiesen werden könnten. Das Detailprojekt dieser Linie wurde in den letzten Tagen vergeben und die Trassierung wird in Kürze vorgenommen werden. Wir haben dann weitere Linien, und es geht dies aus Anträgen von Abgeordneten in den früheren Perioden hervor, daß nun auch in anderen Gebieten des Landes außerordentliches Interesse für Neubauten vorhanden ist. Es betrifft dies insbesondere die Linie Seebach—Turnau—Gufwerk, eine Linie, die von vitalster Bedeutung ist, einerseits für den Bezirk Mariazell, der heute, verkehrspolitisch gesprochen, nicht zu Steiermark gehört, da er nach Niederösterreich gratifiziert, und anderseits große Schätze an Mineralien in diesem Gebiete, als auch von Holz, tatsächlich erschlossen werden könnten. Eine weitere Linie ist, und die interessiert insbesondere die Voitsberger, die Linie Köflach—Knittelfeld, der Übergang vom Murtaleser ins Voitsberger Gebiet. Es ist von dieser Linie Gufwerk—Turnau—Seebach zu sagen, daß sich verschiedene Gruppen um dieselbe bewerben und auch die Finanzierung sicherstellen wollen, weil große Holzbestände an der Bahn ausgewertet werden können, welche den Bau

dieser Linie zur Voraussetzung haben. Bezüglich der Linie Köflach—Knittelfeld liegt leider die Hoffnung nicht vor, daß sie in absehbarer Zeit zum Ausbau kommen könnte, weil die Linie schon durch ihre geographische Führung auf außerordentliche Schwierigkeiten stößt und auch die Durchführung der Bahn mit ungeheuren Kosten verbunden wäre. Sehr dringend wäre mit Rücksicht auf die Bodenschätze im Veitscher Gebiet der Ausbau der Linie Mitterdorf—Veitsch, um die Magnesitwerke zu erschließen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch der Linie Neumarkt—Hüttenberg—Kärnten gedenken, die gleichfalls bereits begangen ist; der Vorentwurf der Trassierung ist fertiggestellt und handelt es sich nur mehr um die Finanzierung, um den Ausbau dieser Linie selbst in Angriff zu nehmen.

Meine Herren! Sie sehen schon daraus, daß dieses Eisenbahnbauprogramm zunächst ein Minimalbauprogramm ist. Es gäbe ja noch eine ganze Reihe anderer Bahnstrecken, die zum Ausbau kommen müßten, und es darf an dieser Stelle der Vorkriegszeit der Vorwurf nicht erspart werden, daß gerade auf diesem Gebiete nichts geschehen ist, in jener Zeit, wo die Finanzierung noch möglich gewesen wäre; unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind die Hoffnungen, die an den Bau dieser Linien geknüpft werden, außerordentlich geringe, weil, wie ich schon betont habe, der Bau dieser Linien, auf den Kilometer gerechnet, das Hundertfache der Friedenskosten betragen würde, bei der Linie Feldbach—Gleisdorf einige hundert Millionen in Anspruch nimmt, abgesehen von der langen Strecke Gleisdorf—Hartberg und der schwierigen Strecke Seebach—Gufwerk, die noch andere Summen beanspruchen würden. Wir meinen, daß mit ausländischem Gelde durch Ausgabe von Obligationen in inländischer Währung die Bahnen überhaupt nicht sichergestellt werden können, weil, wenn der Kursstand sich bessert, das Grundkapital, das mit Rücksicht auf den Kursstand der Krone aufgewendet werden muß, bei einer Veränderung der Verhältnisse unaufgeheure Summen erfordern würde, die aus dieser Bahn nicht erwirtschaftet werden könnten, und ich glaube, der andere Weg wäre der richtigere, Obligationen für den Ausbau dieser Linien in ausländischer Valuta auszugeben, weil dadurch die Verzinsung eine stabilere wäre, beziehungsweise bei einer Besserung unseres Kronenkurses die Möglichkeit gegeben wäre, ohne diese großen Verluste zu arbeiten, die sonst notwendig erschienen. Ich muß bei dieser Gelegenheit den Standpunkt der Landesregierung durch die Erklärung kennzeichnen, daß die Bevölkerung, so sehr die Wünsche berechtigt

sind, nicht große Hoffnungen haben kann, daß sie in absehbarer Zeit in Erfüllung gehen und an den Ausbau wichtiger und bedeutsamer Linien, wie ich sie vorher dargestellt habe, geschritten werden kann.

Wenn wir noch die Verhältnisse bei den Landes-Eisenbahnen selbst ins Auge fassen, muß festgestellt werden, daß die Murtalbahn und die Bahn Peggau—Übelbach, die elektrisch betrieben wird, sich gut entwickeln. Auch die Bahnen Kapfenberg—Au-Seewiesen und Preding—Stainz, die bekanntlich Landesbahnen sind, haben in den letzten Jahren tatsächlich eine aktive Bilanz ergeben und einen ganz schönen Reingewinn für das Land abgeworfen. Dieses Verhältnis hat sich jedoch von Tag zu Tag verschärft, weil diese Bahnen nicht in eigener Regie, sondern einerseits durch den Anschluß an die Südbahn und andererseits an die Staatsbahn von diesen beiden Bahnen in Regie betrieben werden, und dadurch, daß wir proportional die Kosten tragen, die sich dort außerordentlich erhöht haben, haben sich auch die Anschluß- und Betriebskosten, die wir an diese großen Linien zu zahlen haben, ganz außerordentlich vermehrt, und es ist also in Zukunft mit vermehrten Ausgaben bei den Landesbahnen zu rechnen. Bei dieser Gelegenheit muß ich auch darauf aufmerksam machen, daß es notwendig sein wird, in der nächsten Zeit, insbesondere bei der Murtalbahn, größere Kapitalien aufzuwenden, um einerseits die Schäden, die bisher nicht ausgebessert werden konnten, und Reparaturen durchzuführen, weil auf der Murtalbahn, einer der leistungsfähigsten Bahnen des Landes, die großen Holzschätze nicht abtransportiert werden können, wenn nicht große Investitionen einsetzen. Das gleiche betrifft die Bahn Peggau—Übelbach, die sich sehr gut entwickelt hat, die aber dringend eines zweiten Betriebswagens bedarf, was aber naturgemäß gleich wieder Hunderttausende in Anspruch nimmt.

Sie sehen daraus, daß insbesondere durch die Schaffung des Landes-Eisenbahnnetzes und durch die Ausgestaltung desselben im Vorjahre es möglich wurde, den eisenbahntechnischen und verkehrspolitischen Fragen ein erhöhtes Augenmerk im eisenen Wirkungskreise zuzuwenden. Wir gehen nun daran, die Murtalbahn mit 1. Juli dieses Jahres in eigene Regie zu übernehmen, den Betrieb durch das Land zu führen, nachdem der Vertrag mit der Staatsbahndirektion in Villach gekündigt wurde. Es wird sich voraussichtlich die Notwendigkeit ergeben, diese Übernahme auch bei anderen Linien in Erwägung zu ziehen, weil wir gerade in der letzten Zeit bemerkt haben, daß die Betriebskosten bei den Linien, die wir nicht in der Hand haben und zu denen wir beitragen müssen, ganz außerordent-

lich groß geworden sind. Es erscheint daher notwendig, das Eisenbahnnetz noch weiter auszugestalten und noch andere Linien einzubeziehen, und es schweben ja auch Verhandlungen in dieser Richtung. Wir haben die Hoffnung, daß es möglich sein wird, durch eine Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes auch in dieser Richtung zweckentsprechend arbeiten zu können. Ich wollte durch meine Ausführungen den Stand des Eisenbahnwesens in Steiermark in kurzen Zügen darlegen, und ich möchte auch bei dieser Gelegenheit das hohe Haus bitten, wenn seinerzeit entsprechende Vorlagen dem hohen Hause in bezug auf die Finanzierung der notwendigen Anschaffungen zugehen werden, denselben das Wohlwollen zuzuwenden, weil ja die Eisenbahnen eines der wichtigsten Mittel sind, um den Verkehr, beziehungsweise die Gebiete und Produzenten zu vermitteln, und es daher notwendig sein wird, gerade dem Eisenbahnwesen in nächster Zeit eine noch größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. (Beifall.)

Abgeordneter Leichn: Wenn ich zu diesem Kapitel spreche, geschieht es nicht, wie ein Herr Redner gesagt hat, nur aus Gehässigkeit gegenüber der Landwirtschaft, sondern zu dem Zwecke, damit wir auch in gewisser Beziehung Einfluß nehmen auf das Gedeihen der Landwirtschaft, da wir ja im großen auf die Einfuhr aus dem Auslande angewiesen sind und aus diesem Grunde ein großes Interesse daran haben, daß die Landwirtschaft gedeiht und einen möglichst großen Teil der von uns notwendig gebrauchten Produkte erzeugt. Nun wurde der Landwirtschaft in dem vorliegenden Voranschlage eine ganz beträchtliche Summe zugewiesen. Wenn man diese Summe in eine gewisse Relation zieht zu dem gesamten Budget, dann ist sie ziemlich klein, aber als einzelne Post fällt sie ziemlich kräftig in die Wagtschale. Ich bin bei diesen Ausgaben gezwungen zu fragen, was leistet die Landwirtschaft gegenüber der Gesamtbevölkerung, wenn aus den Taschen der Bevölkerung so beträchtliche Teile für Zwecke der Landwirtschaft ausgegeben werden. Es ist gewiß notwendig, Schulen zu errichten, um jene Kräfte heranzubilden, die erforderlich sind, um die Landwirtschaft zu modernisieren, und wir sind jederzeit dafür eingetretten, daß für diese Zwecke die nötigen Mittel bewilligt werden, aber wir müssen uns fragen, in welcher Weise werden sie verwendet und in welcher Weise kommen sie der Gesamtbevölkerung zu Nutzen, und wir wissen, daß die Gesamtbevölkerung sehr wenig von unserer Landwirtschaft hat. Gestern hat allerdings Herr Landesrat Winkler erklärt, daß 80 Prozent des angeforderten Getreides abgeliefert wurden. Wo er die Ziffern her hat, weiß ich nicht. Wahrheit ist,

daß von dem Kontingent von 300 Waggons die steirische Landwirtschaft nur 15 abgeführt hat. (Widerspruch.) Diese Zahl ist von der Landesregierung. Herr Landesrat Winkler hat die Ziffer von Deutschösterreich genommen, ich nehme sie aber nur von Steiermark, weil wir ja hier nur vom Budget für Steiermark sprechen. (Zwischenrufe des Landesrates Winkler.) Im Jahre 1919 war das Kontingent 762 Waggons, und damals wurden noch 300 Waggons abgeliefert. Ein Jahr später war das Kontingent 300 Waggons und da wurden nur mehr 15 Waggons abgeliefert. Sie sehen daraus, daß die Landwirtschaft gegenüber der Gesamtbevölkerung doch nicht jene Pflichten erfüllt, die erforderlich sind gegenüber dem, was die Gesamtbevölkerung für die Landwirtschaft leistet. Es steht fest, daß überhaupt der ganze Abgang unseres Budgets ersetzt wird durch Überweisungen des Landes, und daß diese Überweisungen geschöpft werden aus den Steuererträgen der Gesamtheit. Wir haben gehört bei Beratung der Wertzuwachssteuer, wie es die besitzenden Klassen verstehen, sich jeder Steuer zu entziehen. (Abgeordneter Schreckenthal: „Das können Sie nicht sagen!“) Verehrter Herr Kollege Schreckenthal, Sie haben die Ausführungen des Beamten im Finanzausschusse kennen gelernt und Sie wissen es, in welcher besonderer Weise diese Herren es verstehen, sich jeder Steuer zu entziehen, und wir wissen, daß auch bei anderen Steuern die Herren es verstehen, sich, soviel wie möglich, zu entziehen. (Abgeordneter Schreckenthal: „Schauen Sie nur die Vermögensabgabe an!“) Sie wissen, Herr Kollege Schreckenthal, daß die Genossenschaften, das Gewerbe, überall juristische Sachverständige sich genommen haben, damit sie ihnen mit Rat und Tat beistehen, wie sie bei der Vermögensansage vorgehen sollen. Das sind doch nur Mittel, sich soweit als möglich der Steuerzahlung zu entziehen. Nun hat der Herr Abgeordnete Peintinger gestern erklärt, die Landwirtschaft würde in Steiermark in kürzester Zeit in der Lage sein, uns mit Fleisch genügend zu versorgen, wenn wir in der nächsten Zeit etwas sparen, wenn wir in der nächsten Zeit nicht zu viel Fleisch essen würden. Ich weiß nicht, wie es möglich wäre für die städtische Bevölkerung, das anzustellen, wie es ihr möglich wäre, dem Rezept Peintingers nachzukommen? Wir haben doch nur 15 Dekagramm Fleisch, nur ein Viertelkilogramm Mehl. Ich weiß nicht, wo wir da sparen sollen. Da müssen wir überhaupt nichts mehr essen. Und ob wir das über den Sommer aushalten können in dieser Weise, damit wir dann das Fleisch bekommen, was Herr Peintinger verspricht, das möchte ich

bezweifeln. Diese Art von Sparpolitik ist schon gut, wenn man sie selbst anwendet und sie selbst auszuüben versucht, aber sie nicht immer den städtischen Bevölkerungskreisen empfiehlt.

Nun ist bei diesem Budget wiederum eine Post eingestellt, eine Post für die landwirtschaftliche Zeitung. Das ist ein ganz besonderes Bild, daß die Landwirtschaft ihre Zeitung, die nach ihrer Auffassung notwendig ist, hält auf Kosten der Gesamtheit. Es hat schon im Budgetausschusse der Herr Landesrat Gaf darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, die Schafzucht in Steiermark zu heben, und er wies hin auf die Degeneration des Steinschafes. Nun hätte ich erwartet, daß diese Ausführungen des Herrn Landesrates Gaf auch in der landwirtschaftlichen Zeitung verwerdet worden wären. Und da sehen wir das Gegenteil. Es wird in der nächsten Nummer der landwirtschaftlichen Zeitung das Steinschaf den Landwirten empfohlen. Ich sehe in dieser Zeitung gar nichts über die Mittel zur Förderung der Landwirtschaft, dagegen finden wir eine sehr lange Abhandlung, die Stellung nimmt gegen die Bezirksvertretung. Wir sehen eine politische Tätigkeit auf Kosten der Steuern der Gesamtbevölkerung und sehen das Gegenteil von den Anweisungen der Sachverständigen, die sie in der Beratung des Voranschlages gegeben haben. Ich kann nicht verstehen, wie man diese Zeitung noch verteidigen kann und erklärt, daß sie notwendig ist im Interesse der Landwirtschaft. (Abgeordneter Schreckenthal: „Also lassen wir sie auf, diese Zeitung!“) Ich bin der Auffassung, daß die Landwirtschaft, die ein gutes, gewaltiges Einkommen hat, die Verpflichtung hat, diese Zeitung aus der eigenen Tasche zu bezahlen. Jede Organisation der Arbeiter oder des Gewerbestandes muß ihr Blatt selbst bezahlen. Die Landwirte als solche sind überhaupt nicht jene, die das fordern. Die fordern, daß man die Landwirtschaft fördere durch Beistellung von Schulen, Beistellung von Prämien usw. Das verlangt der Bauer, aber nicht, daß man aus den Steuergeldern den Landwirten die Zeitung erhält. Ich verweise auf jene Notiz, daß die Landwirte nicht die 40 Kronen Beitrag aufbringen, während sie Tausende und Tausende von Kronen hinauswerfen. Sie sehen, daß Ihre Erziehungsart gegenüber den Landwirten nach unserer Auffassung nicht die richtige ist. Ich kann niemanden erziehen zur Tätigkeit, daß er etwas Großes leiste, wenn ich ihn fortwährend an der Hand führe und ein Schloß vorlege, während er aus eigener Kraft arbeiten soll. Gestern wurde uns von der drüßern Seite, ich glaube vom Herrn Abgeordneten Peintinger, erklärt, daß wir solange arbeiten sollen, wie sie, nämlich 12 und

14 Stunden, und er hat uns diese Arbeit, nämlich der Industriearbeiterschaft oder der gesamten städtischen Bevölkerung, gestern vorgehalten. Sicher, Herr Pein-
tinger, haben Sie vergessen, daß wenn ein Bauer arbeitet in der Landwirtschaft, so nimmt er an dem Ertrag dieser Arbeit allein teil. Wir Arbeiter nehmen nicht teil an dem Ertrage unserer Arbeit, sondern alles fließt einzig und allein dem Kapitalismus zu, und es wäre falsch, uns die Tätigkeit des Bauern vorzuhalten. Übrigens wissen wir selbst und es geht aus Ihrem An-
trage über die Gesindeordnung hervor, daß sie im Winter eine viel kürzere Arbeitszeit haben. Im Sommer ist sie natürlich länger, so daß daher insge-
samt ihre Arbeit nicht viel länger ist, als unsere Arbeitszeit. Nun wurde auch darauf hingewiesen, daß die Löhne der Landarbeiter so ungeheuer hohe sind (Unruhe), und daß durch diese Erhöhung der Löhne alles und alles verteuert werde. Ich möchte im Gegen-
satz zum Herrn Landesrat Prisching, daß die Löhne so unaechter hoch sind, jenen Herren empfehlen, welche die Gehalte so hoch finden, daß sie den Posten eines Arbeiters, zum Beispiel eines Hochofenarbeiters oder eines Beamten, einnehmen, denn dann würden sie sehen, wie viel weiter sie kommen mit diesen großen Löhnen, als mit der Einnahme eines Landwirts. Wenn Sie über die hohen Löhne und die hohen Ge-
hälter der Beamtschaft in den Städten so wütend und ungehalten sind, dann möchte ich Sie fragen, was bildet die Grundlage zur Bildung der Löhne? Ich weiß, daß jeder in der Stadt vorerst essen muß, wir müssen täglich Lebensmittel kaufen, und die Preise für diese Lebensmittel bilden doch die Grundlage für die Löhne. Und wenn die Preise der Lebensmittel hohe sind, so müssen auch logischerweise die Löhne sehr hohe sein. Wer bestimmt die Preise für die Lebensmittel? Sind wir die Bestimmenden für die Preise? Sind wir die Besitzenden? Sind wir Schuld daran, daß vielleicht für den kleinen Bauer das Getreide oder Futter so ungeheuer hoch im Preise steht und er deshalb sie zu so hohen Gesehungskosten einkaufen muß? Wir sind es nicht, die diese Preise bestimmen. Sie sind es, die die hohen Preise bestimmen für das Fleisch usw., die wir bezahlen müssen, und logisch ist es daher, die Folge davon ist es, daß auch die Löhne steigen müssen. Ich verweise da auf eine Verhandlung, die wir in der Landesregierung gehabt haben. Wenn es sich darum gehandelt hat, darüber zu verhandeln, in welcher Weise die Preise für das Fleisch erhöht werden sollen, da wurde uns wiederholt erklärt, zum Beispiel vom Herrn Landesrat Prisching: „Da müßt Ihr schauen, daß Ihr höhere Löhne bekommt, denn dann könnt Ihr

auch den höheren Fleischpreis bezahlen!“ Ich glaube, wenn Sie über diese hohen Gehalte in der Stadt und in den Industrieorten schimpfen, dann sind Sie selbst die Schuldigen, die uns zu diesen Preisen getrieben und die Sie uns empfohlen haben als den einzig gang-
baren Weg, damit Sie diese hohen Fleischpreise bezahlt bekommen, die Sie als genügend verlangen. Nun wurde uns vom Herrn Pein-
tinger ein Lied ge-
sungen, daß es den kleinen Bauern so ungeheuer schlecht geht, und ich gebe das ohneweiters zu. Aber sind wir Schuld daran, wenn es den kleinen Keusch-
lern so schlecht geht? Wir wissen, daß es dem Klein-
keuschler, dem Kleinbauern, wenn er eine Kuh oder zwei bis drei Stück Vieh hat, sehr schlecht geht, da er keine Reserve in der Sparkasse hat und im Haushalte sehr beengt ist. Aber sind wir die Schuld daran? Da sind ebenfalls Sie die Schuld; denn diese kleinen Keuschler, diese kleinen Landwirte, die ihre Nahrungs-
mittel kaufen müssen, die müssen sie so teuer kaufen, wie wir, und Sie sind diejenigen, die den kleinen Land-
wirten die Lebensführung und die Existenz erschweren. Sie haben daher keine Ursache, ihn zu beklagen und ihn uns so hinzustellen, daß wir Mitleid haben. Sie müssen dafür sorgen, daß Sie seine Lebenseristenz dadurch verbessern, daß Sie nicht die Preise für jene Produkte, die im Lande erzeugt werden, so ungeheuer hinauffchieben. (Abgeordneter Schreckenthal: „Ja, die Gesehungskosten sind heute so hoch!“) Gehen Sie mir mit Ihren Gesehungskosten. Jetzt wissen wir, daß der Zentner Heu 1200 oder 1400 Kronen kostet. Der kleine Bauer, der nur zwei Joch Grund besitzt und darauf nicht nur Heu erntet, sondern auch seine Kar-
toffel anbaut, der muß auch seine Futtermittel kaufen und bezahlen, und wenn er sie mit 1200 bis 1400 K bezahlen muß, wer ist dann Schuld daran? (Abgeord-
neter Wigan: „Ihre Zentralen!“) Nun hat der Herr da drüben das so schöne Wort gerufen: „Ihre Zen-
tralen!“ Ich erinnere mich, wie Ihre Partei das erste-
mal den Antrag gestellt hat (Große Unruhe).

Präsident Dr. Klusmann: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. Der Herr Abgeordnete Leichin hat das Wort.

Abgeordneter Leichin (fortfahrend): die Fut-
termittelzentrale aufzulassen. Damals haben die Preise für einen Meterzentner Heu auf 60 K gestanden, da-
mals haben noch die Zentralen das Heu in der Hand gehabt und haben alle Bevölkerungskreise mit Futter-
mitteln versorgt. Nachdem die Zentralen aufgehoben waren, sind die Preise in das ganz Ungemessene ge-
stiegen. (Abgeordneter Schreckenthal und Ab-
geordneter Wigan: „Was kostet denn die

Kohle?") Wer ist denn derjenige, der das Heu erzeugt, der alle diese Futtermittel zur Verfügung stellen kann? Das ist der Großgrundbesitzer und nicht der kleine Bauer. Wenn wir dagegen, gegen diese Art Stellung nehmen, so tun wir es deshalb, weil wir es versuchen, auf andere Weise den Landwirt zu einer intensiveren Tätigkeit zu veranlassen. Wir sind dafür, die Landwirtschaft zu heben, aber auf jene Art, wie Sie es versuchen, geht es nicht, die halten wir für falsch, wir halten sie für falsch deswegen, weil wir mit dieser Art den Bauer und Landwirt veranlassen, nur das zu bauen, was er im eigenen Haushalte braucht. Er sieht sich dann nicht veranlaßt und gezwungen, mehr zu bauen und zu erarbeiten, deshalb, weil Sie das Großkapital in diesen Grundbesitz investiert haben, und großes Interesse daran haben, daß Sie dieses Kapital entsprechend verzinsen können. Wir sind durchaus nicht feindlich gesinnt gegenüber der aufgestellten Forderung der Landwirte, wir glauben nur, daß diese Gelder nicht in jener Art verwendet werden, wie es im Interesse der Landwirte liegt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter **Hartleb**: Hohes Haus! Ich glaube, für uns Landwirte sind die Reden, die der Herr Abgeordnete **Leich** in von Jahr zu Jahr beim Kapitel Landeskultur hält, sehr lehrreich, weil wir daraus sehen können, was heraus kommt, wenn ein Mensch über Landwirtschaft spricht, der nichts davon versteht.

Ein alter Dreh, den die Sozialdemokraten immer gebrauchen, wenn sie über dieses Kapitel sprechen, ist der, wir wenden für das Kapitel Landeskultur so viel auf und die Gesamtbevölkerung hat nichts davon (Zwischenruf: „Das ist auch so!“), die Bauern leisten nichts an Steuern, sie leisten überhaupt nichts, sie nehmen nur. Sie berufen sich gern auf stenographische Protokolle; ich möchte Sie daran erinnern, was ich voriges Jahr in diesem hohen Hause anlässlich der Beratung dieses Kapitels in dieser Hinsicht gesagt habe. Ich kann mich erinnern, daß ich nachgewiesen habe, daß das, was die Bauern bei der Ablieferung, bei der billigen Ablieferung ihrer Produkte an den Staat, an Steuern, an Naturalsteuern geleistet haben, hundertmal größer war, als das, was auf dem Papier als Steuerleistung eingetragen und in Geld entrichtet worden ist. Ich habe Ihnen nachgewiesen, daß das Getreide zum Preise von 4 K abgeliefert wurde zu einem Zeitpunkte, wo es hätte 60 K kosten müssen, wenn wir uns den Industriepreisen wirklich angeglichen hätten. Ich habe nachgewiesen, daß 1 Liter Milch um 20 h abgeliefert wurde, wo der Preis, angeglichen an die Industriepreise, 15 K hätte be-

tragen müssen. Und so wie es bei einem Produkte ist, so ist es auch bei dem andern. Ich war schon damals der Überzeugung, daß Ziffern, die doch jedem Menschen in solchen Dingen Klarheit bringen müssen, bei Ihnen nichts ausrichten, Sie denken in dieser Sache nicht objektiv und daran liegt es. Ihnen handelt es sich nicht darum, ob Sie der Sache gerecht werden oder nicht, Ihnen handelt es sich nur darum, wem kommt diese Zuwendung in erster Linie zugute, die in diesem Kapitel ausgesprochen wird. Und weil Sie wissen, daß dies in diesem Falle Bauern sind und diese für Ihre Interessen am allerwenigsten zu haben sind, deshalb bekämpfen Sie die Ausgaben in diesem Kapitel. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) So ist es; Sie sagen, die Bauern verstehen es, sich jeder Steuer zu entziehen. Nun ich glaube, jeder Staatsbürger hat das Bestreben, so wenig als möglich Steuern zu zahlen; jenen Stand, der mehr zahlt an Steuern, als er zahlen muß, habe ich bis heute nicht kennen gelernt und wenn wir Bauern uns Genossenschaftsinstruktoren halfen, die uns darauf aufmerksam machen, was wir an Abzügen geltend zu machen berechtigt sind, so recht das Sie nichts an, weil das einfach unser gutes Recht ist. (Zwischenrufe der Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete **Leich** in hat sich weiter aufgeregt über den Beitrag, der ausgeworfen ist für die Erhaltung der „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“. Es ist das dieselbe Komödie, wie im vorigen Jahre, obwohl gesagt wurde, daß das nicht eine Zeitung im allgemeinen Sinne ist, sondern daß diese Zeitung das Organ der Landwirtschaftsgesellschaft ist, in welchem Organe die Fachkräfte und Fachlehrer des Landes belehrend zur Landbevölkerung sprechen, daß das ein Unterrichtsmittel in der Hand des Landes sein soll, welches belehrend und unterrichtend in der Landbevölkerung wirkt. Das vergessen Sie mit Absicht und stellen die Sache so hin, als ob es mit dieser Zeitung dieselbe Bewandnis hätte, wie zum Beispiel mit Ihrem „Arbeiterwille“.

Es ist weiters gesprochen worden von der Getreideablieferung. Ich kenne die Ziffern nicht genau von den Getreidemengen, die heuer abgeliefert worden sind. (Zwischenrufe des Abgeordneten **Friepertinger**.) Herr Abgeordneter **Friepertinger**, es ist blödsinnig, wenn Sie mich fortwährend unterbrechen; mich werden Sie durch diese Unterbrechungen nicht aus dem Konzept bringen, soweit werden Sie mich doch schon kennen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Abgeordnete **Leich** in hat angeführt, daß heuer in Steiermark die Mengen des abgelieferten Getreides nicht mehr als 15 Waggon betragen hat. (Ab-

geordneter Leichin: „35 Waggon!“ Das gebe ich dem Herrn Abgeordneten Leichin zu, aber 15 Waggon hätte ich nicht gelassen. Sie sagen, es sei das zu wenig; meine Herren, Sie werden sich an etwas erinnern, was sich voriges Jahr ereignet hat. Es war im Juli; wir haben im Landtage den Beschluß gefaßt, daß wir Millionenkredite bewilligen, um die verhegerten Gebiete vor Not zu schützen, und heute vergessen Sie, daß wir einen großen Teil der Oststeiermark, die in erster Linie für die Getreideproduktion in Betracht kommt, unterstützen mußten, damit die Leute etwas zu essen hatten. Sie haben vergessen, daß das obere Murtal und der Oberwölzer Bezirk sowie auch andere Bezirke, zum Beispiel der Bezirk Knittelfeld, verhegelt wurden. Und Tatsache ist das eine, daß in den meisten Bezirken, auch in jenen, wo das Kontingent aufgebracht worden ist, die Bauern zur Brotkarte greifen müssen; sie haben im Frühjahr so viel hergegeben, daß sie jetzt selbst zu wenig haben. Wir haben es wiederholt erklärt, daß wir es für einen Unsinn halten, wenn man jemandem etwas wegnimmt und dann gezwungen ist, ihm das wieder zu geben.

Nun, meine Herren, möchte ich noch etwas sagen. Sie führen an, zu Beginn der Kriegszeit war es den Bauern möglich, so viele Waggon Getreide abzuliefern, heute ist das nicht mehr der Fall. Für uns ist das ohneweiters verständlich. (Abgeordneter Leichin: „Das glaube ich!“) Herr Abgeordneter Leichin, hören Sie nur zu! In der Vorkriegszeit war es üblich, daß der Bauer immer einen Vorrat gehabt hat, und derjenige Bauer, der nicht so viel im Hause hatte, daß er im Falle eines Mißjahres dann schon zum Ankauf schreiben mußte, der galt als schlechter Bauer. Es war gut so, wir sind dadurch in die Lage versetzt worden, nicht immer wegen jeden Hagelschlag gleich zu den Regierungen um Subvention laufen zu müssen, weil eben noch Vorräte da waren. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Tatsache ist auch noch etwas anderes. Damals waren unsere Kulturgründe, auf denen wir Getreide erzeugen wollen, ganz andere als heute, und damals hatten wir noch halbwegs die entsprechende Zahl an Arbeitskräften, die wir brauchen, um dieses Getreide zu produzieren. Es wäre interessant, wenn schon immer die Verhältniszahlen der Getreideaufbringung von damals und heute herangezogen werden, zu ermitteln, wie viele Leute damals in der Landwirtschaft beschäftigt waren und wie viele heute beschäftigt sind. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Damals hatten wir Kriegsgefangene zur Genüge, die heute

aber fehlen. Sie übersehen immer ein Moment; vor dem Kriege haben wir in unseren Forsten Italiener und Krainer als Holzarbeiter gehabt, wir haben bei den Eisenbahnen als Oberbauarbeiter lauter Kroaten und fremde Arbeiterpartien gehabt, wir haben in Obersteiermark wenigstens in zahlreichen Sägewerken zum größten Teile Ausländer gehabt, bei unserem Baugewerbe waren nicht einmal ein Zehntel deutsche Leute, sondern lauter Italiener, und auch bei den Zimmerleuten waren nur Tiroler und Italiener beschäftigt. Diese Leute sind nunmehr alle fortgezogen, die Lücken mußten aber ausgefüllt werden, die Leute wurden von der Landwirtschaft abgezogen, und diese fehlen nunmehr naturgemäß heute der Landwirtschaft.

Der Abgeordnete Leichin hat gesagt, die Landwirte sollen vernünftig die Produktion heben und sollen mit Kunstdünger arbeiten. Ich werde Ihnen da einen klassischen Fall erzählen. Ein Besitzer in Kärnten hat sich, aufgerüttelt durch verschiedene Vorträge und durch Lesen von Zeitungen, entschlossen, heuer mit Kunstdünger zu arbeiten. Er hat sich im Herbst und Winter eine größere Menge Kunstdünger angeschafft und jetzt im Frühjahr hat er keine Leute, um ihn auf das Feld hinauszubringen. Er allein ist nicht imstande, ein paar Waggon auf das Feld zu bringen. Die Leute, die er allenfalls früher zur Verfügung gehabt hätte, sind inzwischen zur Holz- und Forstindustrie übergegangen. Diese bekommt er nicht mehr zur Arbeit, weil er nicht so wie die Holzhändler in der Lage ist, 900 K im Tage zu bezahlen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Es werden immer mehr!“) Das wird bei uns im Tage gezahlt, nämlich im Akkord, das lasse ich mir nicht abstreifen. Wir haben Holzarbeiter, die über 1000 K im Tage verdienen (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Das ist nicht wahr!“); ich weiß, was die Leute verdienen. (Zwischenruf: „Dann gehen Sie auch in die Holzarbeit!“) Gut, dann gehen wir auch in die Holzarbeit und verhungern alle miteinander. (Abgeordneter Resel: „Im Gegenteil, wir werden dann mehr zu essen haben als jetzt!“ — Große Unruhe.) Wenn Ihr in der Industrie so leistungsfähig seid, dann verschafft Euch die Lebensmittel aus dem Auslande und verzichtet auf die Zentralen, wozu brauchen wir dann die Zentralen im Inlande? (Zahlreiche Zwischenrufe der Sozialdemokraten.) Ich bitte schön, das Wort habe ich, ich führe keine Zwiesprache, sondern ich spreche, wie ich will.

Es ist weiters gesagt worden, die Grundlage für die Lohnbildung ist der Preis der Nahrungsmittel. Sie wenden diese Formel gerne an, um den Beweis zu erbringen, daß die Landwirte einzig und allein schuld

sind, daß alles im Preise hinaufgeht. (Zwischenruf: „Geben Sie Antwort darauf!“) Ich werde die Antwort gleich geben. Es handelt sich um die Löhne, und Sie haben gesagt, warum gehen die Löhne hinauf, weil die Lebensmittelpreise hinaufgehen. Warum gehen nun die Löhne bei den landwirtschaftlichen Arbeitern so hinauf, die doch von den Besitzern verpflegt werden? Warum legen Sie diesen Leuten nicht nahe, daß sie, nachdem sie doch die Verpflegung bekommen, entsprechend Rücksicht darauf nehmen sollen? Das tun Sie nicht, da beßen Sie die Arbeiter noch immer zu neuen Lohnforderungen auf. Wir zahlen heute den landwirtschaftlichen Arbeitern schon 1500 bis 2000 K zur Kost und Bekleidung, und da kommen noch sozialdemokratische Agitatoren hinaus, welche den Leuten sagen, sobald die Erntezeit beginnt, sollen sie monatlich zur Kost und Bekleidung 6000 K verlangen. Das ist eine bewußte Verhehung. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Und solange Sie diese Verhehung betreiben, muß ich Ihnen jedes Recht, der Landwirtschaft Vorwürfe zu machen, absprechen. (Abgeordneter Friepersinger: „Wenn Sie für die Butter 500 K und für Most 8 bis 10 K verlangen, dann sind die Löhne vollaus berechtigt!“ — Lebhaftes allgemeines Unruhe.)

Präsident Dr. Klusmann (das Glockenzeichen gebend): Bitte, keine Zwiesgespräche zu halten und den Herrn Abgeordneten reden zu lassen.

Abgeordneter Hartleb (fortfahrend): Sie fürchten sich vor meiner Beweisführung. Ich möchte noch anführen, daß Sie vergessen haben in Betracht zu ziehen, daß auch die Wertverminderung des Geldes dazu führt, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Artikel nicht dieselben bleiben können. Es handelt sich darum, wenn der Bauer etwas zu verkaufen hat und ein Geld einnimmt, so ist er auch so gescheit, daß er fragt, was kriege ich für das Geld wieder, das ich für meine Kuh einnehme, und wenn er sich sagt, das würde dem Preise vom vorigen Jahre entsprechen, wenn er sich aber sagen muß, ich bekomme um die Hälfte weniger als im vorigen Jahre, so kommt er logischerweise zu dem Schlusse, daß er um die Hälfte mehr Geld verlangt, damit er die gleiche Menge Industrieartikel sich kaufen kann. Das sind Beweise, die Sie absichtlich beiseite lassen. Und deshalb kann ich den Vorwurf, den ich eingangs der Rede gemacht habe, daß Sie die Fragen der Landeskultur vom rein parteipolitischen Standpunkte aus bekämpfen, nicht ersparen. Ich kann Ihnen aber sagen, daß es uns gleich sein kann, wir sind so stark, daß wir im Kapitel das beschließen, was wir wollen. (Lebhafter Beifall.)

Landesrat Prisching: Ich beantrage Schluß der Debatte. (Widerspruch.)

Präsident Dr. Klusmann: Ich habe den Antrag noch nicht zur Abstimmung gebracht. (Abgeordneter Krawagna: „Das geht doch gar nicht, Schluß der Debatte zu beantragen, das ist gegen die Abmachungen!“) Es ist Schluß der Debatte beantragt. (Landesrat Prisching: „Ich ziehe meinen Antrag auf Schluß der Debatte zurück. Ich halte mich an die Vereinbarungen in der Obmännerkonferenz!“) Der Antrag auf Schluß der Debatte ist nunmehr gegenstandslos und ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Eigelberger das Wort.

Abgeordneter Eigelberger: Hohes Haus! Es wurde zu diesem Gegenstande schon so manches erwähnt und zur Ausführung gebracht, was einer Richtigtstellung bedarf. Insbesondere möchte ich mir erlauben, einiges zu den Produktionskosten zu sagen, weil dort der Zwischenruf gemacht wurde, daß an dem Heu- und Futterpreise die Zentralen schuld seien. Es wurde festgestellt, wie hoch die Preise waren, als die Futterzentrale aufgehoben wurde. Der Preis, wie es heute verkauft wird, ist bereits genannt worden. Ich möchte nun feststellen, was die Gesehungskosten der Heuerzeugung im Vorjahre sind. (Abgeordneter Wißan: „Heuer.“) Heuer haben Sie das Heu noch nicht geseht, das Heu wird doch im Herbst und nicht im Frühjahr geseht. Das dürfte Kollege Wißan als landwirtschaftlicher Lehrer doch wissen. Nachdem ich dazu berufen bin, auch mit der Landwirtschaft mich etwas zu beschäftigen (Abgeordneter Spak: „Wo denn?“), so möchte ich Ihnen sagen, daß ich als Leiter des Wirtschaftsamtes der Stadtgemeinde Judenburg dazu berufen bin, weil wir in Judenburg einen Fuhrhof mit Vieh eingerichtet haben und auch einige Grundstücke haben, damit Sie es wissen Herr Spak. Es mag Ihnen als Hagebundvorsitzender nicht bekannt sein. Es hat sich folgendes ergeben: daß, obwohl wir die Fehung des Heus im Vorjahre nicht mit landwirtschaftlichen Mitteln bestreiken konnten, wie es üblich ist, wo der Bauer selbst das Fuhrwerk beistellen kann, sondern, daß wir Industrielöhne bezahlen mußten, und trotzdem wir Industrielöhne bezahlen mußten, der Meterzentner Heu auf 150 K zu stehen gekommen ist. Wenn Sie es heute mit 1200 K oder 1400 K verkaufen, so erhöhen Sie es um das Sechs- oder Achtfache. Wo da die Begründung gegeben ist, das wird wahrscheinlich nicht zu erklären sein. (Abgeordneter Schreckenthal: „Wie sind Sie zu den 150 K Gesehungskosten ge-

kommen?“) Ich kann doch die Buchhaltung nicht mitbringen, damit ich es Ihnen zeigen kann. Ich kann es Ihnen aber in unserer Kanzlei nachweisen, wo Sie jederzeit Einblick haben können. Wir haben dort eine kaufmännische Buchhaltung eingerichtet, dort können Sie sich davon überzeugen. (Abgeordneter Peininger: „Es hängt auch davon ab, ob schönes Wetter ist.“) Wir haben auch drei Wochen Regenwetter gehabt, wir haben dasselbe schlechte Wetter beim Heu mitgemacht wie Sie.

Nun komme ich zu einem anderen Gegenstande. Der Herr Abgeordnete Hartleb hat von der Naturalsteuer gesprochen, die die Landwirtschaft zu leisten gehabt hat. Wir geben das zu. Aber wie viel hat die Arbeiterschaft Naturalsteuer geleistet. Wie viel haben die Arbeiter von ihrer Einrichtung, ihren Kleidern hinausgetragen, um die notwendigen Lebensmitteln zu bekommen; und wenn Sie vergleichen, was die Landwirte in der Wohnung haben und was sie an Sparkasseinlagen haben, mit der Wohnung des Arbeiters und den Sparkasseinlagen des Arbeiters, dann werden Sie ein anderes Resultat herausbekommen. Wenn es dem Herrn Abgeordneten Hartleb beliebt, zu sagen, daß wir auf die Argumente, die er uns gegenüberhält, nicht antworten, so nehme er zur Kenntnis, wenn wir da einen Strich ziehen sollten unter diesen geleisteten Naturalsteuern, dann würden wir zumindest auf unserem Gegenkonto eine größere Summe aufzuweisen haben. Nun hat der Herr Abgeordnete etwas erwähnt und ich gebe zu, daß es so ist, daß die Arbeiter, die früher in der Landwirtschaft tätig waren, wo anders beschäftigt sind, daß sie heute zum großen Teil im Walde arbeiten; für wen aber arbeiten sie denn dort? Doch wieder für den Bauer. Es ist dieselbe Sache wie mit den Juden, man schimpft über den Schleichhändler — und gibt ihm die Ware. Das kann verhindert werden. Man braucht das Holz nur dem Holzhändler nicht zu verkaufen. Aber die Geldgier hat es bewirkt, daß man direkten Raubbau in den Wäldern treibt. Wenn man das Holz im Walde verkauft, so wird es der Händler nicht zu dem Zwecke kaufen, um es stehen zu lassen, sondern er kauft es, damit er weitere Geschäfte damit macht. Es wäre zweckmäßig gewesen, die Frage vorzulegen, ob es gut ist, so viel Holz aus den Waldungen zu schlägern und seine eigenen Leute dorthin zu drängen. Der Holzhändler wird sich jene Leute auswählen, die sich dazu eignen. Er wird den Knecht, der unmittelbar das Gebiet kennt, holen und damit er ihn kriegt, bietet er ihm etwas mehr, als er in der Landwirtschaft verdient. Nun etwas zur Hege, die der Herr Abgeordnete Hartleb angeführt

hat. Trotz der Tatsache, die ich hier gekennzeichnet habe, daß es nicht auf die Haltung der Sozialdemokraten zurückzuführen ist, sondern darauf, weil Sie die günstige Gelegenheit des Holzpreises ausnützen, trotzdem finden wir, daß Landwirte heute noch genügend mit Arbeitern versorgt sind, weil sie das notwendige Verständnis für die Bedürfnisse der Dienstboten aufgebracht haben, weil sie schon vor dem Kriege soziale Einrichtungen für die Dienstboten geschaffen und es verstanden haben, mit den Arbeitern Arbeitsverträge abzuschließen. Solche Landwirte werden Sie in den verschiedensten Gebieten finden, die regelmäßig mit ihrem Arbeiterstande versorgt sind. Ich möchte nur noch einen anderen Fall hier zur Sprache bringen. Ich möchte an den Herrn Landesrat Riegler ein Ersuchen stellen. Wir finden unter Kapitel IV, Landeskultur, auf Seite 33 auch die Winterschule angeführt, und zwar die landwirtschaftlichen Winterschulen. Eine solche Schule befindet sich auch in Judenburg. Der Herr Kollege Steinberger weiß, wie die Einrichtungen dieser Schulen beschaffen sind, daß sie einer Regelung bedürfen. Nun ist die Winterschule in Judenburg in einem Gebäude untergebracht, das der Stadtgemeinde gehört. In den früheren Jahrzehnten mag das eine kleine Belastung bedeutet haben. Heute macht das Tausende von Kronen im Jahre aus. Ich will das deshalb erwähnen, weil nicht nur die Ziffern, die hier im Voranschlage ausgewiesen sind, für die Landwirtschaft in Betracht kommen, sondern, weil auch Posten zum Vorschein kommen, die erst im Voranschlag in den Gemeinden und Bezirken zum Ausdruck kommen. Diese Schule kostet heute, wenn wir nur die geringsten Erhaltungskosten in Anschlag bringen, zumindestens 20.000 K., abgesehen von den Gebäuderhaltungskosten, die damit verbunden sind. Es wäre dringend notwendig, daß Sie diese Schule aufrecht erhalten, sie noch weiter ausbauen und sich mit derselben etwas eingehender beschäftigen wollten. Wir haben seinerzeit einen Vorschlag gemacht, diese Schule auf ein geeignetes Gut hinauszuverlegen, wo die Schüler nicht nur während des Winters theoretischen Unterricht bekommen könnten, sondern auch praktische Betätigung, beziehungsweise Proben zu leisten in der Lage wären. Auf diesen Gegenstand möchte ich Herrn Landesrat Riegler ganz besonders aufmerksam machen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Erhaltungskosten treffen ausschließlich die Stadtgemeinde Judenburg. Der Nachweis über die Beteiligung an dieser Schule hat ergeben, daß aus dem Gemeindegebiete nur zwei an dem Unterrichte teilgenommen haben, weil es ein reines Stadtgebiet ist, aus dem Bezirke selbst waren

sieben, und 24 Schüler waren aus den anderen Bezirken, aus verschiedenen Bezirken Obersteiermarks. Sie werden nun zugeben, daß das für die Stadtgemeinde eine außerordentliche Belastung darstellt und es sich als notwendig erweisen wird, daß für den nächsten Voranschlag die Sache abgeändert erscheint einerseits, und andererseits, daß es in Ihrem Interesse ist für den Ausbau oder eine geeignete Unterbringung an einem zweckmäßigeren Orte Sorge zu tragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Schifko: Hohes Haus! Daß die Herren Sozialdemokraten beim Kapitel Landeskultur auf uns Landwirte los schlagen, finde ich begreiflich, das muß ja sein! Aber daß sie los schlagen unvernünftig, und derart unvernünftig, daß sie es uns nicht sagen, wie wir es einrichten sollen, daß wir, wenn wir hohe Löhne bezahlen und hohe Steuern entrichten müssen, wenn wir hohe Produktionskosten zu leisten haben, daß wir dann billige Lebensmittel hergeben können; dieses Rätsel hat noch kein Sozialdemokrat gelöst. Sie haben auch Betriebe, die Sie selbst betreiben, sagen Sie, wie es Ihnen damit geht, wenn Sie ehrlich sind! Schauen Sie, meine Herren, der Herr Abgeordnete Leichn hat zum Beispiel der Landwirtschaft vorgeworfen, die Landwirtschaft erfülle ihre Pflicht nicht, sie raube die menschliche Gesellschaft aus, sie fordere übermäßige Preise, obwohl sie billiger liefern könnte. Nun, meine Herren, Sie übersehen, daß die Landwirtschaft ein besonderer Betrieb ist, der Kosten verursacht, ein Betrieb ist, der nicht unter Dach ist, sondern der sich draußen in Gottes freier Natur abspielt. Die Landwirtschaft als solche ist der einzige Berufszweig, der von den Witterungseinflüssen abhängig ist und diese verteuern sehr oft die Produkte des Landwirtes. Wenn zum Beispiel heute der Herr Abgeordnete Eigelberger angeführt hat, daß er das Heu um 150 K eingebracht hat, so bezweifle ich das gar nicht; er hat eben eine günstige Witterung erwischt, er hat einige Tage getrocknet und hat das Heu dann einführen können. Das trifft aber nicht jedesmal zu. Das Heu kann auch wochenlang am Felde bleiben, es muß gestreut und wieder gehäufelt werden usw. und ich frage, was kostet dann das Heu? Wenn der Landwirt Preise verlangt, die Ihnen hoch vorkommen, so müssen Sie sich das wohl überlegen. Der Landwirt muß eben die Produkte, welche er verkauft, zu solchen Preisen abgeben, daß er aus dem Erlöse seine Regien decken kann. Kleinere Landwirte haben kleinere Regien und haben auch weniger zu verkaufen, größere Landwirte dagegen haben größere Regien und werden natürlich auch mehr verkaufen; aber kein Landwirt kann das

Kunststück zusammenbringen, daß er seine Artikel billiger verkauft, als was sie ihm selbst kosten. Wenn zum Beispiel der Herr Abgeordnete Leichn darauf hingewiesen hat, daß die Lebensmittel so sprunghaft in die Höhe gehen, so möchte ich ihm vorhalten, daß die Industrieartikel ebenfalls kontinuierlich steigen. Bevor noch zum Beispiel von der Milchpreiserhöhung, von der Maisprämienzuweisung die Rede war, habe ich schon gelesen, von einer Erhöhung der einzelnen Produkte der verschiedensten Gewerbe, so der Schuhmacher, Kleidermacher, Wagner, Tischler, Schmiede usw., und zwar um hunderte von Prozenten. Meine Herren, wenn jeder tatsächlich nur das Stückchen Fleisch von 15 Dekagramm per Woche genießen würde, so könnte das kein Grund sein, daß man gleich um hundert Prozent hinauffährt. Desgleichen könnte auch der Arbeiter mit seinem Lohne sich zufrieden geben, wenn er nur 15 Dekagramm Fleisch in der Woche essen würde; ich glaube aber, der Arbeiter ist unzufrieden, weil er nicht jeden Tag Fleisch essen kann. Die Bauernschaft kann auch nicht jeden Tag Fleisch essen, sie konnte es im Frieden nicht und kann es heute umso weniger, und wenn es einigen guten Besitzern möglich ist, dreimal täglich Fleisch zu essen, so glaube ich, wird es auch in Ihren Kreisen Leute geben, die ebenfalls dreimal täglich Fleisch essen. Das, hohes Haus, soll aber kein Grund sein, daß deshalb alle übrigen Berufsschichten die Preise ihrer Produkte derart erhöhen, wie es tatsächlich der Fall ist. Wenn wir so fortfahren, daß zum Beispiel ab 15. April die Maurer und Zimmerleute einen Stundenlohn von über 40 K und, wie ich gerade höre, auch 56 K verlangen und wenn Sie bedenken, daß häuerliche Betriebe, die Gebäude umfassen, Maschinen, Wagen usw. haben, die größtenteils reparaturbedürftig sind, da die Bauern während des ganzen Krieges, die Klügsten vielleicht ausgenommen, nichts angegriffen haben und jetzt wieder alles instandsetzen sollen, wohin sollen da die Bauern kommen? Ich muß mich selbst auch als dumm bezeichnen, denn ich habe während des Krieges auch keine Reparaturen vornehmen lassen, ich habe meine Schulden abbezahlt und heute habe ich eine zerlumpfte Wirtschaft zu Hause. Wenn Sie also bedenken, was die Professionisten kosten, müssen Sie begreifen, daß auch wir unsere Produkte hoch verkaufen müssen. Im allgemeinen möchte ich sagen, Sie sehen die Einnahmen des Landwirtes immer viel zu hoch an. Schauen Sie, was hat ein Bauer, sagen wir ein mittlerer Bauer, im Jahre zu verkaufen? Wenn es recht gut geht, wie vielleicht früher im Frieden, ein paar Stück Großvieh — das muß schon ein besserer

mittlerer Bauer sein — und etwas Obst, alles übrige geht schon für seine eigene Wirtschaft auf. Berechnen Sie nun die Jahreseinnahme eines solchen Bauers, wenn er zwei Stück Vieh nach dem heutigen Viehpreis verkauft. Was nimmt er denn ein dafür? Wenn er drei, vier oder auch fünf Diensthofen hat, und er denselben jene Löhne bezahlen soll, wie Sie sie, meine sehr geehrten Herren von der sozialdemokratischen Partei, den Leuten immer vorschwefeln, dann reicht seine gesamte Einnahme nicht aus, um nur die Diensthofen bezahlen zu können, geschweige denn, um alles übrige, was der Landwirt braucht, herstellen zu können. Ich will Ihnen ein kleines Beispiel von meiner Wirtschaft erzählen. Vorher aber möchte ich folgendes feststellen. Meine gesamte Einnahme aus der Wirtschaft, die in der nächsten Nähe der Stadt Graz gelegen ist, wo wir alles, auch jede Petersilie, verwerten können, beträgt von Kriegsbeginn bis dato 15.000 Kronen. (Abgeordneter Krawagna: „Das ist eine Ironie; wenn Sie ein Schwein gefüttert und verkauft haben, haben Sie mehr eingenommen!“) Das ist meine Einnahme, und wenn Sie das nicht glauben, können Sie sich bei der Steuerbehörde überzeugen, wie die Sache steht. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Warum ist nicht mehr übrig geblieben? Schauen Sie, weil ich das übrige auffressen muß. Glauben Sie, ich brauche mit meinen Leuten nichts? Ich wiederhole, meine Einnahme ist bis jetzt 15.000 Kronen gewesen. (Lebhafter Widerspruch der Sozialdemokraten.) Ich werde Ihnen noch etwas sagen, und wenn Sie wollen, können Sie meine Diensthofen darum fragen. Ich habe zwei Diensthofen und habe diesen vor kurzer Zeit folgenden Vorschlag gemacht. Ich habe ihnen gesagt: „Wisset Ihr was, ich gebe Euch keinen Lohn, sondern Ihr werdet mitwirtschaften und werdet am Reingewinn der Wirtschaft Anteil haben.“ Darauf hat mir derjenige Diensthofe, der bereits 18 Jahre in meinem Hause ist, zur Antwort gegeben: „Was ist nachher, wenn nichts übrig bleibt?“ Das hat der Diensthofe gesagt. (Abgeordneter Leichin: „Der hat wenig Vertrauen, der kennt Sie!“) Daher möchte ich sagen, es sind die Einnahmen der Bauern nicht so zu überschätzen, wie Sie sich das vorstellen. Gehen Sie der Sache nur auf den Grund, schauen Sie und rechnen Sie, und Sie werden mir zugeben, daß ich recht habe. Ich weiß, die Herren Sozialdemokraten sind nicht so dumm, sie wissen das ganz genau, sie sind nur diejenigen, die mit Absicht den Bauernstand in ein schiefes Licht bringen wollen. Sie haben die Absicht, den Bauernstand zu ruinieren, Sie wollen sich diesen gefügig machen, Sie wollen den Kleinbauer umbringen, machen ihn daher unzufrieden

und hoffen, daß er mit Ihnen gehen wird. Aber seien Sie nur getrost, das werden Sie nicht erleben. Die Bauernschaft als solche weiß ganz genau, was sie von der sozialdemokratischen Idee zu halten hat. Sozialdemokrat und Bauer verträgt sich einfach nicht und kann sich nicht vertragen, das ist unmöglich; mit solchen Ideen kann der Bauer nicht weiter kommen. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Schauen Sie, wenn Sie den Bauern vorschreiben wollten, Löhne zu bezahlen, die er nicht bezahlen kann, wenn Sie ihnen vorschreiben wollten, ihre Produkte zu Preisen zu verkaufen, bei denen sie nicht existieren können, was wird dann geschehen? Der Bauer wird die ganze Lust zur Produktion verlieren, er wird lediglich das erzeugen, was er selbst braucht, aber dann wird er auch nicht in der Lage sein, auch nur etwas für die Allgemeinheit herzugeben. Ich möchte Sie daher dringendst bitten und ersuchen, überlegen Sie sich diesen Schrift und zwingen Sie die Bauernschaft nicht dazu! Es ist nicht ganz gleichgültig, wie Sie meinen, der Bauer liefert ohnedies sehr wenig, daher weg mit dem Bauernstand. Er wird sich nicht wegschaffen lassen, sondern er wird sich zur Wehre setzen. Der Bauernstand will Ruhe haben, er will haben, daß er existieren kann, und kann er das, dann wird er auch in die Lage versetzt sein, für das allgemeine Wohl zu sorgen und der Allgemeinheit gegenüber seinen Pflichten nachzukommen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Abgeordneter Ferner: Hohes Haus! Die Ernährungsfrage hat schon zu sehr vielen und langen Debatten in diesem hohen Hause geführt, und wir sehen, daß durch die schwierige Ernährungsfrage der Bauernstand und die Arbeiterschaft in einen großen Gegensatz gekommen ist. Ich glaube, daß mit dieser Feindseligkeit gegen den Bauernstand, mit diesen Vorwürfen, daß die Bauern zu wenig abliefern, daß die Bauern die Steuern hinterziehen wollen, daß sie nicht zahlen wollen, nicht geholt werden, sondern daß wir dadurch immer in einen größeren Gegensatz kommen und die Ernährungsfrage immer schlechter wird. Ich glaube, daß wir diese Frage an der Wurzel fassen und ihr mehr an den Leib rücken sollen. Meine Meinung ist, daß wir heute in Steiermark gegenüber den vielen Konsumenten zu wenig Bauern haben, daß die Bauern durch die schwere Kriegszeit, durch die Nachkriegszeit und durch die vielen Requirierungen ausgebeutet worden sind in ihrem Viehstande, daß ihr Grund und Boden in der Kriegszeit vernachlässigt wurde, da sie sehr wenig Dünger hatten, und daß daher die Bauernschaft nicht in der Lage ist, die vielen Konsumenten, die wir in den Städten und in den großen Industrie-

gebieten haben, wirklich tadellos zu ernähren und dadurch diese Gegenstände auszuscheiden.

Ich glaube daher, daß wir diese großen Gebiete in Steiermark, die heute noch brach und öde liegen, diese großen, schönen Täler, diese Schätze erschließen sollten, um dort wieder Leute anzusiedeln. Wir haben gestern gehört, daß in Steiermark seit den letzten zehn Jahren 25.000 Bauerngüter aufgekauft wurden und nicht mehr der Produktion der Lebensmittel und Viehzucht gewidmet sind. Wir haben ein Gesetz, das ist das Wiederbesiedlungsgesetz, und ich glaube, gerade in diesem Kapitel „Landeskultur“ wäre es angebracht, wenn man eine Post eingesetzt hätte, daß man den Knechten, den Bauernsöhnen usw. hilfreich unter die Arme greifen möchte, daß sie sich dort, wo kein Aind und kein Haus mehr existieren, dort, wo nichts mehr produziert wird, daß sie sich dort ansässig machen könnten, selbst wenn man nicht alle 25.000, sondern nur 5000 Bauern ansiedeln möchte, damit man wieder um Tausende und Tausende Stück Vieh mehr produzieren könnte, daß man so viele Familien dort ernähren könnte. Das Geld, wie unser Herr Finanzreferent schon öfters erwähnt hat, das Geld soll produktiv angewendet werden, dort, wo die größten Schätze schlummern und wo das Geld dem Lande in einigen Jahren den größten Nutzen eintragen könnte. Ich sehe aber, daß in dieser Sache rein gar nichts gemacht wird, ich sehe, daß man zur Landes-Agrarbehörde, die ja diese Körperschaft ist im Lande, die das Wiederbesiedlungsgesetz durchzuführen hat, daß man dort den unfähigsten Hofrat hingesetzt hat, der nicht dazu da ist, um das Wiederbesiedlungsgesetz durchzuführen, sondern dazu, ein Schutzherr des Großgrundbesitzes zu sein, der Wache steht, daß dem Großgrundbesitzer ja nichts geschehen soll. Einen solchen Hofrat setzt man hinein, und die Landesregierung gibt nicht den richtigen Nachdruck, obwohl so viele Beschwerden mündlich und schriftlich eingebracht werden, und niemand findet dort ein Gehör. Wir haben gestern gehört, daß bei über 70 Durchführungen von Liegenschaften heute vielleicht nicht einmal noch ein Besitzer darauffsteht, daß er es wirklich wirtschaftlich bearbeitet.

Das ist das ganze Um und Auf, daß wir in eine so schwierige Ernährungsfrage geraten sind. Ich glaube, daß dort ein großes Augenmerk zugewendet werden sollte, damit wir wieder diese Flächen bebauen, diese Flächen und Liegenschaften, die heute so öde daliegen, wo einem das Herz wehtut, daß wir diese erschließen und wieder besiedeln. Ein Herr Kollege von der christlichsozialen Partei hat sich gestern dahin erklärt, daß die christlichsoziale Partei die Partei des kleinen

Mannes ist. Hier sehen wir das gar nicht, daß das Wahrheit ist, denn wie viele Knechte, wie viele Bauernsöhne möchten sich so gerne um ein kleines Häuslein, um ein kleines Wütlein bewerben, wenn sie dazu Gelegenheit hatten, wenn ihnen mit werktätiger Hilfe unter die Arme gegriffen würde. Wir sehen immer und immer wieder, daß sie mehr für den Großgrundbesitz sorgen, und daß den Großgrundbesitzern nichts zu Leide geschieht. Auch von Seite der sozialdemokratischen Partei finden wir nicht die richtige Unterstützung bei der Sache der Wiederbesiedlung. Ich glaube, es wäre eine Sache der Gerechtigkeit, in diesem Falle vom Marx'schen Programm für die Aushebung des Privateigentums abzugehen und sich mit dieser Sache mit mehr Nachdruck zu befassen und sie zu unterstützen, damit die Wiederbesiedlung einmal von statten geht. Wenn wir diese großen Gebiete erschließen, diese großen Schätze heben und wirklich zur Arbeit schreiten möchten, zur Hebung der Produktion, so könnten die Bauern, die heute auf ihrem Grund und Boden leben, auch um 50, um 100 Prozent mehr produzieren, wenn sie nicht mit allen möglichen Maßregeln daran verhindert würden. Es war die Zwangswirtschaft, die uns daran verhindert hat; das Vieh ist uns mit Zwang herausgenommen worden, ebenso unser Getreide. Viele Bauern haben nicht das nötige Saatgetreide gehabt, der Dünger hat gefehlt und so konnten wir nicht mehr produzieren, und der Bauer steht heute vor seinem Ruine, wenn es noch ein Jahr so fortgeht. Die hohen Löhne, alle Artikel sind so teuer, er kann sich das und das nicht mehr einschaffen, nicht mehr leisten. Wieviel fehlt in der Jauchebewirtschaftung! Es muß einem das Herz wehtun, wenn man durch die Dörfer geht und sieht diesen hochwertigen Dünger durch den Straßengraben dahinrinnen. Viele Bauern sind nicht in der Lage, sich eine ordentliche Jauchengrube zu schaffen. Auch dort soll eine Unterstützung von seiten des Landes dem Bauern gewährt werden, und wenn nicht in Geld, so könnte es durch die Gesetzgebung geschehen, so, daß wir nicht ein Zwangsgesetz haben, sondern ein Gesetz, das in entgegenkommender Weise uns Bauern zugute kommen könnte.

Die Arbeiterfrage ist die größte Sorge für den Bauer. So viele Bauern stehen heute da, ohne Arbeiter. Es kommt bald die Zeit, wo die Arbeit beginnt uns über den Kopf zu wachsen, und wir haben keine Arbeiter. Die Knechte sagen: „Ich gehe lieber in die Fabrik oder in die Stadt, denn dort brauche ich nicht so viel zu arbeiten. Da geht es mir besser und ich habe einen großen Lohn.“ Und so gehen uns die Leute fort.

Ich glaube, es wäre von den Herren der sozialdemokratischen Partei angebracht, wenn sie uns in dieser Sache unterstützen möchten, wenn sie insbesondere wenigstens über die Sommerzeit, wo wir viele Arbeiten haben, den Leuten sagen möchten: „Wir brauchen landwirtschaftliche Arbeiter, sie möchten hinausgehen und uns helfen, die Ernte einzubringen.“ Diese Leute könnten dann im Herbst ein Deputat haben und hätten über den Winter mehr zu essen. Ich habe von Donawitz fast jedes Jahr ein bis zwei Familien, Männer und Frauen, die zu mir in der Urlaubszeit hinauskommen und mir helfen arbeiten. Sie sind so zufrieden, wenn ich ihnen dann Lebensmittel gebe. Aber die Verhehung der Arbeiter, insbesondere von einem sozialdemokratischen Parteisekretär, die ist groß. Der ist von Haus zu Haus gegangen und hat die Leute verheßt: „Ihr müßt soviel Lohn verlangen und weniger Arbeit, geht lieber in die Fabrik!“ (Landesrat R e s e l: „Das hat er sicher nicht gesagt!“) Das hat er gesagt: „Wenn der Bauer Euch das nicht gibt, so geht fort und geht in die Fabrik!“ Wenn das so weiter geht, so werden wir mit der Zeit fast keine Leute haben, und wie viele Bauern gibt es schon, die sagen, wir werden nur das bauen, was wir selbst arbeiten können, und was wird dann werden? Das letzte Stückel Brot wird der Bauer selbst essen, das ist ein altes Sprichwort. Wir sollen die Gegensätze nicht verschärfen, sondern zusammen arbeiten, um die Produktion zu heben im eigenen Lande, um diese brachliegenden Bodenschätze, besonders in Obersteiermark, zu erschließen. Dann werden wir zusammenkommen in praktischer Arbeit, denn uns hilft in diesem Staate nichts anderes als das Zusammenarbeiten und wieder Arbeiten. Und der Bauer geht da mit bestem Beispiel voraus, denn die Arbeit treibt ihn von der Früh bis in den späten Abend, und es ist gar nicht wahr, wenn jemand erklärt, daß er nur fünf Stunden arbeitet, sondern er arbeitet von 5 Uhr früh bis in die späte Nacht. Denn in aller Frühe röhrt das Vieh schon, und so gibt es immer Arbeit. Dieses Beispiel sollen auch die Sozialdemokraten befolgen.

Wenn wir zusammen arbeiten, wenn wir hier praktisch die Sache an der Wurzel fassen und nicht soviel debattieren, wenn von der Gegenseite die Sache nicht immer verschärft wird, sondern wir zusammen an die Arbeit gehen und zusammen helfen, dann kann die Ernährungsfrage gelöst werden, während sonst die Sache immer mehr verschärft wird und auch im nächsten Jahre keine Besserung erfolgen kann, wenn wir nicht dieser Sache in dieser Weise an den Leib rücken. Wenn die Landwirtschaft, wenn der Bauern-

stand immer mehr zurück und zurückgeht und herabkommt, so ist er nicht mehr leistungsfähig in der Produktion, er ist auch nicht mehr kaufkräftig. Und der Bauernstand ist der beste und größte Konsument für die eigene Industrie, er ist der beste Abnehmer und der verlässlichste Käufer. Wenn wir einmal bessere Verhältnisse haben und unsere Valuta gehoben wird, dann werden wir sehen, daß unsere Industrie nicht mehr mit hohem Gewinn in das Ausland verkauft, dann wird sie darauf reflektieren, daß sie im eigenen Lande Abnehmer findet. Wenn aber der Bauer zugrunde gerichtet sein wird, dann wird ein Betrieb nach dem andern eingestellt werden müssen und die Arbeiter werden dann auch nichts zu essen haben und gezwungen sein, hinaus zur Scholle zu gehen. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Abgeordneter **Dr. Dungern**: Hohes Haus! Im Gegensatz zu mehreren meiner Vorredner werde ich mich bemühen, weniger über allgemeine Fragen zu sprechen, als über Ziffern unseres Budgets. Und nur als Einleitung greife ich zurück auf ein paar Worte meines unmittelbaren Vorredners. Er hat gesagt, wir müssen mehr arbeiten. Gewiß, das wissen wir, es geht nicht, ohne mehr arbeiten. Aber mit mehr arbeiten allein ist es auch nicht getan, wir brauchen eine ganz andere Organisation der Arbeit, wie wir sie früher gehabt, um auch die Früchte der Mehrarbeit hereinzubringen. Nun dazu gehört auch die Art, wie unser Landeshaushaltsplan aufgestellt ist. Das ist auch eine Frage der Organisation. Da ist von verschiedenen Rednern betont worden, daß die einzelnen Posten gleichgültig seien. Das ist mit diesem Worte denn doch nicht richtig. Im Finanzausschusse ist man noch weiter gegangen. Da ist wörtlich der Ausdruck gefallen, nicht einmal, sondern mehreremal, daß die ganze Sache nicht so vollkommen ernsthaft sei, und zwar allgemein, weil wir nicht voraussehen können, wie sich der Aufbau unserer Einnahmen und Ausgaben im nächsten Jahre wirklich entwickeln wird. Das klingt ganz schön und gut. Trotzdem scheint mir, können wir gar nicht genug darauf halten, daß uns als Volksvertretern hier im Landtage im Budget absolut Klarheit geschaffen wird und absolut Einsicht gegeben wird in die wirklichen Ziffern, die wirklichen Zahlen, die hinter der Abwicklung unserer Volkswirtschaft in Steiermark stehen. In der Beziehung habe ich eine ganze Anzahl von Bedenken vorzubringen zu Kapitel IV des Budgets, einige andere, die andere Kapitel betreffen, werde ich später auch noch hervorheben.

Zunächst noch einmal etwas Zusammenfassendes, wir haben eine Schwierigkeit beim Lesen unseres Budgets.

Es deckt sich eine große Anzahl von Ziffern, die uns hier gegeben sind, nicht mit den Ziffern, die der Landesregierung als tatsächliche Unterlage zu den betreffenden Posten heute schon bekannt sind. Da haben wir beispielsweise bei der Weinbauanlage in Silberberg im Finanzausschusse gehört, daß die Summen von Einnahmen und Ausgaben, besonders aber von Einnahmen, mit denen das Land rechnen kann, ganz andere sind wie die Summen, die hier im Voranschlage angegeben werden. Ähnlich ist es noch bei dem einen oder dem anderen Punkte an anderer Stelle, und das scheint mir nicht richtig. Es scheint mir, daß wir da absolut auf Klarheit dringen müssen, daß wir als Volksvertreter verlangen müssen, daß dieser Voranschlag mit dem nötigen Ernste durchgearbeitet wird, so daß uns die Ziffern vorgelegt werden, die der Landesregierung schon als Unterlage zur Verfügung stehen. Dann kommt dazu eine Reihe von Posten, und da werde ich vom Kapitel IV einige hervorheben, bei denen der Titel so allgemein gefaßt ist, daß man nicht ohneweiters sieht, was dahinter steckt. Ein Teil derartiger Posten wurde heute schon vom Herrn Kollegen Schreckenthal hervorgehoben; dabei handelt es sich um die Trennung der Bezüge für die Funktionäre der Landesregierung und der Beamtschaft. Wir haben dann zum Beispiel auf Seite 30 des Budgets eine Post, „Beiträge für größere Meliorationen und genossenschaftliche Unternehmungen“, mit 800.000 K und gleich vorher eine Post, „Jahrespauschalbetrag für die kleinsten Meliorationsprojekte“, mit 200.000 K, also immerhin nicht ganz gleichgültige Summen. Da haben wir schon im Finanzausschusse den Wunsch ausgesprochen, daß eine Auseinanderhaltung dieser hier vereinigten ganz verschiedenen Punkte in Zukunft festgelegt und durchgeführt werden soll. Nun ist allerdings noch eine andere Schwierigkeit, uns fehlt nämlich die Grundlage zur Beurteilung der einzelnen Summen, die in früheren Jahren bei dem Landesvoranschlage gegeben war und die heute noch in anderen Ländern gegeben ist, nämlich die letzte Abrechnung. Ein Landesvoranschlag, wie Sie ihn vor sich liegen haben, ohne Abrechnung, ist eigentlich etwas Trügerisches, da fehlen einem die Sicherheitsventile zur Beurteilung der Tragweite der einzelnen Summen und Posten. Ich bitte, zum Beispiel im Dezember 1918 sind durch die Regierung 27 Millionen Kronen der damals noch existierenden Viehverwertungsgesellschaft mit großer Energie abgenommen worden, die diese Gesellschaft nach dem Umsturze aus Wien, aus der sogenannten ungarischen Differenz, gerettet hat. Die Herren werden genau wissen, was ich meine, und den Nichtagrariern

wird die Sache auch geläufig sein. Diese 27 Millionen Kronen hatte diese Gesellschaft damals nach Graz gebracht, weil sie selbst so gescheit war, sich rechtzeitig zu sagen, wenn das Geld in Wien bleibt, kommt die Liquidierung, und wer weiß, ob wir da für das Land Steiermark etwas herauskriegen. Wir haben keine Ahnung, wohin diese 27 Millionen gekommen sind, die Regierung hat sie an sich genommen, und ich weiß nur, daß sie für die Fleischverbilligung ausgegeben worden sind, aber buchmäßig sehen wir es nicht. Und so ist, wenn man will, eine Menge derartiger Posten zu finden. Das sind Dunkelheiten, das sind Bedenken, die ein guter Rechner ohne politische Färbung, die jeder, der schon 10 bis 20 Jahre mit Vermögensverwaltung zu tun gehabt hat, sich vorhalten muß, und ich finde, das müssen wir tun als Volksvertreter, und meine Partei, so weit uns dies mit unserer kleinen Zahl möglich ist, steht auf dem Standpunkte, daß wir in dieser Beziehung auf Genauigkeit dringen müssen. Es steht hier noch eine Post darin, die ganz unwesentlich ist, die ich aber wegen ihrer typischen Bedeutung hier erwähnen möchte. Da steht, nicht bei der Weinbauanstalt Silberberg, sondern an anderer Stelle, aber auch im Kapitel IV, und zwar auf Seite 34, eine Post von 10.000 K als Einnahmen aus der Korbflechttschule in Silberberg. An anderer Stelle, und zwar auf Seite 21, Rubrik IX, sind 15.000 K eingesetzt als Ausgabe für diese Korbflechttschule in Silberberg. Wir haben im Finanzausschusse festgestellt, daß es sich hier nicht um eine Korbflechttschule in Silberberg handelt, sondern um eine Korbflechttschule, die im abgetretenen Südsteiermark bestanden hat und die augenblicklich mit der Weinbauschule in Silberberg vereinigt ist, so daß ihre Einnahmen und Ausgaben jetzt erscheinen unter dem Titel Weinbauschule Silberberg. Diese Post ist nicht nur buchmäßig durchgeführt worden, sondern durchgeführt worden mit einer Erhöhung in den Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Vorjahre. Ich habe im Finanzausschusse den Antrag gestellt, diese Post zu streichen; der Herr Abgeordnete Schreckenthal hat mit mir gestimmt, die anderen Herren waren dagegen, der Antrag ist gefallen, die Post steht daher noch darin. Es ist das eine Kleinigkeit bei unserem Millionenbudget, aber es ist eine Frage des Systems. Sollen wir zu der alten monarchistischen Schlamperei, die in Österreich bestanden hat, noch eine Schlamperei, eine Umsturzschlamperei, hinzufügen? Sollen wir zur Gleichgültigkeit kommen? Wir sind dagegen. Meine Partei findet, daß auch in derartigen Kleinigkeiten Ordnung in unserem Landeshaushaltungsplane herrschen müsse. Ich tadle da nicht die Beamten. Gerade

unsere Rechnungsbeamten, sowohl im Landhause wie oben in der Burg, sind außerordentlich überlastet, und zwar überlastet durch fortwährende Umänderungen in der Art von Verrechnungen, die sie machen müssen, durch immer neue Verfügungen oder Vollzugsanweisungen, wie man das republikanisch nennt; sie sind tatsächlich die Kategorie von Beamten, die vielleicht bei uns es am allerschwersten haben, bis auf einige Gerichtsbeamte, die auch außerordentlich überlastet sind. Es ist der allgemeine Geist, der da auch rückwärts auf die Art, wie gearbeitet wird. (Zwischenruf: „Sind also doch nicht zu viel Beamte?“) Es handelt sich nicht um die Zahl der Beamten, sondern um die Art, wie gearbeitet wird. Ich bitte, nehmen Sie zum Beispiel die Finanz. Die Finanz hat ein Heer von Beamten, eine Menge von diesen Beamten sind tatsächlich überlastet, und fortwährend werden neue dazugenommen, und was leisten sie? Jetzt sollen wir zum Beispiel festlegen für das Jahr 1920. Ich habe mich genau erkundigt über die Verhältnisse in Deutschland, das heute wahrhaftig auch in einer schwierigen Lage ist, auch den Umsturz gehabt hat und eine große Masse neuer, nicht gebildeter Funktionäre hat, die aber doch tiefer in die Verwaltung eingedrungen sind, wie hier bei uns. In Deutschland haben wir die Tatsache, daß bis Ende Februar die Festierung erledigt sein muß, und vor dem 1. April bekommt jeder seine Einschätzung so rechtzeitig, daß er schon am 1. April zahlen kann. Und mit der Vermögensabgabe steht die Sache so, daß Ende Februar die Aufforderungen zur Einzahlung für die Vermögensabgabe, zum Reichsnotopfer, abgegeben werden mußten, und vor Ende März hatte jeder seine Veranlagung in der Hand, und zwar auch die, die im Auslande wohnen. So etwas geht in Deutschland und müßte auch bei uns gehen, es müßte einfach durchgeführt werden. Meine Partei steht auf dem Standpunkte der absoluten Notwendigkeit des Anschlusses an Deutschland. Ich weiß, offiziell sind Sie alle der gleichen Ansicht, darum müssen Sie auch daran denken und arbeiten, daß in dem Momente, wo der Anschluß zustande kommen sollte, wir das auch machen sollen. Ich habe mich nach der Richtung sehr genau im laufenden erhalten seit zwei Jahren oder noch länger, und ich weiß genau Bescheid über die Stimmung in Deutschland, und zwar nicht nur in Privatkreisen, sondern auch in Kreisen aller Parteien und auch in Kreisen des Auswärtigen Amtes in Berlin. Man will den Anschluß in Berlin, aber man hält uns für gewaltige Teutonen und erwartet durch uns einen ungeheuer wertvollen Zuwachs für das Deutsche Reich, und wenn jemand von draußen hereinkommt und er kommt dann

mit seinen Eindrücken wieder hinüber nach Deutschland, dann kommt es sehr leicht vor, daß jemand einen Artikel schreibt, daß es in Österreich nach all den Anschlußkundgebungen doch nicht so ist, wie es den Anschein hat. Also wir müssen etwas leisten und nicht nur in der Art arbeiten, daß wir täglich unsere Arbeit tun, sondern, daß wir etwas erreichen mit unserer Arbeit, daß wir vorwärts kommen. Und warum soll das schließlich bei uns nicht gehen, was in so vielen anderen Ländern doch geht. Dazu scheint mir nun der technische Aufbau unserer ganzen Verwaltung, speziell unseres Voranschlags, gewiß sehr wichtig. Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch auf eine Kleinigkeit hinweisen, die bisher noch niemand bemerkt hat. In dem Berichte des Finanzausschusses über den Landesvoranschlag steht auf Seite 19, Sonderentlohnungen für den Religionsunterricht, 116,200.000 Kronen, das ist selbstverständlich ein Druckfehler; diese Ziffer gehört in die Zeile darüber, und was darüber steht, gehört hieher. Ich möchte mir nur erlauben, darauf aufmerksam zu machen, denn es könnte einmal agitatorisch unangenehm verwendet werden gegen die Partei, der man vorwirft, daß sie zu viel für die Religion ausgibt.

Und nun kommt noch etwas anderes dazu, was mir nicht gefällt. Im ganzen Aufbau unseres Landeshaushaltsplanes sind eine große Anzahl von Ausgabe-posten, die Ziffern darstellen, bei denen das hohe Haus einfach zuzustimmen hat, der Regierung wird so und so viel in die Hand gegeben für irgendeinen Zweck. Zum Beispiel Nachtrag 1, Seite 31. 300.000 K für Förderung von Pflanzenbau. In dieser Beziehung hat der Herr Landesrat Winkler im Finanzausschuß einen Vortrag gehalten und hat gesagt, wie das verwendet werden soll. Wir haben alle den Eindruck gehabt, daß die Verwendung dieser Summe in guten Händen ist, unter sicherer Kontrolle steht, und daß wir von dieser Kapitalanlage etwas Nützliches und Gutes zu erwarten haben. Dann kommen andere Posten, Nachtrag 1, Seite 32. 100.000 K für Hebung der Schafzucht, 100.000 K zur Hebung der Milch- und Molkereiwirtschaft, Seite 30 800.000 K für Meliorationen, und so noch eine ganze Anzahl kleinerer Posten, und da müssen wir rein technisch ohne jede Voreingenommenheit persönlicher Art als kleine Partei unser Mißtrauen gegen dieses Ergebnis zum Ausdruck bringen, daß eine Regierung mit diesen Summen da machen kann, was sie will. Es ist nicht richtig, daß der Wille des Bauernbundes in der Regierung ausschlaggebenden Einfluß auf die Verwendung bekommen soll. Das ist technisch nicht durchführbar; die Partei, die nur einen Vertreter in der Regierung hat, die hat

schon einen schweren Stand und gar, wenn nun noch die beiden Herren, die dort allein je eine Partei vertreten, in verschiedene Gesellschaften hineinkommen und zum Teile noch durch die Bürde eines Verwaltungsrates in Anspruch genommen werden, da fällt zu viel auf diese Schultern. Wir haben tatsächlich großes Mißtrauen und Gründe dazu insofern, weil wir fürchten müssen, daß bei dieser Gelegenheit eine Protektionswirtschaft eintritt und daß die jetzt herrschende Partei im Lande ihre Herrschaft benützt, um mit solchen Summen das zu tun, was man unter parlamentarischer Protektion bezeichnet. Der Herr Abgeordnete Seehofer hat zu Seite 161, das gehört zu einem anderen Titel, fällt aber sachlich unter meine Ausführungen, gesprochen, daß man da von einer Verschleierung in unserem Budget reden könnte. Da handelt es sich um eine große Anzahl von Summen, die unter einem Gesamttitel von 200.000 K durch die Regierung auf Kosten des Landesarmenfonds aufgeteilt werden sollen. Wir haben uns Aufklärung geben lassen, daß tatsächlich keine Möglichkeit bisher besteht, festzustellen, wie und wieviel der einzelne von diesen Summen bekommen soll und nur zur illustrativen Veranschaulichung, nicht weil man das geben will, ein Teil von Stiftungen angeführt ist, die so viel bekommen. Die Summe aller dieser einzelnen Subventionen macht 200.000 K. Man hat ganz offen gesagt, diese Summen bestehen nicht, weil sie durchgeführt werden sollen, und da werden Virements notwendig sein. Dagegen möchte ich mich aussprechen. Das ist eine Art der Verunklarheit, wie sie im alten Österreich leider sehr gebräuchlich war. Man hat mit Recht gegen das österreichische Budget in dieser Beziehung die schwersten Einwendungen erhoben. Jetzt komme ich zu dem Titel Unterstützung der Landwirte und da muß ich erklären, wir haben unter unseren Wählern eine ganze Reihe von der unglückseligen Sorte Menschen, die sich Hamsterer nennen. Das ist wahrlich kein Vergnügen, zu den Bauern mit irgendeinem Rock und dergleichen hinauszulaufen und zu fragen, was gibst du für den Rock. Ich erinnere mich, daß wir im Jahre 1917 einmal ein paar Wochen in Riegersburg uns aufgehalten haben, und da wurde meine Frau von Bekannten aufmerksam gemacht, daß eine Bäuerin einen ausgezeichneten Honig zu verkaufen habe. Meine Frau ist hingegangen, und da war die Bäuerin gerade beim Kehren und hat meiner Frau gar nicht geantwortet. Sie nahm kein Geld, sie hat jedenfalls schon genug gehabt oder aber sie hat keinen Honig gehabt. Meine Frau hat den Staub geschluckt und ist weggegangen. Ich weiß, daß es Hunderten und Hunderten sehr schwer wird, die

wirklich, um vor dem Hunger sich zu retten, hinausgehen zum Bauern. Unter unseren Wählern sind sehr viele, die über die bösen Erfahrungen bei den Bauern klagen. Die Bauern klagen auch, das wissen wir sehr gut. Wir wissen ganz genau, daß es den Bauern, wenn es ihnen auch heute nicht allen schlecht geht, doch wahrscheinlich in ziemlich naher Zukunft ebenso schlecht gehen wird, wie früher. Das läßt sich berechnen, das ist eine Frage der rechnerischen Durchführung und deshalb sehen wir vollkommen ein, daß etwas geschehen muß. Nicht um die Bauern zu unterstützen, denn damit wäre nichts geholfen, wenn man ihnen heute Geld gibt, sondern, um sie dazu zu bringen, mehr Werte aus ihrem Lande herauszuholen. Daß das geht, darüber sind wir im Finanzausschusse genau unterrichtet worden. Es ist uns mit eindringlichen Worten von Vertretern der Bauern gesagt worden, daß nicht nur gegenüber anderen Ländern in Europa, sondern auch gegenüber anderen Ländern in Österreich die Landwirtschaft in Steiermark am schwächsten dasteht. Die Wiesen sind schlecht bewirtschaftet, die Obstbäume sind zwar durch eine glänzende Propaganda sehr gut der Sorte nach, aber miserabel der Pflege nach, die Viehzucht liegt furchtbar darnieder, in Obersteier haben wir durch die bestehenden Servitutsrechte einen vollkommen degenerierten Viehstand und eine Minderproduktion an Milch, die ganz unglaublich ist. Wenn man die Verhältniszahl vergleicht aus dem Montafonergebiete oder bayrischen Allgäu oder aus der Schweiz, da haben sie weniger Allgebiet wie wir und erreichen aber ein ganz anderes Resultat. Warum soll das bei uns nicht möglich sein? Da haben wir zu fragen an ein paar Jahrhunderte schlechter Erziehung, darauf läuft es hinaus, und da muß ich feststellen, daß diese schlechte Erziehung angefangen hat mit der Gegenreformation. Wir haben in der Zeit vorher hier in unseren Dörfern alle möglichen sanitären Einrichtungen gehabt. Gehen Sie jetzt hinaus in ein Krankenhaus und lassen Sie sich erzählen, in welchem Zustande mit offenen Wunden der Bauer in das Krankenhaus kommt. Fragen Sie nach der Sauberkeit im Lande. Die ist weg. Es ist nichts mehr da. Wir haben vor der Reformationszeit in kleinen steirischen Ortschaften den intensivsten geistigen Wechselverkehr mit allen Teilen Deutschlands gehabt. Das ist nicht mehr der Fall, und das muß wieder eintreten und nur durch die Erziehung, durch die Hebung des intellektuellen Standpunktes, mit dem der Bauer seine Wirtschaft betrachtet, können wir ihn auf dieselbe Höhe bringen wie die Schweizer, Montafoner oder Allgäuer sie haben. Nach den Erklärungen im Finanzausschusse haben es die Bauern in allen anderen

Ländern Österreichs besser wie bei uns. Nach der Richtung möchte ich nun wieder zurückkommen auf eine einzelne Ziffer im Landesvoranschlage. Ganz allgemein gesagt die Summen, die wir für Hebung der Landwirtschaft ausgeben, sind gering, 21.000.000.000 K sind im letzten Jahre ausgegeben worden für die Lebensmittelverbilligung für alle Bevölkerungskreise, auch für die Schieber, für Mehl, Zucker, Fett, Fleisch. Was ist dagegen das, was wir für die Landwirtschaft ausgeben. Sicher sehr wenig. Wir sind dafür, daß das geschieht, aber wir haben da einige Einschränkungen, und zwar gerade, weil wir uns sagen, es kommt nicht auf das Verschwenken von Landesvermögen an, sondern darauf an, daß damit erreicht wird, daß der Bauer bei uns auch mindestens so viel leistet, wie in Oberösterreich, Salzburg oder in Kärnten. In dieser Beziehung müssen wir feststellen, daß wir mehr Vertrauen haben zum Bauernbund wie zu der christlichsozialen Partei, und zwar ist der Grund der, daß der Bauernbund auf einer ganz anderen Basis seine Unterstützung der Bauernschaft, seine Verbesserungen durchführt, wie, soweit es uns bisher scheint, die christlichsoziale Partei und die augenblicklich hinter ihr stehende Regierung. Es sind vom Bauernbunde Genossenschaften unterstützt worden, es sind wirkliche Arbeiten durch Abgesandte der Partei durchgeführt worden, auf der anderen Seite haben wir diese Unterstützungspost, die der Regierung in die Hand gegeben wird. Uns scheint es, daß ganz nach dem, was ich gesagt habe, es in diesem Programm viel wichtiger ist, den einzelnen herauszuziehen aus der minderwertigen Auffassung seiner Tätigkeit und ihm zu sagen, daß er durch die Selbsthilfe emporkommen kann und muß, das scheint wichtiger, als alle diese Unterstützungen, die durch die Regierung einschließlich der Unterstützungen durch Prämien gewährt werden. Wir haben im Finanzausschusse gehört, daß bei den erwähnten 300.000 K zur Verbesserung der Pflanzenzucht das System von Prämien nicht durchgeführt werden soll. Wir wissen, daß auch in bezug auf die sonstige Verteilung von Prämien ein Gesetz wegen Änderung der Durchführung in Vorbereitung ist. Ich weiß nur, daß dieses Gesetz kommen soll. Da liegt es noch sehr im arden. Sie sehen, daß wir nicht ganz mit Unrecht Mißtrauen gegen die einzelnen Posten haben. Nun scheint uns aber die beste Art, den einzelnen, den wir heben wollen oder durch den wir die gesamte Produktion heben wollen, den zu packen durch die Genossenschaften. Daneben allerdings käme noch in Frage die Gemeinde. In dieser Beziehung müßte noch viel mehr geschehen, wie bisher. In dritter Linie käme für uns in Betracht die Unterstützung für ein-

zelne Vereine, wobei naturgemäß eine Reihe von agrarischen Vereinen Unterstützungen bekommen sollen. Diese Vereine werden wir uns selbstverständlich ansehen können. Da können wir die Art ihrer Tätigkeit übersehen. Durch die Genossenschaft, durch die Gemeinde wäre es noch besser, doch auch so geht es noch, da können wir noch immer kontrollieren. Alle diese drei Arten von Organisationen, durch die weiter eingewirkt würde, werden eine große Arbeit zu leisten haben, denn es handelt sich bei den Bauern nicht bloß um das Herauskommen aus jahrhundertelanger Mißwirtschaft, sondern auch um Neueinstellungen den modernen Bedürfnissen entsprechend. Wir müssen Wollgewinnung einführen, den Hansbau wieder einführen usw. und das ist eine schwere Arbeit für diese Instanzen. Dabei kann ich auch, ich habe mich genau erkundigt, darauf hinweisen, daß man in anderen Ländern durchwegs auf dem Standpunkte steht, nicht einzelne durch die Regierung zu unterstützen, und das gilt speziell dort, wo parlamentarisch regiert wird, denn das muß zur Protektion führen, sondern man unterstützt möglichst durch die Gemeinden, Genossenschaften usw. Zum Beispiel für die Torfindustrie in Deutschland, die seit dem Kriege einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, gibt die Regierung sehr viel aus, aber nicht an einzelne Leute, sondern immer nur an Genossenschaften und Gemeinden und die Regierung treibt die Leute an, Genossenschaften zu bilden und dann bekommen sie Unterstützungen, aber auch nur dann. Es gibt allerlei Möglichkeiten, die uns vielleicht noch nicht allgemein genug als richtig erscheinen nach der Auffassung meiner Parteifreunde, die sich mit diesen Dingen etwas näher beschäftigen.

Dabei möchte ich die Rede über die Hartberger Holzverwertungsgesellschaft fortsetzen, dort, wo ich neulich unterbrochen worden bin, weil es gerade hieher paßt. Ich bin neulich unterbrochen worden, wie ich dazu kam, festzustellen . . . (Zwischenruf.), ganz kurz, ich sage nur, da war der Herr Abgeordnete R i e m e l m o s e r der Ansicht gewesen, daß man Gemeindebesitz für eine Kriegaanleihe verpfändet hatte, und er war von der Landesregierung in ausschlaggebender Weise gedeckt worden und da muß ich sagen, da haben wir ein lebhaftes Beispiel dafür, daß gegenwärtig in der Landesregierung, ich überspringe die Reformationszeit, noch immer viel Mittelalter steckt. (Abgeordneter P o n g r a d: „Das ist sehr sympathisch, ein Bauernbündler hat auch mitgestimmt.“) Die Bauernbündler sind mir doch noch sympathisch. Nun, ich will weitergehen. Also bei dieser Gelegenheit hat sich nun im Gegensatz zu den ausdrücklichen Bestimmungen des Gesetzes der

Herr Landeshauptmann auf den Standpunkt gestellt, daß die Bezirksvertretungen, gegen die wir, wie Sie sehen, Grund haben, einiges Mißtrauen zu haben, auch die Interessen des Bezirkes zu wahren haben, wenn sie darüber entscheiden müssen, ob eine Gemeinde einen Grund verkaufen darf oder nicht. Ich kann hiebei sagen, daß gerade die Gemeinde Hartberg in ungefähr 200 Fällen seit dem Bestehen dieser Bestimmungen, das ist seit dem Jahre 1864, immer die Bewilligung bekommen hat, in derartigen Fällen, in denen die Bewilligung der Bezirksvertretung eingeholt werden mußte. Im Gesetz heißt es ganz einfach: „Die Bezirksvertretung überwacht die ungeschmälerte Erhaltung des Stammvermögens und des Stammgutes der Gemeinde.“ Das ist das Gesetz. Es steht nichts davon darinnen, daß die Bezirksvertretungen bei dieser Art von Überwachung der Grundverkäufe die Interessen des Bezirkes zu vertreten haben. Das möchte ich noch feststellen in dieser Sache. (Abgeordneter Riemoser: „Das nächstemal werden wir Sie fragen.“) Sind Sie fertig, Herr Kollege? Dann werde ich fortfahren. Ich komme also zurück auf die Frage der Nützlichkeit des Disponierens der Regierung und ihrer Organe in den Bezirksvertretungen, oder wo sie sonst sind, auf einzelne Fälle. Meine Verehrten, da haben wir allerdings noch einige merkwürdige Sachen zu erwähnen. Wir finden 100.000 K. eingesetzt für die Hebung der Schafzucht. (Heiterkeit.) Nun nach unserem Programm muß selbstverständlich auch dabei genossenschaftlich vorgegangen werden. Die Unterstützungen dürfen nicht an einzelne reiche Leute verteilt werden. Wir wissen aber, daß mit Subventionen vor einiger Zeit Zuchtböcke der hier am besten zu verwendenden Rasse, und zwar der Sulzbacher-Seeländer-Rasse, angekauft worden sind, und daß diese laut Berichtes des Zentralausschusses in den landwirtschaftlichen Mitteilungen weitergegeben worden sind an eine ganze Anzahl von Agrariern, und wenn ich mir die Liste dieser Namen ansehe, scheint es mir, daß diese alle Millionäre sind. Meine Verehrten, das widerspricht den Grundsätzen meiner Partei. (Zwischenruf.) Das würde zu weit führen, es steht aber in den landwirtschaftlichen Mitteilungen, da können Sie nachsehen. Ich behaupte, daß sie alle Millionäre sind. Es gibt bisher in Steiermark zwei Schafzuchtgenossenschaften, und zwar eine seit dem Jahre 1914 in Admont, die lauter kleine Teihaber hat, und eine andere, die vor drei Wochen gegründet worden ist. Nun kommt aber etwas anderes. Sie sehen das Mißtrauen, das hier meine Ausführungen diktiert. Ähnlich haben wir es auch bei der Viehzucht. Da wissen wir, daß Mais eingekauft wor-

den ist für die Durchführung der beabsichtigten Milchverbesserungsaktion. In einer der letzten Sitzungen ist davon die Rede gewesen. Einkäufer waren die Herren Saffler und Hahl, die haben dafür 5 Prozent Provision bekommen. Nach meiner Information ist das der Herr Saffler in Mariafrost und Herr Hahl Kaufmann in Graz. Ich vergleiche damit die Summe, die die Einkäufer der Landesstelle für Viehverkehr bekommen, und das sind 1 1/2 Prozent. Ein derartiger Einkäufer ist auch auf die Provision angewiesen und bekommt um so viel weniger. Die Herren Saffler und Hahl sind nach meiner Information nicht Bauern, auch nicht besondere Sachverständige, aber gute Christlichsoziale. (Zwischenrufe.) Damit komme ich auf eine Sache, die für uns von großer prinzipieller Bedeutung ist, zur Beurteilung der Frage, wie wir uns zur Unterstützung der Landwirtschaft zu stellen haben. Meine Herren, unter den Bauern, die heute noch reich sind, sind weitaus die meisten reich dadurch, daß sie Handel treiben. Gehen Sie hinaus aufs Land und besuchen Sie die Bauern, ich tue das seit Jahren. (Lebhafte Heiterkeit.) — Zwischenruf: „Als Bauernschreck.“) Sehen Sie sich um unter den Bauern und Sie werden sehr viele mitleidige Verhältnisse, auch Armut finden. Gehen Sie hinauf nach Obersteiermark in die einsamen Höfe, dort wohnen Leute, die mehr Hunger leiden als wir hier in Graz. Im vorigen Winter war die ganze Ernte mit Schnee zugedeckt, die Kartoffel mußten aus dem Schnee ausgegraben werden, das sind gewiß elende Verhältnisse. Daneben sitzen aber auch reiche Bauern und, wenn wir näher zusehen, in den meisten Fällen reich, weil sie nebenbei Handel treiben wie die Herren Saffler und Hahl. (Zwischenrufe.) Sie werden in der nächsten Zeit Gelegenheit haben, zu beweisen, ob es sich dabei um Parteipolitik handelt oder nicht. Es soll in der nächsten Zeit Vieh aus Vorarlberg kommen und dieses Vieh soll auch wieder durch die Herren Saffler und Hahl als Einkäufer der Bauernvereinskasse in Graz vermittelt werden. Meine Herren, das sind ganz einfache Tatsachen, hinter denen wir mehr sehen als nur zwei Namen. Nach dem Mißtrauensstandpunkte, auf den wir stehen müssen, haben wir den Verdacht, daß hier eine Protektionswirtschaft vorliegt, um die Sache beim Namen zu nennen. Im übrigen finden Sie auch hier und da auf beiden Seiten des hohen Hauses warme Worte für die Landwirtschaft, genau so warm, wie die, die ich mir eben zur Bekräftigung unseres Eintretens, wenn wir für dieses Kapitel stimmen, erlaubt habe, auszuführen. Wir haben Sie von der roten Seite gehört und auf der schwarzen Seite hat Herr Dr. Engle,

wie ich mir notiert habe, warme Worte gefunden. Vielleicht, daß meine letzte Rede im Protokoll infolge der vielen Zwischenrufe in der Reinschrift etwas entstellt ist, nämlich dadurch, daß nicht alle Zwischenrufe aufgenommen wurden (Zwischenrufe: „Das kommt öfter vor!“), aber da können die Herren nicht dafür, daß Sie bei der Unordnung nicht mitkommen. Aber jedenfalls hat der Herr Dr. Enge erklärt, das habe ich mir sofort wörtlich notiert, daß seine Partei eintritt für die Freiheit der Überzeugung. Das unterschreiben wir selbstverständlich vollkommen und ich hoffe, meine Wähler, für die ich natürlich auch hier spreche, werden aus den Worten, die ich heute hier gesprochen habe, die Vorstellung bekommen, daß wir es versuchen, neutral zu sein, über den Verhältnissen zu stehen, nach beiden Seiten gerecht abzuwägen und vor allem für eine ordentliche Verwendung der Landesgelder zu arbeiten. (Beifall bei den Großdeutschen.)

Landesrat Meiser: Hohes Haus! Von den sehr geehrten Mitgliedern dieses Hauses, welche zum Kapitel IV Stellung genommen haben, haben sich eigentlich nur die Herren Abgeordnete Eirelberger und Dr. Durgern mit den einzelnen Titeln dieses Kapitels befaßt. Herrn Abgeordneten Leichin, der den Relan eröffnet hat, ist bereits die Antwort erteilt worden. Ebenso wurde dem Herrn Abgeordneten Eirelberger in dieser Richtung bereits eine Antwort erteilt. Von mir erübrigt nur, seinen Wunsch in irgend einer Weise zu erfüllen. Herr Abgeordneter Eirelberger hat an mich das Ersuchen gerichtet, ich möge mich für die Ausgestaltung der Winterschule in Judenburg einsetzen. Sehr gern werde ich dies tun, ich möchte aber Herrn Abgeordneten Eirelberger bitten, in seiner Eigenschaft als Vertreter der Stadt Judenburg, es möge die Stadt Judenburg an den Bezirksverwalteranzusuchen, in welchem der Herr Abgeordnete, soweit ich unterrichtet bin, Obmann-Stellvertreter ist, mit einem entsprechenden Ansuchen herantreten, daß uns vom Bezirke Judenburg die geeigneten Vorschläge für die Ausgestaltung dieser Winterschule erstattet werden. Ich bin vollkommen überzeugt, daß auch der Landtag, wenn es notwendig sein wird, sehr gern zu dieser Erweiterung seine Zustimmung erteilen wird.

Herr Abgeordneter Ferner hat sich besonders mit der Wiederbesiedlung beschäftigt und ich bin genötigt, auch in dieser Sache Stellung zu nehmen. Ich habe aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ferner leider den Eindruck erhalten müssen, daß er in dieses Kapitel nicht vollständig eingeweiht ist, daß er in dem Wesen der Wiederbesiedlung nicht so bewandert ist,

wie es vielleicht zweckmäßig wäre. Ich muß es zurückweisen, daß immer wieder der Vorwurf erhoben wird, die Wiederbesiedlung gehe nicht vorwärts und es geschähe nichts. Es ist dieser Vorwurf wiederholt in den „Bauernstimmen“ erschienen und aus denen scheint Herr Abgeordneter Ferner ihn entnommen zu haben, und hat diesen Vorwurf heute hier vorgebracht. Es trifft nicht zu, daß in Wiederbesiedlungsangelegenheiten in Steiermark nichts geschieht, sondern im Gegenteil, die Agraroberbehörde hat uns gedankt und hat zum Ausdruck gebracht, daß das Land Steiermark mustergültig arbeitet und als Muster für die andern Länder hingestellt werden kann. In Kärnten, wo wir nicht von einer christlichsozialen Mehrheit sprechen können, ist in dieser Beziehung überhaupt nichts geschehen. Bei uns sind bereits an 2000 Fälle, wo es sich handelt um die Wiederbesiedlung, anhängig, es sind an 60 Bauernämter schon zugesprochen und eine ganze Reihe von Fällen nach § 16 steht noch in Behandlung. Die Durchführung von §-16-Fällen hat sich dadurch verzögert, daß die Novelle, die zum Wiederbesiedlungs-gesetz erscheinen soll, leider noch immer nicht erlassen ist. Sie können überzeugt sein, daß die Agrarlandesbehörde ihre Pflicht voll und ganz erfüllt hat. Ich kann es nicht unerwidert lassen, wenn Herr Abgeordneter Ferner einfach die Behauptung aufstellt, daß man einen ganz unfähigen Hofrat zum vorstehenden Obmann dieser Agrarbehörde bestellt habe. Ich weiß nicht, welchen Hofrat man bestellt hat. (Abgeordneter Krawagna: „Lazarini.“) Ich bin aber in der Lage mitzutheilen, daß uns die Agraroberbehörde vor acht Tagen ein Anerkennungs-schreiben des Vorstehenden für unsere Tätigkeit als steirische Agrarlandesbehörde zur Kenntnisnahme übermittelt hat. Ich möchte daher diesen Vorwurf zurückweisen. (Landesrat Kessel: „Ich danke, das ist ein schönes Armutszeugnis für die Agraroberbehörde, aber nicht für Lazarini.“) Ich möchte darauf hinweisen, weil uns gerade von Seite der Vertreter des Bauernbundes immer der Vorwurf gemacht wird, daß wir die Wiederbesiedlung verzögern und verhindern, daß, wenn es nach der Ansicht des Herrn gewesenen Nationalrates Sfocker gegangen wäre, wir noch weiter zurück wären, als dies heute der Fall ist. (Abgeordneter Wihany: „Das stimmt nicht.“) Das stimmt schon. Nach der Meinung des Herrn Sfocker hätte die Sache an den Landesrat verwiesen werden sollen und es wäre dadurch eine Verzögerung eingetreten und wir hätten das, was wir bis heute geleistet haben, nicht leisten können. (Abgeordneter Wihany: „Es ist noch kein Fall entschieden.“) Ich bitte, gegen 60 Fälle sind bereits durch-

geführt, gegen 60 Bauerngüter haben wir bereits ausgesprochen an die einzelnen Bewerber in der Wiederbesiedlung. Ich bitte sich zu informieren. Der Weg zur Agrarbehörde steht jedem offen. Deshalb habe ich alle diese Angriffe entschieden zurückzuweisen, besonders diejenigen, daß wir Christlichsoziale es seien, die diese Sache verzögern. Wenn der Herr Abgeordnete Wißmayr sich vorher genau erkundigt hätte, hätte er jedenfalls nicht so gesprochen. (Abgeordneter Wißmayr: „Das ist nicht so, Herr Landesrat, das stimmt nicht.“) Ich werde Ihnen einen Fall erzählen. Das war in der Umgebung von Trofaiach. Da hat ein Bauer im Wiederbesiedlungsverfahren als Kompensation für eine Alpe, die er nach § 16 anzusprechen gehabt hätte, ein Bauerngut von der Herrschaft erhalten. Dieses Bauerngut hätte, nachdem das Verfahren verfahrensmäßig bereits abgeschlossen war, dem Bauern schon übergeben werden sollen. Die Übergabe aber wurde dadurch verhindert, weil ein Jäger, der sich dort befindet, das Mietf-, beziehungsweise das Pächterschutzgesetz in Anspruch genommen und dem Bauern die Übernahme der Realität verweigert hat. Und dieser Jäger soll in Diensten stehen des Herrn Abgeordneten Schrecksathal.

Ich betrachte diese Angelegenheit als erledigt und komme zu den Ausführungen des Herrn Professors Dr. Durgern. Aus dieser Vorlesung möchte ich einiges nur herausnehmen. Der Herr Professor hat gesagt, schon im Finanzausschusse habe man den Gegenstand der Weinbauschule in Silberberg behandelt, und ich möchte darauf verweisen, daß dem Herrn Professor auch schon in der Finanzausschussitzung die entsprechenden Aufklärungen erteilt worden sind, so daß es nicht notwendig gewesen wäre, daß wir noch näher in die Sache eingehen. Er hat noch weiters die Art und Weise und die Form unseres Voranschlaßes bemängelt. Er findet Schönheitsfehler in der Zusammenstellung der einzelnen Posten. Demgegenüber möchte ich bemerken, daß wir diese Form von denjenigen übernommen haben, die Parteigenossen des Herrn Abgeordneten Dr. Durgern sind. Der letzte Referent in dieser Art der Finanzdarstellung war Herr Doktor Gargikfer; unser gegenwärtiger Referent ist noch nicht lange in Amt und Würden, und dann werden Sie zugeben, daß die Erstellung eines Voranschlaßes auf neuer Grundlage die Buchhaltung ohne die Aufgabe der heute von ihr zu bewältigenden Arbeiten unmöglich leisten kann.

Herr Abgeordneter Dr. Durgern hat weiter erklärt, daß ihm die Vertreter des Bauernbundes unbedingt lieber sind als wir arme Christlichsoziale. Das

finde ich begreiflich und erklärlich. Er ist in der Nähe dort von ihnen, er sitzt mit ihnen zusammen. Aber eines ist nicht richtig gesagt, wenn er meint, es sei nur der Bauernbund, der sich interessiert habe für die Genossenschaften. Da kann ich Ihnen erklären, daß wir Genossenschaften errichtet haben, bevor noch der Bauernbund solche errichtet hat. (Abgeordneter Wißmayr: „Das stimmt nicht.“) Was der Herr Professor dann mit den Herren Sattler und Hagl gemeint hat, ist mir unklar geblieben. Er hat sie in Verbindung gebracht mit unserer Bauernvereinskasse und mit meiner Person und darum möchte ich zur Aufklärung mitteilen, daß die Herren Sattler und Hagl beauftragt gewesen sind, für die Bauernvereinskasse, nämlich für unsere Mitglieder in Jugoslawien Mais einzukaufen. Das ist geschehen auf unsere Rechnung, auf unsere Kosten, dafür haben wir keinen roten Heller von jemand anderem erhalten. Es wird wohl niemanden kümmern, wenn die Bauernvereinskasse für diese Zwecke, wo unsere Leute, besonders die im Oberlande, durch Hagel geschädigt waren, einen Kredit zur Verfügung stellt, damit sie Mais aus Jugoslawien einkaufen können. Wer ihn gekauft hat, ist nebensächlich, aber es waren unsere Leute, die ihn bezahlt haben. Ich muß es zurückweisen, daß in dieser Art so gewissermaßen durch die Zeilen ein Verdacht ausgesprochen wird, als wenn irgendwo eine Protektion ausgeübt worden sei.

Zum Schlusse meiner Ausführungen möchte ich bitten, auch der vom Herrn Berichterstatter vorgetragenen Entschlebung hinsichtlich der endgültigen Ausgestaltung und Fertigstellung der Alpschule in Grabnerhof Ihre Zustimmung erteilen zu wollen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Abgeordneter Lichtenecker: Hohes Haus! Nachdem wir uns bereits in vorgerückter Stunde befinden, werde ich meine Rede sehr kurz halten. Meine Angelegenheiten, die sich mit denen der Christlichsozialen und des Bauernbundes in einigen Punkten decken, werde ich nur in kurzen Worten berühren. Wir wurden von Seite der Sozialdemokraten in der Fleisch-, Milch-, Getreideversorgung usw. angegriffen, und daß wir Bauern in Geld schwimmen wurde uns besonders vorgeworfen. Diesbezüglich, bevor ich zu weiteren Ausführungen übergehe, möchte ich die Situation vor dem Kriege, im Frieden, zur Kenntnis bringen, wie damals die Preise in der Landwirtschaft beschaffen waren. Im Frieden finden wir einen Eisenpreis von 24 bis 32 Heller, jetzt nach dem Kriege von 60 bis 100 Kronen, das ist das 250fache; Ziegel kosteten vor dem Kriege 2 bis 4 Heller, heute 10 Kronen, sind also auf das